Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Reinhard Opitz
Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft

Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning
Mitbestimmung

Horst Symanowski
Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz

Prof. Dr. Max Bense
Die Funktion der „intellektuellen Opposition"

Dr. Günther Anders, Wien
Über das Protestieren

Dokumente zur Abrüstungsfrage

Einzelpreis 3,– DM XI. Jahrgang März 3 1966

G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats Februar 1966 169

Kommentare und Berichte

Berlin, Vietnam und die Studenten (Klaus Ehrler) 172

Prof. Dr. Harold Rasch, Erschöpfung im taktischen Spiel 175

Konni Zilliacus, M. P., London, Großbritannien und die Eindämmung Chinas 183

Reinhard Opitz, Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft 190

Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning, Mitbestimmung 198

Horst Symanowski, Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz 202

Prof. Dr. Max Bense, Die Funktion der „intellektuellen Opposition" 207

Arno Behrisch, Der Tod von ‚Stockholms-Tidningen' und die Pressefreiheit 216

Joachim Ulrich, Einige Ursachen der schleichenden Inflation 220

Wladimir Smoljanski, Moskau, Zur Wirtschaftsreform in der Sowjetunion 226

Anmerkungen Glossen Zuschriften

Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten zum Krieg in Vietnam (Morgenthau-Kissinger-Interview) 232

Über das Protestieren (Dr. Günther Anders, Wien) 242

Militärhilfe für Saigon mit Soldatengesetz unvereinbar (Dr. Wolfgang Wipprecht) 244

Fernseh-Spalte

Allseitig neutral? (E. H. Wahl) 245

Bücher

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 246

Dokumente zum Zeitgeschehen

Neue Vorschläge an die Genfer Abrüstungskonferenz 248

Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden in Schleswig-Holstein 254

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XI. Jahrgang | März 1966 | Heft 3

Chronik des Monats Februar 1966

1. 2. — A b r ü s t u n g. In einer Botschaft, die Ministerpräsident Kossygin an die in Genf tagende Abrüstungskonferenz richtet, erklärt sich die Sowjetunion damit einverstanden, in den Entwurf eines Vertrages über die Nichtweitergabe von Kernwaffen einen Artikel „über das Verbot der Anwendung von Atomwaffen gegen nichtatomare Teilnehmer des Vertrages, auf deren Territorium keine Atomwaffen vorhanden sind", aufzunehmen. — Am 7. 2. übermittelt eine in Genf weilende DDR-Delegation der Konferenz ein Memorandum, in dem ein völkerrechtlich verbindlicher Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen gefordert wird. — Am 14. 2. erklärt Staatssekretär von Hase, der Vorschlag Kossygins sei „interessant und verdient, geprüft zu werden". (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

3. 2. — W e l t r a u m. Sowjetischen Wissenschaftlern gelingt erstmalig eine „weiche Landung" auf dem Mond. Der Satellit „Luna 9" übermittelt nach geglückter Landung Fernsehbilder an verschiedene Bodenstationen.

4. 2. — M e t a l l i n d u s t r i e. Die Schlichtungsstelle in Nordrhein-Westfalen unterbreitet den Tarifpartnern einen Einigungsvorschlag, der bei zwölfmonatiger Laufzeit fünf Prozent Lohnerhöhung und das Inkrafttreten der Arbeitszeitverkürzung zum 1. Juli vorsieht. Die Schlichtungsverhandlungen in den übrigen Tarifgebieten enden mit ähnlichen Ergebnissen. Während die IG Metall den Kompromiß akzeptiert, empfiehlt der Vorstand von Gesamtmetall seinen Verbänden die Ablehnung. Die Gewerkschaft trifft Vorbereitungen für eine Urabstimmung unter ihren Mitgliedern. — Am 8. 2. kommt es in Nordwürttemberg-Nordbaden zu Warnstreiks, an denen etwa 30 000 Arbeitnehmer beteiligt sind. — Am 18. 2. unterzeichnen Vertreter der Industriegewerkschaft Metall und des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände ein

„Abkommen über Arbeitszeit, Löhne und Gehälter für die gewerblichen Arbeitnehmer und die Angestellten in der Metallindustrie" (Zweites Erbacher Abkommen). Darin wird für die Zeit vom 1. Januar 1966 bis zum 1. April 1967 eine stufenweise Lohnerhöhung um insgesamt acht Prozent vereinbart. Die vorgesehene Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden tritt erst sechs Monate später, und zwar zum 1. Januar 1967 in Kraft.

6.—8. 2. — Vietnam. Auf einer Konferenz in Honolulu beraten Präsident Johnson und der vietnamesische Staatspräsident General Nguyen Van Thieu mit zahlreichen militärischen und politischen Beratern die weitere Kriegführung in Vietnam. Die Absichten der beiden Regierungen und die „gemeinsamen Verpflichtungen" werden in einer „Deklaration von Honolulu" niedergelegt. — Am 19. 2. fordern Senator Fulbright und am 20. 2. Senator Robert Kennedy eine Neuformulierung der amerikanischen Politik. Die USA sollten, so meint Kennedy, einer Teilnahme der Südvietnamesischen Befreiungsfront sowohl an Friedensverhandlungen als auch an einer später zu bildenden Regierung zustimmen. — Am 26. 2. teilt der Vorsitzende des Sicherheitsrates dem UN-Generalsekretär mit, die Mehrheit der Ratsmitglieder befürworte eine „Verhandlungslösung" in Übereinstimmung mit dem Genfer Indochina-Abkommen von 1954.

7.—8. 2. — Bundesrepublik/Frankreich. Bundeskanzler Erhard weilt, begleitet von Mitgliedern seines Kabinetts, zu einem Konsultationsbesuch bei Staatspräsident de Gaulle in Paris. Themen der Gespräche sind u. a. die deutsch-französische Zusammenarbeit und die bevorstehende Reise de Gaulles nach Moskau. Ein gemeinsames Kommunique wird nicht veröffentlicht. — Am 25. 2. äußert sich der Bundeskanzler auf einer Pressekonferenz in Bonn befriedigt über seine Pariser Gespräche. Erhard äußert sich auch zu weiteren Fragen der Außen- und Innenpolitik.

8. 2. — Ostpolitik. Der Ältestenrat des Bundestages teilt nach einer Sitzung mit, es bestehe „gegenwärtig kein Anlaß", eine gemeinsame Parlamentsdelegation nach Moskau zu entsenden und damit der seit zehn Jahren vorliegenden Einladung Folge zu leisten. Die FDP-Fraktion, die eine Reise befürwortet hatte, läßt verlauten, einzelne Abgeordnete planten Informationsbesuche in osteuropäischen Ländern einschließlich der Sowjetunion.

9. 2. — CDU. Bundeskanzler Erhard meldet seinen Anspruch auf den Vorsitz der Christlich-Demokratischen Union an und tritt damit einer Kandidatur des Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion, Dr. Rainer Barzel, entgegen.

11. 2. — SED/SPD. Das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland" veröffentlicht einen „Offenen Brief an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland", in dem zur Zusammenarbeit zwischen den beiden „bei weitem stärksten Parteien Deutschlands" aufgerufen wird. Der Text enthält u. a. verschiedene Vorschläge „für die offene Aussprache der Deutschen aus Ost und West". — Am 22. 2. kündigt der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wehner eine ausführliche Stellungnahme des SPD-Vorstandes an, in der der Offene Brief der SED „Punkt für Punkt" beantwortet werden solle.

15. 2. — EKD. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Kurt Scharf, wird mit 195 gegen 21 Stimmen bei 18 Enthaltungen von den getrennt in Ost- und Westberlin tagenden Regionalsynoden zum Nachfolger des ausscheidenden Berliner Bischofs Dibelius gewählt. In einer Stellungnahme aus Ostberlin heißt es, die DDR werde die Wahl nicht anerkennen, da der größere Teil der Kirche von Berlin-Brandenburg auf ihrem Territorium liege, Scharf aber Westberliner sei.

16. 2. — Indien/Pakistan. Die Oberbefehlshaber der beiden Armeen kommen überein, ihre Streitkräfte in dem umstrittenen Gebiet von Kaschmir bis zum 1. April auf den Stand des Jahres 1949 zu vermindern. Die Reduktion solle durch die Vereinten Nationen überwacht werden.

16.—17. 2. — Bundestag. Das Plenum diskutiert das Jahresgutachten des Sachverständigenrates über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Bundeswirtschaftsminister Schmücker vertritt vor den Abgeordneten die Ansicht, man sei sich einig

darüber, daß „die Konjunktur sich zusehends abschwäche und differenzierter" werde. Anlaß zu „Schwarzmalerei und Krisenhysterie" bestehe jedoch nicht. — Vom 10.—11. 2. hatte der Bundestag eine Debatte über den Stand von Bildung und Wissenschaft abgehalten.

17.—18. 2. — N A T O. In Washington tritt der im November 1965 gebildete Ausschuß für Nuklearplanung zusammen, dem Delegierte der USA, Großbritanniens, Italiens, der Türkei und der Bundesrepublik angehören. Bundesverteidigungsminister von Hassel erklärt nach der Tagung, er habe die Bildung eines Konsultationsorgans vorgeschlagen, das „im Falle eines Konflikts die Mitentscheidung der nichtnuklearen Mächte über den Einsatz von Kernwaffen sichern" solle.

21. 2. — F r a n k r e i c h. Vor der Presse erläutert Staatspräsident de Gaulle seine Ansichten über die gegenwärtige Weltlage und die sich daraus ergebenden Konsequenzen. Der General erneuert die Forderung nach einer Revision des atlantischen Bündnisses („weil sich die Bedingungen geändert haben, unter denen es abgeschlossen wurde") und verlangt die Eingliederung der in Frankreich befindlichen amerikanischen Luftstützpunkte und Versorgungsdepots in das französische Kommandosystem. Eine Regelung in Vietnam sei nur durch „Einstellung jeder ausländischen Intervention und die spätere Neutralität des Landes möglich".

— B e r l i n. Die drei westalliierten Stadtkommandanten erlassen eine Anordnung zum Verbot des für die Zeit vom 25.—27. 2. einberufenen „I. Parteitags der SED-Westberlin". In einer Begründung heißt es, die veröffentlichten Pläne (gemeint ist die Einladung von Gästen ausländischer kommunistischer Parteien) gingen „weit über die Grenzen der Aktivität der SED" hinaus, gegen deren Veranstaltungen „im Prinzip keine Bedenken" bestünden.

21.—24. 2. — G r o ß b r i t a n n i e n / S o w j e t u n i o n. Premierminister Wilson bespricht in Moskau mit den führenden Politikern der Sowjetunion die internationale Politik. Zu den Themen gehören die Deutschlandfrage, das Abrüstungsproblem und die Lage in Asien. Der britische Abrüstungsminister Lord Chalfont, der zur Begleitung Wilsons gehört, trifft zu einer Unterredung mit dem nordkoreanischen Geschäftsträger in Moskau zusammen.

23. 2. — S y r i e n. Aus Damaskus wird die Machtübernahme durch ein „provisorisches regionales Kommando der Baath-Partei", sowie die Verhaftung des bisherigen Präsidenten Hafez, des Ministerpräsidenten Bitar und seines Kabinetts gemeldet. Das Kommando ordnet die Aufhebung der provisorischen Verfassung und die Auflösung des Nationalen Revolutionsrates an und läßt vorübergehend die Grenzübergänge und Flughäfen schließen.

— I n d o n e s i e n. Im Zuge einer Kabinettsumbildung entfernt Präsident Sukarno den mit großer Machtfülle ausgestatteten bisherigen Verteidigungsminister und Stabschef der Streitkräfte, General Nasuntion aus seinem Amt. Während der Vereidigung der neuen Regierung kommt es in Djakarta zu Demonstrationen, an denen sich vor allem Studenten beteiligen.

— I t a l i e n. Mit der Bildung eines dritten Kabinetts Moro, dem wiederum Christliche Demokraten, Sozialdemokraten, Sozialisten und Republikaner angehören, wird die mehrwöchige Regierungskrise beendet.

24. 2. — G h a n a. In Abwesenheit Präsident Nkrumahs findet in Accra ein Staatsstreich statt. Die Funktionen Nkrumahs und seines Kabinetts übernimmt ein „Nationaler Befreiungsrat" unter General Ankrah. Die Tätigkeit der Regierungspartei und aller anderen politischen Gruppen wird verboten. Präsident Nkrumah, der sich in Peking aufhält, reist auf Einladung Präsident Sekou Tourés über Moskau nach Guinea.

28. 2. — N o t s t a n d. Zu Gesprächen über die Notstandsgesetzgebung empfängt Bundesinnenminister Lücke eine Delegation des Deutschen Gewerkschaftsbundes, darunter den DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg und die Vorsitzenden der Industriegewerkschaften Metall, Chemie-Papier-Keramik und der Gewerkschaft ÖTV, Brenner, Gefeller und Kluncker. In der Umgebung des Ministers heißt es, die Regierung hoffe, die verfassungsändernden Gesetze im Mai oder Juni erneut dem Bundestag vorlegen zu können.

Bemerkungen

Dr. Achim von Borries ist am 1. März aus der Redaktion der ‚Blätter' ausgeschieden, um sich voll seiner Arbeit als Assistent am Institut für Theorie und Soziologie der Politik an der Universität des Saarlandes, Saarbrücken, widmen zu können.

Prof. Dr. theol. Oswald von Nell-Breuning, geboren 1890 in Trier, ist Inhaber des Ordentlichen Lehrstuhls für Philosophie und Theologie an der Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt/M. und Honorarprofessor an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Joh.-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/M. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Pfarrer Horst Symanowski, geboren 1911 in Nikolaiken/Ostpreußen, ist Gründer und Leiter der Zweigstelle der Gossner Mission für Westdeutschland in Mainz-Kastel; außerdem leitet er das Seminar für kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Wladimir Smoljanski, 1924 in Moskau geboren, Kandidat der Wirtschaftswissenschaften, arbeitet zur Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut der Ökonomie des sozialistischen Weltsystems bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

In Heft 2/1966, Seite 91, wurde Frau Indira Gandhi, Tochter Pandit Nehrus, irrtümlich als Tochter Mahatma Gandhis bezeichnet.

Die Aufsätze von Opitz, Nell-Breuning, Symanowski und Bense erscheinen in unserer Reihe „Argumente zur Zeit" auch als Sonderdrucke.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,—, zuzüglich DM 0,50 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—) zuzüglich DM 0,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen, die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Nach der großen Wachablösung

Der diesjährige Bundesparteitag der CDU in Bonn Ende März war im ganzen gesehen weit weniger interessant als der vorjährige in Düsseldorf, aber er war ohne Zweifel bedeutsamer als dieser. In Düsseldorf wurden 1965 die sachpolitischen Details zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes abgesteckt und in den zu diesem Zwecke eingerichteten Diskussionsgruppen der Parteitagsdelegierten häufig auch unbequeme Fragen gestellt und behandelt sowie verschiedenartige Positionen zu Problemen der Gesellschafts- und Kulturpolitik bezogen, die den Wunsch vieler Parteimitglieder und unterer Parteiorganisationen verdeutlichten, den Kurs der Gesamtpartei in höherem Maße mitzubestimmen. In Bonn ging es 1966 vor allem darum, die großen Weichen der Personalpolitik der CDU zu stellen und verfängliche Sachdebatten zu vermeiden. Arbeits- und Diskussionskreise waren von vornherein für den Bonner Parteitag nicht vorgesehen, so daß sich die Aufmerksamkeit vor allem auf die Reden von Erhard, Barzel, Dufhues und Adenauer richtete. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen wurden von einer wohlkalkulierten Regie so gut es ging kaschiert, um das Bild der Einheit und Geschlossenheit der Union bei aller vorhandenen Vielfalt der Sonder- und Gruppeninteressen ihrer Anhängerschaft wieder hervorzaubern zu können. Die schweren Probleme aber, die jetzt in der Innen-, Finanz- und Außenpolitik auf die Bundesrepublik zukommen, haben die maßgebenden Träger- und Führungsgruppen der CDU schon so in ihren Bann geschlagen, daß ein den inneren Parteiverhältnissen widersprechender allzu glatter Parteitagsverlauf, wie er wohl geplant war, nicht mit Sicherheit erwartet werden konnte. Die Umstrukturierung der politischen Szene, die in den Krisen von NATO und EWG, nicht zuletzt aber auch in den gesamteuropäischen Entspannungserscheinungen, in der Misere der Bonner Haushaltspolitik und in den bis vor kurzem unvorstellbaren politischen Stellungnahmen der Kirchen bzw. kirchlicher Gremien und Autoritäten ihren Ausdruck findet, greift natürlich auch in das Innenleben der CDU ein. Und da sie nun einmal seit 1948/49 nach dem Gesetz der im bürgerlich-konservativen Sinne verstandenen jeweils größten Opportunität angetreten ist, Politik zu machen, muß es zu Spannungen kommen, wenn die Opportunitätssituation nicht mehr so eindeutig ist wie damals vor 18 Jahren und nun mehrere Wege als gangbar erscheinen läßt.

Die Konsolidierung der Bundesrepublik in den an erster Stelle von der CDU durchgesetzten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Struktur- und Kräfteverhältnissen steht außer Frage und ist über jeden Zweifel erhaben. Insofern hat die CDU ihre bürger-

lich-konservative Aufgabe von 1949 ff. voll gelöst. Im Rahmen der parlamentarischen Kanzlerdemokratie ist es ihr immer wieder gelungen, genügend viele Wähler bzw. Koalitionspartner zu finden, um bei der Bestimmung des politischen Kurses tonangebend zu bleiben. Trotz dieser Bilanz stellt sich der CDU jetzt die Frage „was nun?" Soll sie den bisherigen gesellschafts- und wirtschaftpolitischen, innen- und finanzpolitischen Kurs fortsetzen und nur in der Außenpolitik Anpassungen an die neue Situation der West-Ost-Politik und der Europa-Politik vorsehen? Oder soll sie, da die ideologischen Schreckbilder der Zeiten des Kalten Krieges als Stabilisatoren der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur- und Kräfteverhältnisse auszufallen begonnen haben, auch in diesen Regionen der inneren Politik einen neuen Kurs einschlagen, der selbst bei weiterem Abbau des Kalten Krieges im Felde der internationalen Politik die Sicherung und Verstärkung der jetzt bestehenden Machtpositionen in Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik gestattet? Könnte nicht sogar — so prophezeien die Verfechter dieser Neuorientierung — eine derart absolut stabilisierte und wie sie sagen formierte Gesellschaft es schließlich wagen, auf die von den Vertretern der traditionellen CDU-Politik für notwendig gehaltenen Anpassungen der Außenpolitik zu verzichten und der Zukunft Europas den eigenen Stempel aufzuprägen?

Natürlich wurden diese Fragen in Bonn nicht deutlich gestellt, geschweige denn offiziell und klar beantwortet. Aber ihre Problematik war durchaus gegenwärtig, und sowohl der planmäßige Fortfall detaillierter Sachdiskussionen als auch die große Sensation des Bonner CDU-Parteitages, die unvorhergesehene Neubeurteilung der Sowjetunion durch Adenauer, werden durch sie erst sinnvoll verständlich.

Die Regie des Parteitages lag überwiegend in den Händen der Formierungsbefürworter um Erhard und Dufhues; ihnen kam es vor allem auf zügigen Ablauf der Veranstaltung und auf reibungslosen Wechsel in den Spitzenpositionen der Partei an. Die Wahl Adenauers zum Ehrenvorsitzenden, d. h. seine praktische Entfernung aus der letzten ihm verbliebenen Führungsstellung, wurde gleich am ersten Tag und ohne die ausdrückliche Rücktrittserklärung des bisherigen Parteivorsitzenden abzuwarten vom Parteitag vollzogen, offenbar aus dem Gefühl der Sorge, der Alte könnte doch noch einmal den Versuch unternehmen, aktiv in das Geschehen einzugreifen und erneut für das höchste Parteiamt zu kandidieren. Die Konzeption der Formierten Gesellschaft, die vor Jahresfrist in Düsseldorf groß propagiert worden war, ist diesmal aus wohlerwogenen Gründen nur maßvoll und eigentlich mehr defensiv vertreten worden. Erhard wandte sich besonders gegen die Kritiker, die den autoritär gerichteten Zügen des Formierungsprogramms nachgegangen waren, vermied es aber, die öffentliche Aufmerksamkeit zu sehr auf diesen heiklen Problemkomplex zu lenken. Der allmählich zu vollziehende Übergang in die Formierte Gesellschaft soll nicht durch zu spektakuläre Diskussionen gestört werden. Die Auseinandersetzungen in der Publizistik im Anschluß an Erhards Düsseldorfer Ausführungen von 1965 waren dem Formierungs-Flügel der CDU offenbar schon zu weit gegangen. Die Verfechtung des Formierungsprogramms vollzog sich diesmal nicht ideologisch, sondern pragmatisch am Beispiel der Haus-

haltspolitik. Die langfristige Planung müsse die bisherigen zeitlichen und räumlichen Grenzen überschreiten und sowohl weit über die jeweils fälligen Jahreshaushaltspläne als auch über die dem Bund gesteckten Kompetenzbereiche hinausgehen. Das hört sich rein verwaltungstechnisch gewiß verlokkend an, nimmt aber sofort andere Farbe an, wenn die verfassungs- und gesellschaftspolitischen Konsequenzen bedacht werden. Solange die Bundesregierung nämlich keine vernünftige Abrüstungspolitik treibt, würde das wie in den Zeiten der Bismarckschen Septennate auf eine Ausschaltung des Bundestages (damals des Reichstages) in einer der wichtigsten politischen Fragen bedeuten. Denn da der Verteidigungsetat der größte Haushaltsposten ist, kann das Parlament mindestens einmal im Jahr substanziell und detailliert Stellung zur Grundfrage unserer Zeit nehmen, zur Frage von Krieg und Frieden sowie zu den in unserem Namen unternommenen oder unterlassenen Lösungsversuchen für die Abrüstung. Ferner müßten die unvermeidlichen Eingriffe in Länder- und Kommunalkompetenzen zu einer automatischen de facto-Gleichschaltung führen, die tief in eigenständig gewachsene Strukturen regionaler Besonderheiten hineinwirken würde. Außer der regionalen und kommunalen Mitbestimmung politischer Entscheidungen würde bei derart weitgreifender Superplanung auch die gesellschaftspolitische Mitbestimmung durch Gewerkschaften und Verbände, die bisher der öffentlichen und betrieblichen Meinungsbildung wesentliche Impulse gegeben hat, stark reduziert. Gewissermaßen ohne ausdrückliche Notstandsgesetzgebung würde damit der Bundesexekutivgewalt ein unübersehbares Maß an Macht und Vollmachten eingeräumt — käme es zur Verwirklichung der Superplanung des Formierungsprogramms.

Von den wenigen Diskussionsbeiträgen einfacher Parteitagsdelegierter drückten einige die Sorge aus, daß die neue Entwicklung der CDU (unter den Auspizien des Formierungsprogramms) sowohl das „C" als auch die besonders vom Arbeitnehmerflügel stark betonten Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität aus dem Programm der Partei verdrängen könnte. Sie konnten das Gefühl offenbar nicht loswerden, daß nach erfolgter Formierung der Gesellschaft wie der Partei vitale Gruppeninteressen keine wesentliche Berücksichtigung mehr finden würden. In der Tat wird es für die einzelnen Flügel und Gruppen innerhalb der CDU jetzt darauf ankommen, ihren Einfluß oder sogar ihre Existenz zu sichern. Aus dieser Zwangslage ergab sich die von allen Teilnehmern des Parteitages verspürte Dramatik bei der Wahl der Präsidiumsmitglieder, ja schon bei der Reduzierung der Zahl der einfachen Präsidiumsmitglieder von sieben auf sechs. Das Bündnis Stingl—Amrehn, z. B., das zur Wahl Amrehns in das Präsidium wesentlich beitrug, war von der Angst des Vertriebenen-Flügels diktiert, künftig ohne genügenden Einfluß in der Parteispitze zu sein.

Wenn auch alle Anzeichen dafür sprechen, daß der Formierungsflügel der CDU, der sich die Konzentration und Rationalisierung der Machtausübung in Partei, Gesellschaft und Staat zum Ziele gesetzt hat, diesen 14. Bundesparteitag der CDU zu seinen Gunsten entscheiden konnte, so bleiben doch in dieser Rechnung einige Unbekannte, die den Freunden der traditionellen parlamentarisch-demokratischen Ordnung der

Bundesrepublik Anlaß zur Hoffnung sein können. Da ist — zwar allen bekannt, jedoch für den Moment doch immer wieder unergründlich — Konrad Adenauer, der wie alle großen konservativen Politiker ein gutes Gespür für bestehende Realitäten hat und ihm in seiner Abschiedsrede so dramatisch und schlicht zugleich Ausdruck verlieh, als er erklärte, daß er die Sowjetunion unter die Staaten zähle, die den Frieden wollen, nachdem ihr in Taschkent die große Friedensvermittlung zwischen Indien und Pakistan zu verdanken war. Zu diesen Unbekannten gehört nach wie vor Präsident de Gaulle, dessen Reise in die Sowjetunion von großer Bedeutung für Europa und sogar für die künftige Weltpolitik sein wird. Zu diesen Unbekannten gehört nicht zuletzt der mitbestimmungsbewußte Flügel innerhalb der CDU selbst, der den drohenden Manipulationen von oben durchaus abhold ist und jetzt vielleicht den neuen Impuls Adenauers und die teilweise gaullistische Fixierung der CDU dazu ausnutzen kann, den Formierungstrend aufzuhalten. Die Haltung von Strauß und Barzel scheint abwartend zu sein — sie wollen offenbar dem endgültig obsiegenden Flügel angehören; möglicherweise sind sie auch nur zur Zurückhaltung ermahnt worden, um das Formierungsprogramm nicht durch unangenehme Personaldebatten zu gefährden. — Noch haben die Formierer die Partei nicht fest in der Hand. Das gibt den Demokraten der Bundesrepublik die Chance, die demokratischen und mitbestimmungsbewußten Kräfte in der CDU so zu unterstützen, daß die traditionelle parlamentarisch-demokratische Struktur der Bundesrepublik nicht durch eine autoritär gerichtete Entwicklung der wahlstärksten Bundespartei in Frage gestellt wird.

Klaus Ehrler

Deutsche schreiben sich

Der „Dialog" begann im Februar mit dem Offenen Brief des Zentralkomitees der SED an die Sozialdemokraten; Mitte März gab die SPD eine Offene Antwort heraus, der eine Woche später eine Entgegnung der SED folgte. Alle drei Briefe wurden im „Neuen Deutschland" abgedruckt.

Daß die SPD den Brief der SED überhaupt zur Kenntnis genommen und darauf reagiert hat, bleibt, nach der Geschichte der letzten 20 Jahre, eine bemerkenswerte Tatsache. Daß die SPD sich die Belobigungen, mit denen Regierung und Koalitionsparteiein ihre Antwort als „würdig einer demokratischen Partei" zensierten, nicht verbeten hat, eine andere. Anscheinend begreift die SPD gar nicht, welche unverschämte Beleidigung in Herrn von Hases Feststellung steckt, die Entgegnung zeige, „in welchem Maß sich die SPD ihrer Mitverantwortung für die freiheitlichen Grundlagen unserer Demokratie bewußt" sei. Dieser Satz will doch sagen: An der SPD muß man immer zweifeln — nur soweit sie dieselben Töne anschlägt, die auch die Koalitionsparteien vom Blatt zu spielen pflegen, ist sie „sich der freiheitlichen Grundlagen etc. bewußt" und also zu goutieren. Ich glaube nicht, daß die CDU ihrerseits ähnlich befriedigt schnurren würde, wenn die SPD sie mit der Feststellung krauen wollte, die Union sei eine der Demokratie verpflichtete Partei.

Kaum jemand in der Bundesrepublik hat erwartet, daß die SED den Antwortbrief der SPD veröffentlichen würde; die SED sei „in Verlegenheit", hieß es. Als die Veröffentlichung dann doch erfolgte, war das Erstaunen freilich gering, obwohl vorher alles auf diesen einen Punkt anzukommen schien. Niemand verlor ein Wort darüber, daß die SED anscheinend keine

keiten kleineren Umfangs, deren Benutzung aber technisch so enge Grenzen gesetzt sind, daß ihre Benutzungsfreiheit nur als Argumentations-Alibi aufgefaßt werden kann. Gleichzeitig wurde der Beauftragte des Akademischen Senats der Freien Universität für politische Bildungsarbeit, Prof. Kurt Sontheimer, der durch eine kritische Untersuchung der antidemokratischen Kräfte der Weimarer Republik bekanntgeworden ist, fast diskussionslos von seinem Senatsamt abberufen. Die Studenten erhielten nur von seiten des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt indirekte Unterstützung, als er in seiner vierzehntäglichen Rundfunkansprache zu aktuellen Fragen Besonnenheit und Verständnisbereitschaft gegenüber allen politischen Kräften und Argumenten forderte und mit seiner Absage an politisches Rowdytum jene SA-Methoden anprangerte, von denen Teilnehmer der Lemmerschen Gegendemonstration betroffen waren, die nicht bereit waren, dem Minister a. D. zu applaudieren und darum mit Brachialgewalt und dem Ruf „Ab nach dem Osten" durch die U-Bahneingänge am Bahnhof Zoo gestoßen worden waren. Die Zuspitzung der Situation ist durch die inzwischen begonnenen Semesterferien derzeit zwar äußerlich gebremst; das für viele Bürger und Studenten Unerhörte der jetzt eingetretenen Lage aber ist immer noch und anhaltend präsent. Die Funktion Berlins als Friedens-Seismograph ist wieder allen politisch bewußt Denkenden vor Augen getreten. In dieser indirekten Weise freilich hängt das Vietnam-Problem sehr eng mit der deutschen Frage und den Problemen Berlins im allgemeinen und Westberlins im besonderen zusammen. Die politisch engagierten Studenten und verständigungsbereiten Bürger der Stadt werden dem Frieden einen guten Dienst leisten, wenn sie in den kommenden Monaten dessen eingedenk sind und ihre mahnenden Stimmen weiterhin deutlich und unbeirrbar erheben.

Klaus Ehrler

Prof. Dr. Harold Rasch

Erschöpfung im taktischen Spiel

Schein und Wirklichkeit im bundesrepublikanischen Deutschland

I

Das erste Halbjahr der Legislaturperiode des Fünften Deutschen Bundestages ist nicht nur durch eine gewisse Nervosität der führenden Schichten, sondern auch durch einige sachlich neue Aspekte unserer Politik gekennzeichnet. Kaum war nach wochenlangen Bemühungen die neue Bundesregierung CDU/CSU—FDP zustande gekommen, da begannen prominente Politiker in aller Öffentlichkeit Erörterungen über die Zweckmäßigkeit einer „Großen Koalition". Ihre Motive

waren gewiß recht verschieden: Absicherung der eigenen Machtposition für die Zukunft (CDU), Drang nach der Krippe (SPD), Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Kanzler (allseits), wohl auch ehrliche Sorge um „Notstandsgesetzgebung" und Finanzreform (Lübke), aber das Ziel war ihnen gemeinsam. Es bleibt auch das Ziel, obwohl die CDU-Fraktion und neuerdings auch Alex Möller (SPD) ihm offiziell vorerst abgeschworen haben.

Nur ein Motiv spielte bei allen Überlegungen keine Rolle, das einzige, das eine Große Koalition sachlich rechtfertigt und notwendig macht: die Absicht, dem Volk außenpolitisch endlich die Wahrheit, die bittere, aber reine Wahrheit zu sagen, daß die totale Niederlage von 1945 heute so wenig wie damals aus der Welt zu schaffen ist. Im Gegenteil: man sucht der Erörterung der Sachprobleme wie schon bisher durch Überorganisation und geschäftige Betriebsamkeit auszuweichen. Zwar haben wir bereits zahlreiche Dienststellen, die sich von Amts wegen der „Wiedervereinigung" widmen, Berichte entgegennehmen und Berichte schreiben, Statistiken zusammenstellen und Gesetze für den Tag X vorbereiten, wir haben auch einen Bevollmächtigten des Bundes in Berlin, — aber das macht nichts, jetzt hat auch Ernst Lemmer mit einem eigenen Büro in der früheren Reichshauptstadt Gelegenheit, sich als persönlicher Beauftragter des Bundeskanzlers zu betätigen. Ständig widerholte Forderungen dieses oder jenes Politikers nach „Bestandsaufnahmen" und „neuen Initiativen" — denen regelmäßig alsbald Kommentare, Dementis, Proteste, Berichtigungen und Beschwichtigungen folgen — bieten ihm genügend Stoff für publizistische Arbeit. Und schließlich bleibt immer noch die Möglichkeit, sich an Sympathiekundgebungen für den amerikanischen Krieg in Vietnam zu beteiligen.

Die illusionäre „Verzichts"-Bereitschaft des neuen Bundesvertriebenen-Ministers Gradl hat Oswald A. Kohut kürzlich an dieser Stelle gewürdigt[1]). Auf derselben Linie liegt es, wenn Sonderminister Krone, Vorsitzender des Bundesverteidigungsrats, großmütig einen Verzicht auf Atomwaffen unter der Voraussetzung von Fortschritten in der Deutschen Frage für „möglich" erklärt. Etwas origineller vielleicht war Rainer Barzels Gedanke, Staatspräsident de Gaulle möge bei seinem Besuch in Moskau im Sommer des Jahres „auch die deutsche Sache vertreten": in der Tat soll dieser ja Bundeskanzler Erhard jüngst in Paris zugesagt haben, die „Wiedervereinigung" in seine Gespräche mit den sowjetischen Politikern einzubeziehen.

Wer nicht Berufspolitiker ist, sich aber auch nicht auf die Lektüre der Bild-Zeitung beschränkt, ist versucht, bescheiden zu fragen: Was denken sich diese Männer bei ihren Reden eigentlich? Wissen sie, die doch sonst durchaus intelligent sind, nicht, daß man uns im Osten für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, so sehr man sie wünscht, keinen Pfifferling zahlt? Weiß Papa Krone — in den goldenen Jahren Konrad Adenauers in zahlreichen innerpolitischen Konflikten als diskreter Beichtvater, Vermittler und Schlichter bestens bewährt — nicht, daß sich die ganze Welt — glücklicherweise — darüber einig ist, der Bundesrepublik keinerlei wie immer getarnten Zugang zu Atomwaffen einzuräumen, ganz abgesehen davon, daß der „Verzicht" auf „atomare Abschreckung" so sehr in unserem ureigensten Interesse liegt, daß wir dafür nicht auch noch einen zusätzlichen Preis verlangen sollten? Begreifen unsere Politiker nicht, daß die DDR überhaupt um keinen Preis zu haben ist? Und was erwartet man im Ernst von de Gaulle, solange wir uns nicht mit ihm über eine realistische Ostpolitik

1) Blätter für deutsche und internationale Politik, Februar 1966, S. 105 ff.

verständigt haben? Welches sachliche Interesse hat Frankreich sonst, in dieser Frage zu unseren Gunsten vorzupreschen, der mit Sicherheit zu erwartenden Antwort aus dem Kreml, Interessenten für die Wiedervereinigung Deutschlands mögen sich an Walter Ulbricht wenden, zu widersprechen und damit seine eigenen Bemühungen um Vertiefung der Kontakte zu den Ländern Osteuropas zu erschweren?

Nein, dieses ganze Palaver in der „Deutschen Frage" ist im günstigsten Fall für den innerpolitischen Hausgebrauch, insbesondere zur Beruhigung der Berufsflüchtlinge, geeignet, verliert freilich auch insoweit immer mehr an Kurswert. Außenpolitisch führt es uns keinen Schritt aus der Sackgasse heraus, in die wir uns hineinmanövriert haben. Hier bleiben wir der Störenfried in Europa, besorgniserregend in den Augen des Ostens, zunehmend lästig aber auch für unsere westlichen Verbündeten. Und man spielt nicht ungestraft den ewigen Störenfried. Auf seiner letzten Pressekonferenz am 25. Februar hat Bundeskanzler Erhard gesagt, „solange sich keine Ansätze für einen Weg zur Wiedervereinigung zeigten, könne es keine Offerten einer Vorleistung geben, die dann später nicht honoriert würde" [2]). Das bedeutet praktisch: Solange der Osten die „Zone" nicht preisgibt, sind wir zu keinem Frieden bereit. Aber auch der Bundeskanzler sollte einsehen, daß die Sowjetunion keine Veranlassung hat, auf dieser Grundlage mit uns zu verhandeln. Wer hat den Krieg verloren, die Sowjetunion oder wir? Wer hat ein Interesse an der Wiedervereinigung, Moskau oder Bonn? Die Antworten können doch wohl nicht zweifelhaft sein. Dann sollten es aber auch die Folgerungen nicht sein, die wir aus den gegebenen Verhältnissen zu ziehen haben.

Wie sehr die amtliche Politik sich verrannt hat, zeigt die neueste Entwicklung der Berliner Passierschein-Gespräche. Selbstverständlich sucht die Regierung der DDR sie stärker noch als bisher ihrem Wunsch nach Anerkennung dienstbar zu machen. Solange wir hierzu nicht bereit sind, werden wir uns um die Beibehaltung oder Streichung der berühmten „salvatorischen Klausel": „Beide Parteien stellen fest, daß eine Einigung über die Orts-, Behörden- und Amtsbezeichnungen nicht erreicht ist", und ähnliche Albernheiten streiten müssen. Daran mag eine Einigung in der Sache, die diesmal noch wieder zustande zu kommen scheint, bei den nächsten Verhandlungen scheitern. Nur sollte dann niemand sagen, daß allein Ulbricht Politik treibt, wir aber lediglich für Menschlichkeit kämpfen. Auch die Ablehnung eines neuen Passierscheinabkommens wäre eine politische Entscheidung, — und zugleich eine Entscheidung gegen die Menschlichkeit.

Aber es gibt doch auch kleine Lichtblicke, die zeigen, daß es höheren Orts dämmert. Wenn im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen eine Studie ausgearbeitet und den Mitgliedern des zuständigen Bundestagsausschusses übersandt wird, die die Gedanken der Denkschrift der Evangelischen Kirche ernst nimmt, so ist das zwar nur ein kleiner, aber es ist doch immerhin ein Anfang. Auch ein neuerlicher — natürlich rein „privater" — Besuch des CDU-Abgeordneten Dichgans, einflußreichen Vertreters schwerindustrieller Interessen, in der „Zone" läßt angesichts des Gewichts der hinter ihm stehenden Kräfte bescheidene Hoffnungen aufkeimen: Dichgans plädiert immerhin für „menschliche Kontakte, und zwar zur gesamten kommunistischen Intelligenz von Ostberlin bis Moskau" [3]), wenngleich seine Erörterung des Themas „Amnestie für politische Funktionäre nach der Wiedervereinigung" wenig aktuell sein dürfte. Und daß ein so hervorragender Kenner des Ostens und zugleich persona gratissima in Bonn wie Klaus Mehnert

2) FAZ v. 26. 2. 1966 Nr. 48
3) Die Zeit v. 25. 2. 1966 Nr. 9

in einer Vortragsveranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Frankfurt am 18. Februar d. J. zu dem Ergebnis kommt, eine Anerkennung der DDR sei unvertretbar, solange dort Ulbricht regiere, später könne man möglicherweise darüber reden, ist ein erheblicher Fortschritt: wenn eine positive Entscheidung über eine Frage von dieser Bedeutung im Grunde nur noch von der Person des Vetragspartners abhängig gemacht wird, so ist die bisherige sachliche Position offenbar als unhaltbar aufgegeben.

Aber noch eine weitere wichtige Wandlung scheint sich anzubahnen: wenn nicht alles trügt, hat die Bundesregierung ihre atomaren Ambitionen erheblich zurückgesteckt. Von einem Anspruch auf Mitverfügung über Atomwaffen ist jetzt offiziell keine Rede mehr. Bei den letzten Gesprächen in Washington hat man sich insoweit mit einem Anspruch auf Information und Konsultation innerhalb der NATO begnügt. Bleibt es dabei, dann hätte Bonn sich der einhelligen Meinung auch der westlichen Welt gebeugt. Das wäre ein großer Gewinn, auch wenn neben anderen Herr von Hassel persönlich weiterhin seiner Idee „atomarer Abschreckung, abgestufter Abschreckung, glaubhafter Abschreckung" nachtrauert.

II

Wie gefährlich es war und bleibt, die Sicherheit der Bundesrepublik ausschließlich eigenen und fremden, insbesondere amerikanischen Truppen anzuvertrauen, zeigt neuestens deutlicher noch als bisher die Entwicklung des sogenannten Vietnam-„Konflikts". Hier geht nicht nur die „escalation" im Krieg gegen das unglückliche Volk von Vietnam weiter, sondern auch wir geraten immer mehr in Gefahr, in diese „escalation" hineingezogen zu werden. Gewiß, für uns ist die Verteidigung Berlins etwas völlig anderes als die Verteidigung Südvietnams, und dieser Standpunkt wird wohl auch in der übrigen westlichen Welt weitgehend geteilt. Aber wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß manche Amerikaner hierüber abweichende Auffassungen haben, daß ihnen Saigon jedenfalls nicht viel ferner liegt als Berlin (die Entfernung van San Francisco ist in der Tat die gleiche). Noch ist „nur" die Entsendung eines deutschen Lazarettschiffs in den Fernen Osten beschlossen. Doch schon wird nach Pressemitteilungen über Bundesbürgschaften zugunsten deutscher Baufirmen verhandelt, die in Südvietnam Straßenbauten (nur solche?) übernehmen sollen. Und einige amerikanische Stimmen fordern bereits ganz offen, daß die Bundesrepublik sich auch militärisch in Vietnam engagiere. Das mag freilich weiterhin abgewandt werden (die Haltung der Parteien ist insoweit eindeutig ablehnend), aber dann müssen wir damit rechnen, daß die USA eines Tages einen Teil ihrer Truppen aus der Bundesrepublik und West-Berlin abziehen. Sollte die Bundesregierung nicht wenigstens diesen Umstand zum Anlaß nehmen, von sich aus das ihre zur Befriedung in Europa zu tun?

Für uns Deutsche ist es schwer, zu einem begründeten Urteil über den Krieg in Vietnam zu gelangen, — zu einseitig orientiert sind die Nachrichten, die unsere Presse bietet. Aber wir können mit Sicherheit feststellen, daß die Zweifel nicht nur an der Fähigkeit der USA, den Krieg zu gewinnen, sondern auch an seiner moralischen Berechtigung in- und außerhalb der Vereinigten Staaten wachsen; anders sind die hektischen „Friedensoffensiven" Präsident Johnsons, verbunden mit gewaltigen „Sozialplänen", kaum zu erklären. In der Tat ist die ursprüngliche These des Präsidenten, man fühle sich zur Hilfeleistung an eine verbündete Regierung verpflichtet, kaum mehr zu halten, — wer ist diese Regierung und

von wem wird sie getragen? Vor allem aber: kann es vernünftigerweise Aufgabe des weißen Mannes sein, die Ausbreitung des Kommunismus in Südostasien mit Bomben zu verhindern? „Es gilt, die Vereinigten Staaten aus einem Dilemma zu befreien", schreibt sogar der militärische Mitarbeiter der Frankfurter Allgemeinen [4]). Aber wie, solange sie sich nicht selbst aus ihm befreien wollen, solange die Führung dieses großen Landes, das so bewundernswerte Leistungen vollbracht hat, nicht selbst zu der Überzeugung gelangt, daß sie einen falschen Weg gegangen ist, und nicht die Kraft findet, entschieden umzukehren? Amerika kann heute nicht mehr zurück, hören wir sagen. Aber rechtfertigt allein das sogenannte Prestige weiteres Morden? Besteht nicht wahre Größe darin, auch eine Fehlentscheidung einzugestehen? Das sind sehr ernste Fragen, die quälende Ungewißheiten übrig lassen. Wir können und wollen nicht versuchen, sie abschließend zu beantworten. Unsere Kenntnis genügt vielleicht nicht, um den Krieg in Vietnam eindeutig zu verurteilen. Ganz gewiß aber genügt sie nicht, um den USA auch nur unsere moralische Unterstützung zu leihen. Bundesbürgschaften zugunsten von Bauten in Südvietnam jedenfalls sollten vor Beendigung des Krieges entschieden abgelehnt werden. Wir protestieren in aller Offenheit und Öffentlichkeit gegen eine Belastung des Kredits der Bundesrepublik für ein im ursprünglichen Sinn des Wortes so fragwürdiges Unternehmen, wie es dieser Krieg ist. Erfreulicherweise scheint auch die Bundesregierung jetzt zu dieser Überzeugung gelangt zu sein [5]).

III

Einen gewissen Erfolg haben in den letzten Wochen die beiden Luxemburger Konferenzen der Bundesregierung und insbesondere Bundesaußenminister Schröder gebracht. Die Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft ist gerettet, wenigstens ist ihr Zusammenbruch fürs erste verhindert. Frankreich ist an den Beratungstisch in Brüssel zurückgekehrt, die Stellung der „Kommission" der EWG bestätigt, wenn diese sich auch in Zukunft zunächst mit den nationalen Regierungen abstimmen muß. Das ist sicher zu begrüßen.

Aber wir dürfen das Gewicht der ungelöst gebliebenen Probleme nicht unterschätzen. In der Frage der Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat hat man sich nicht geeinigt, was darauf hinausläuft, daß jedes Land auch weiterhin in „lebenswichtigen" Angelegenheiten Beschlüsse, die gegen seine Interessen verstoßen, verhindern kann. Wer die supranationalen Wünsche gewisser Länder von Anfang an mit Skepsis betrachtet hat (wie etwa der kürzlich verstorbene Nationalökonom Wilhelm Röpke, Genf), wird hierüber nicht besonders unglücklich sein. Völlig offen sind selbstverständlich die großen Sachfragen geblieben, vor denen die Gemeinschaft steht, vor allem die Probleme der Kennedy-Runde und der Finanzierung von Agrarüberschüssen des Gemeinsamen Marktes. Daß Professor Hallstein der demnächst um die Montan-Union und Euratom zu erweiternden Wirtschaftsgemeinschaft auch für die Zukunft erhalten bleiben möge, wollen wir nicht nur als Deutsche wünschen, — seine Intelligenz und Tatkraft wiegen schwerer als der Minusposten eines wohl gelegentlich fehlenden Fingerspitzengefühls.

---

[4]) Weinstein, FAZ v. 18. 2. 1966 Nr. 41
[5]) So jedenfalls Bundeskanzler Erhard in seiner Pressekonferenz v. 25. 2. (FAZ v. 26. 2. 1966 Nr. 48)

Weiterhin offen sind auch alle sonstigen Fragen, in denen die amtliche deutsche Auffassung und die des französischen Staatspräsidenten einander völlig entgegengesetzt sind. Die letzten Aussprachen des Bundeskanzlers mit de Gaulle haben, wie die Gazetten berichteten, „in guter Atmosphäre" stattgefunden, sonst haben sie wieder einmal nichts erbracht. In der Frage der atomaren „Verteidigung" Europas, des Verhältnisses zu den USA, des zukünftigen Schicksals der NATO stehen die Meinungen einander nach wie vor diametral gegenüber. Der Kanzler hat auch gar nicht erst versucht, sie anzuschneiden, und das war sicher das Klügste, was er tun konnte, eine ernsthafte Diskussion hierüber hätte er schwerlich gut überstanden.

IV

Die innenpolitische Arbeit von Bundesregierung und Bundestag wird sich in der nächsten Zeit vor allem auf die Notstandsgesetzgebung konzentrieren. Soeben verhandelte Bundesinnenminister Lücke hinter verschlossenen Türen mit den maßgebenden Männern der Gewerkschaften. In der Tat stellen diese den einzigen Machtfaktor dar, der den Plänen der Bundesregierung gefährlich werden könnte. Über eine eindeutige Entschließung der Gewerkschaften gegen diese Pläne auf ihrer Tagung im Mai d. J. könnte die SPD-Fraktion nur schwer hinweggehen. Ohne Zustimmung der SPD aber sind Verfassungsänderungen nicht durchzusetzen. Man wird abwarten müssen, was nach Abschluß der Beratungen vom Geist des Grundgesetzes von 1949 noch übrig bleibt. Ein Kompromiß „Erweiterte Mitbestimmung und Ministerposten gegen Notstandsermächtigungen" erscheint auf längere Sicht nicht ausgeschlossen.

In einem gewissen Zusammenhang hiermit steht die Strafrechtsreform, die den Rechtsausschuß des Bundestages sicher während der ganzen Legislaturperiode beschäftigen wird. Daß unser politisches Strafrecht, zu Beginn der Wiederaufrüstung aus den Trümmern des Nazistaats hervorgeholt und überstürzt beschlossen, rechtsstaatlichen Grundsätzen Hohn spricht, sieht man jetzt anscheinend auch auf Regierungsseite. Es ist geplant, seine Reform zeitlich vorwegzunehmen. Auf anderen Gebieten, auf denen die Meinungen in starkem Maß „weltanschaulich" geprägt sind (Sittlichkeitsdelikte, insbesondere Homosexualität, „Gotteslästerung", Strafensystem — Beibehaltung oder Beseitigung der Zuchthausstrafe —), zeigt der Regierungsentwurf eines neuen Strafgesetzbuches allerdings wenig modernen Geist.

Aber brennender als alle diese Fragen sind mehr und mehr die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme geworden, vor die Bundesregierung und Bundestag sich gestellt sehen. Im Sommer 1965 hatten die Regierungsparteien unter weitgehender Zustimmung der „Opposition" Sozialaufwendungen in Höhe von vielen Milliarden DM beschlossen, um sich für die damals bevorstehenden Wahlen möglichst viele Stimmen zu sichern. Kaum hatte der Wähler seine Schuldigkeit getan, machte man sich daran, die verantwortungs- und gewissenlos abgegebenen Versprechungen zu annullieren, — nicht gerade vornehm, aber der Sache nach zutreffend sprach Professor Schiller (SPD) kürzlich im Bundestag von „politischer Zechprellerei". Ein Viermänner-Gremium hoher Beamter setzte sich zusammen, um den hochstaplerisch aufgeblähten Etat zusammenzustreichen („Streichquartett"). Bundesregierung und Bundestag stimmten zu, ja auf Antrag des Haushaltsausschusses wurde sogar der Vollzug eines Teils der angeblich so dring-

lichen Notstandsgesetzgebung (Gesetz über das Zivilschutzkorps, Schutzbau-, Selbstschutzgesetz) bis 1968 hinausgeschoben. Doch das war nicht mehr als „ein Akt tätiger Reue" [6]). Die Folgen einer schon seit langem leichtfertigen Haushaltswirtschaft in Bund, Ländern und Gemeinden, denen die Beschlüsse vom Vorjahr nur noch eine neue Note hinzugefügt hatten, blieben unberührt.

Inzwischen hatte der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" sein Zweites Jahresgutachten unter dem Motto „Stabilisierung ohne Stagnation" veröffentlicht. Es war eine bittere Pille für die Verantwortlichen — in erster Linie die Bundesregierung —, und sie wurde denn auch nur zum Teil geschluckt. Zwar konnte man nicht leugnen, daß die Kaufkraft der Deutschen Mark in fünfzehn Jahren um ein Drittel ihres ursprünglichen Wertes gesunken ist, daß sich der Geldwertschwund, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung, seit dem vierten Vierteljahr 1964 beschleunigt und daß wir uns 1965 von dem Ziel der Geldwertstabilität noch weiter entfernt hatten als 1964. Wirklich angemessene Folgerungen aus dieser Erkenntnis zog die Bundesregierung aber nicht.

Wohl wurde der Haushalt des Bundes für 1966 gegenüber den ursprünglichen Wünschen der Ressorts von der Bundesregierung auf 69,1 Mrd. DM herabgesetzt. Dennoch liegt das Haushaltssoll 1966 um 5 % über den tatsächlichen Ausgaben des Vorjahrs und geht damit über die Empfehlungen der Sachverständigen hinweg, nach denen er wesentlich unter 68 Mrd. DM hätte bleiben sollen. Wenn man bedenkt, daß wir 1965 eine geradezu unerhörte Ausgabensteigerung von rd. 10 % hatten und 1967 und 1968 vor einer erschreckenden Fülle von Ansprüchen stehen, die durch das Haushaltssicherungsgesetz nur vertagt sind, dann kann man der Bundesregierung keineswegs zubilligen, daß sie das Erforderliche zur Eindämmung der Geldentwertung getan hat, soweit diese von der Haushaltsgebarung und der Bereitschaft, ein Defizit auf dem Kreditwege zu decken, ausgeht. Weder an den aufgeblähten Sozialetat noch an einen radikalen Abbau der uferlosen Subventionswirtschaft, die wir seit langem treiben, hat man sich ernstlich herangetraut, — von der Einleitung einer konsequenten Friedenspolitik, die zu einer stufenweisen Verminderung der unproduktiven Rüstungsausgaben führen könnte, ganz abgesehen. Im großen und ganzen hat man vielmehr die Probleme erneut vor sich hergeschoben, so wie der Bundestag insbesondere in Sachen der Bundesbahn und Bundespost seit Jahren immer wieder grundsätzlichen Entscheidungen ausgewichen ist. Die finanzielle Lage der meisten Länder und meisten Gemeinden ist nicht besser, zum Teil noch schlechter als die des Bundes, die inflationistischen Tendenzen, die hier von der Inanspruchnahme des Kreditapparats zur Deckung von Fehlbeträgen in den Haushalten ausgehen, ebenso stark. Daß unter diesen Umständen die „Sozialpartner" — um nicht die Dummen zu sein — sich keineswegs besonders zurückhaltend zeigen, sondern erneut — so insbesondere in der Metallindustrie — Lohnerhöhungen für 1966 und 1967 vereinbart haben, die mit Sicherheit über den zu erwartenden Produktivitätszuwachs hinausgehen und daher ebenfalls die Inflation fördern, nimmt nicht wunder. Der Bundeskanzler predigt „Maßhalten", die Regierungen von Bund und Ländern denken nicht daran, diesen Grundsatz zu beherzigen, der Bundeskanzler empfiehlt eine Stunde Mehrarbeit wöchentlich, die Sozialpartner einigen sich auf eine Verkürzung der Arbeitszeit ab 1. Januar 1967. Das ist — auf nur einem Gebiet — Schein und Wirklichkeit im bundesrepublikanischen Deutschland.

6) Hettlage, Die Zeit v. 31. 12. 1965 Nr. 53/1

Zur Zeit jedenfalls besteht kein Anlaß zu der Hoffnung, daß die Bundesregierung die fortschreitende Entwertung der deutschen Währung wirklich zu bannen in der Lage ist, ja daß sie auch nur ernstlich hierzu entschlossen ist. Die Haushaltsrede von Bundesfinanzminister Dahlgrün vom 2. März hat die ganze Misere der Bundesfinanzen offenbart: selbst bei Besserung der gegenwärtigen Kapitalmarktsituation ergeben sich für die Jahre 1967 bis 1970 ungedeckte Fehlbeträge von 4 Mrd. jährlich[7]). Nach wie vor kämpft die Bundesbank mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln allein auf weiter Flur. Bundeskanzler Erhard hat in der Debatte des Bundestags um das Gutachten des Sachverständigenrats einen hilflosen, ja kläglichen Eindruck gemacht, obwohl die Abgeordneten Helmut Schmidt und Schiller (SPD) ihm nur mäßig zugesetzt hatten[8]). Ergebnis: die Inflation geht weiter.

V

Mehr denn je erscheint die Zerrüttung der Währung, die Zerstörung der Grundlagen soliden kaufmännischen Rechnens heute als die Folge völligen Fehlens politischer Führung in der Bundesrepublik. Man läßt die Dinge treiben, wie man sie seit Jahren hat treiben lassen, und entzieht sich der Verantwortung für politische Aktivität durch Berufung auf Allerwelts-Weisheiten. Das ist auf dem Gebiet von Geld und Kredit nicht anders als auf dem unserer auswärtigen Politik. Alle Kunst erschöpft sich im taktischen Spiel. Unter diesen Umständen ist es ziemlich belanglos, daß Ludwig Erhard, im letzten Augenblick aus seiner Lethargie auch in den innerparteilichen Diskussionen der CDU aufgescheucht, schließlich doch noch seine Kandidatur für das Amt des Parteivorsitzenden nach dem Ablauf der Amtszeit seines alten Feindes Konrad Adenauer angemeldet hat und voraussichtlich gewählt werden wird. Der Einfluß einer starken Persönlichkeit wird sicher weiter gestärkt, wenn er sein Amt als Regierungschef durch den Vorsitz in der führenden Partei untermauern kann. Wie dagegen eine bloße Kummulation von Ämtern aus einem „Gummilöwen" einen starken Mann machen soll, ist unerfindlich. Schließlich sind Rainer Barzel und Franz Josef Strauß unmittelbar ante portas und Helmut Schmidt nicht weit davon entfernt.

Für eine vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Zukunft, für eine Abkehr von Verantwortungsscheu, Schlendrian und Liederlichkeit sind manche guten Voraussetzungen gegeben. Wir haben ein hochqualifiziertes Bundesbankdirektorium, eine — wenigstens in den Spitzen — gebildete, kenntnisreiche und fleißige Ministerialbürokratie. In den — viel zu wenig genutzten — Wissenschaftlichen Beiräten beim Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzministerium und namentlich in dem „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" stehen der Regierung hervorragende beratende Kräfte zur Seite. Diese wissen im Grunde genau, was geschehen müßte, kennen und beherrschen ihr Instrumentarium.

Leider aber entsprechen die politisch entscheidenden Kräfte, Bundestag und Bundesregierung, in keiner Weise den Anforderungen der Zeit. Dabei ist vielleicht das Schlimmste, das Bedrückendste die Unaufrichtigkeit, zum mindesten Unglaubwürdigkeit von Regierungsmehrheit und Opposition. Mit dem Kampf für die

7) Bundesanzeiger v. 3. 3. 1966 Nr. 43 S. 7
8) S. den Auszug in der „Zeit" v. 25. 2. 1966 Nr. 9 S. 8

„Geldwertstabilität" ist es ähnlich wie mit dem Kampf für die „Wiedervereinigung". Man erklärt, ihn mit aller Energie führen zu wollen, arbeitet in Wirklichkeit aber nur mit halbem Herzen oder tut — unbewußt, wenn nicht gar mit kaltem Zynismus — das Gegenteil. Unbequeme Kritiker werden zwar nicht eingesperrt, wohl aber einfach totgeschwiegen. Und dann jammert man über die Kluft, die Geist und Macht in unserem Lande trennt, klagt darüber, daß die Intelligenz links steht. Man sollte sich viel mehr darüber wundern, daß es außerhalb derjenigen, die unmittelbar vom politischen Geschäft leben, überhaupt noch Menschen gibt, die einen Teil ihrer Kraft den öffentlichen Angelegenheiten widmen.

Konni Zilliacus, M. P., London

Großbritannien und die Eindämmung Chinas

Der Krieg der Vereinigten Staaten in Vietnam ist in Großbritannien nicht nur äußerst unpopulär, und die Unterstützung dieser Kriegspolitik durch die Labour-Regierung wird von den meisten ihrer Anhänger nicht nur moralisch als ein Verbrechen, sondern auch als eine politische Dummheit angesehen. Es zeigt sich immer mehr, daß es sich hierbei um einen integrierenden Teil einer Gesamtpolitik der Vereinigten Staaten im Fernen Osten handelt, die ihrerseits wieder Teil der globalen Politik Präsident Johnsons ist, den Kommunismus mit Waffengewalt „einzudämmen". Auf Asien angewendet, zielt diese Politik darauf ab, die Front an den militärischen Demarkationslinien in Südkorea und Südvietnam zu halten. Letztere wird von den Vereinigten Staaten in Verletzung der übernommenen Verpflichtung, das Genfer Abkommen von 1954 zu respektieren, wie eine territoriale und politische Grenze behandelt. Eine andere Seite dieser Politik verlangt die Wiederbewaffnung Japans, analog derjenigen Westdeutschlands. Obgleich diese Politik immer wieder als ‚defensiv' präsentiert wird, waren mit ihr doch die Invasion Nordkoreas und die Bombardierung der chinesisch-koreanischen Kraftwerke am Yalu verbunden, dies mit der Absicht, China in den Krieg zu verwickeln. Präsident Eisenhower mußte den General MacArthur entlassen, um ihn daran zu hindern, China mit Atombomben anzugreifen.

Das gleiche Muster wird nun in Vietnam mit der Bombardierung des Nordens und in Laos und Kambodscha wiederholt. Von den USA bezahlte südkoreanische Truppen werden dort in den Kampf geworfen, und man spricht davon, auch

Tschiang-Kai-schek-Truppen einzusetzen. Hand in Hand damit gehen Drohungen, die noch nicht weit entwickelten chinesischen Atomanlagen zu bombardieren, falls die Chinesen es wagen, den Nordvietnamesen im Kampf um ihr Land Hilfe im größeren Ausmaß zu gewähren.

In der Tat erhebt sich, wie der militärische Korrespondent des Observer am 7. Dezember 1965 berichtete, in Washington das Gerede von einem Präventivkrieg gegen China wieder so laut wie damals in den fünfziger Jahren gegen die Sowjetunion: „Die Abschreckungsstrategie des Westens war deshalb absolut wirksam, weil sie eine einseitige tödliche Drohung gegen das Kernland der UdSSR war."

Die Parallele dazu ist der Versuch von Verteidigungsminister McNamara, seinen NATO-Kollegen durch Schauergeschichten über die tödliche chinesische Bedrohung mittels eines mit Atomwaffen ausgerüsteten U-Bootes Schrecken einzujagen. China, so ruft McNamara vor dem Hintergrund des astronomischen Verteidigungsbudgets der USA und einer bewaffneten Macht, wie sie größer die Welt bisher noch nicht gesehen hat, China beansprucht das Recht, sich in die inneren Angelegenheiten Amerikas, Asiens und Afrikas einzumischen und mit allen Mitteln einschließlich der bewaffneten Macht zu intervenieren; China ist ein expansionistisches Land, dessen Ehrgeiz die ganze Welt bedroht. Es wird nicht berichtet, daß irgendein Mitglied des NATO-Rates ihm ins Gesicht lachte, aber hinter seinem Rücken wird man sich gewiß keinen Zwang angetan haben.
Im vergangenen Juli veröffentlichte das Royal Institute of International Affairs einen Artikel ‚Luddites and Lemmings in South-East Asia' (Selbstmörderisches Vorgehen in Südostasien) von Dr. Malcolm Caldwell, Dozent für asiatische Wirtschaftsgeschichte an der School of Oriental and African Studies der Londoner Universität, der kurz zuvor von einem Jahresaufenthalt in Südasien und Südostasien zurückgekehrt war. Er unterzieht Auffassungen und Zwecke der Politik der USA und die gesamte ‚Domino-Theorie' einer vernichtenden Kritik und weist darauf hin, daß letztere auf drei Annahmen beruht: „Erstens, daß China aggressiv und expansionistisch ist und nur durch Drohung mit Waffengewalt innerhalb seiner Grenzen gehalten werden kann. Zweitens, daß andere kommunistische Regierungen in Asien — zum Beispiel die Nordvietnamesen — mit Notwendigkeit nur Marionetten sind, die von Peking geleitet und kontrolliert werden. Drittens, daß die sogenannten bündnisfreien Länder faktisch Länder sind, die auf einer schiefen Ebene in Richtung des Kommunismus liegen und daß deshalb die Befürwortung des Neutralismus der Befürwortung einer einseitigen amerikanischen Kapitulation gleichkommt."

„Die erste Annahme der chinesischen Aggressivität", schreibt Dr. Caldwell, „ist in gewisser Hinsicht am verblüffendsten. Es hat wahrscheinlich wenig Sinn, über ihren Ursprung nachzudenken. Es haben keine chinesischen Flugzeuge auf Verlangen Hanois die südvietnamesischen Nachschubbasen in Kalifornien, Virginia und im Distrikt von Columbia bombardiert. Ebensowenig sind Hunderttausende amerikanischer Männer, Frauen und Kinder auf gräßlichste Weise durch Napalm- und Splitterbomben, die aus chinesischen Flugzeugen fielen, verbrannt und verstümmelt worden oder aber, während sie arbeiteten, zum Einkauf oder zur Schule gingen, von Maschinengewehren beschossen oder ohne Warnung mit Gas belegt worden. Chinesische Flieger haben nicht neue ‚hochentwickelte' konventionelle Waffen — z. B. Kanister voll von rasiermesserscharfem gerillten Stahl, der alles Leben innerhalb eines bestimmten Umkreises tötet — an den unschuldigen Bürgern im Mittelwesten ausprobiert und die Ergebnisse mit unverhohlenem Ver-

gnügen veröffentlicht. Amerikanische Städte sind nicht so nebenbei bis auf den Grund abgebrannt worden. Fraglos gibt es kein chinesisches Äquivalent zum Eingreifen der Amerikaner in der Dominikanischen Republik. Natürlich ist es wahr, daß man Tibet und die indisch-chinesischen Grenzstreitigkeiten zugunsten der Auffassung vom ‚aggressiven China' interpretieren kann. Aber in beiden Fällen waren besondere Faktoren im Spiel, die hinsichtlich Südostasiens heute irrelevant sind. Andererseits die chinesische Intervention in Korea als Aggression zu bezeichnen, wäre eine nackte Umkehrung der Wahrheit: China trat in den Krieg ein, nachdem wiederholte und maßvolle Warnungen von den Vereinigten Staaten unberücksichtigt geblieben waren. Zweifellos wirkt in der amerikanischen fixen Idee von der chinesischen Aggressivität ein Element indirekter Wunscherfüllung. Die Enttäuschung über die durch die Kommunisten herbeigeführte Niederlage Tschiang Kai-scheks und die folgende Selbstbehauptung des kommunistischen Chinas entzündete Aggressionsimpulse, und diese wurden wieder auf das Phantasie-Objekt der Gewalttätigkeit rückprojiziert."

Der Autor führt dann in einer Anmerkung aus, daß nach dem letzten Krieg und „bevor Rußland die Atombombe hatte, die westlichen Befürworter eines ‚Präventivkrieges' ihre eigenen aggressiven Impulse auf den Feind projizierten, der weder den Wunsch noch die Kapazität hatte, anzugreifen".

Er geht dann daran, die militärische Macht Chinas zu untersuchen, und kommt zu dem Schluß, daß eine Analyse der zugänglichen Informationen über diesen Gegenstand „den Expansionsmythos in Nichts auflöst, zumindest was die Gegenwart betrifft. Chinas Streitkräfte haben eine wesentlich defensive Kapazität. Es gibt keinen Beweis irgendwelcher Bestrebungen oder Absichten in China, noch weniger eines konkreten Planes, irgendeinen der Nachbarn zu annektieren. Ein Experte über Fragen der chinesischen Armee, der kürzlich gefragt wurde, ob China die Kapazität habe, seine Nachbarn anzugreifen, falls es dieser Absicht sei, wies darauf hin, daß die chinesische Armee zu Fuß marschiert (nur 10 % der Streitkräfte sollen motorisiert sein). Die Eisenbahn- und Straßenverbindungen sind immer noch sehr schwach entwickelt; nur sehr wenige Transportflugzeuge oder Truppentransporter stehen zur Verfügung. Man kann sich nicht vorstellen, wie China eine langanhaltende Okkupation eines Nachbarn durchführen und mit Nachschub versorgen könnte."

Mr. Caldwell fügt hinzu: „Das Institute of Strategic Studies beurteilt China folgendermaßen: ‚China ist nicht in der Lage, den Status einer großen, ja nicht einmal einer mittleren Militärmacht geltend zu machen ... Faktisch ist China wahrscheinlich das einzige Land auf der Welt, das keinerlei Zugang zur hochentwickelten Ausrüstung und Erfahrungsgrundlagen hat, die die führenden Militärnationen der Welt ständig einer ganzen Schar kleinerer Länder zur Verfügung stellen ... Das impliziert das Vermeiden eines ernsthaften Konfliktes sowohl mit den Vereinigten Staaten als auch mit der Sowjetunion und eine absichtliche Zurückhaltung Chinas von allen Konfliktsgebieten, die zu einem Weltkrieg führen könnten."

„Zweifellos", so meint Mr. Caldwell, „gibt es Verbindungen zwischen der chinesischen Kommunistischen Partei und anderen asiatischen kommunistischen Parteien ... aber sie sind spärlich und oberflächlich." Er zitiert den Generalsekretär der Vereinten Nationen, der auf einer Pressekonferenz am 24. Februar 1965 unmißverständlich sagte, „daß es nicht einen einzigen Fall ausländischer Unterstützung für die burmesischen Kommunisten gibt und dies obgleich Burma eine über tausend Meilen lange Landgrenze mit China hat."

„Wo immer es starke Beweise einer planvollen ausländischen Hilfe für eine nationale kommunistische Partei oder eine kommunistisch-bestimmte Volksfront gegeben hat, ging das gewöhnlich und bezeichnenderweise" — so führt Mr. Caldwell aus — „darauf zurück, daß die Amerikaner vorher ihr Gewicht zugunsten einer Rechtspartei oder -gruppe eingesetzt hatten. Das war zum Beispiel bekanntlich in Laos der Fall und erklärt auch die Tätigkeit im Norden Thailands. Vieles, das wie überlegene und weit vorausgeplante Subversion ausschaut, ist nichts anderes als kluge und zweckdienliche Reaktion auf eine bestimmte offenkundige Drohung."

Caldwell sagt, daß dies besonders auf Vietnam zutrifft, wo die amerikanischen Behauptungen einer Unterstützung und Leitung der Nordvietnamesen durch China nicht nur unwahr sind, sondern „eine ungeheuerliche Unverschämtheit. Die überwiegende Zahl der erbeuteten Waffen sind amerikanisches Fabrikat. Nur eine winzige Handvoll sind kommunistischer Herkunft, und selbst diese können auf dem normalen Handelswege beschafft worden sein ... Welche Unterstützung immer die Vietkong erreichen mag, sie ist völlig bedeutungslos im Vergleich zur amerikanischen Hilfe für die südvietnamesischen Streitkräfte. Jedermann weiß, daß das Regime in Saigon sich nicht zwei Tage gegen die Vietkong halten könnte, wenn alle Auslandsunterstützung aus Vietnam abgezogen würde ... Obwohl das oft übersehen wird, ist Vietnam außerdem e i n Land, und die Nordvietnamesen würden kaum zu begreifen, ja entehrt sein, wenn sie nicht ihren im Süden lebenden Landsleuten helfen würden, die Amerikaner zu bekämpfen. Um aber die Intervention und Unterdrückung von Volksrevolten zu ‚rechtfertigen', muß Amerika den Mythos einer Steuerung vom Ausland her, einer ‚unkonventionellen Aggression' von jenseits der Grenzen schaffen, gleichgültig wie die wirklichen Tatsachen sind."

Ho Chi Min, so sagt Caldwell, ist Vietnams Tito, und das Hauptmotiv für ihn und seine Anhänger, und zwar für Kommunisten wie Nichtkommunisten, ist das Streben nach nationaler Unabhängigkeit, also ganz einfach elementarer Patriotismus. Das trifft auch auf andere asiatische und afrikanische Länder zu, faktisch auf alle Länder, die sich vom Kolonialismus freimachen. Der Nationalismus, das heißt der Wille zur Unabhängigkeit, ist mindestens ein ebenso mächtiges Motiv wie das Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit, und der Kommunismus hat nur so weit Erfolg, soweit es ihm gelingt, beide Gefühle zu verkörpern.

Deshalb ist die Domino-Theorie purer Unsinn, und deshalb muß man im Gegenteil mit der Tatsache rechnen, daß „außer gewissen von den Amerikanern mit Waffengewalt aufrechterhaltenen antikommunistischen Enklaven das gesamte Südostasien wahrscheinlich von Regimen beherrscht sein wird, die nach der Beurteilung des State Department in wenigen Jahren ‚kommunistisch' sein werden. Die Vereinigten Staaten haben keine Chance, diese Flutwelle aufzuhalten. Die Frage ist nur, wie lange man dieses Ergebnis verzögern kann und welche Konsequenzen sich aus der Alternative der Anpassung an diese Realität oder des Kampfes bis zum Letzten ergeben. Aber das hat nichts mit einer kommunistischen ‚Verschwörung' zu tun. Es ist das unvermeidliche Resultat gewisser objektiver Züge der Gesellschaft in Südostasien." „Denn", so sagt Mr. Caldwell, „in diesen Ländern gibt es keine Demokratie, nur in moralischer Hinsicht korrupte und reaktionäre Oligarchien und in den Völkern selbst keinerlei Sehnsucht nach etwas wie einer Demokratie im wesentlichen Sinne. Auch besteht dem Kommunismus gegenüber keine Antipathie. Im Gegenteil, unter denen, die eine Schulbildung genossen haben, findet man zumeist die Ansicht, daß die Chinesen und

Russen einen Weg gefunden haben, den Lebensstandard zu erhöhen. Selbst in den zahmsten pro-westlichen Ländern wie Thailand, Malaysia und den Philippinen gibt es ein beunruhigend großes Reservoir an anti-amerikanischen und anti-europäischen Gefühlen, von denen sich jeder Besucher leicht überzeugen kann. Alle demographischen und politischen Tatsachen deuten darauf hin, daß sich die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den kommenden Jahren verschlechtern und damit die Unruhe und das revolutionäre Potential vergrößern werden."

Dr. Caldwell zieht die Schlußfolgerung, daß die amerikanische Politik der ‚Eindämmung' diese Lage nur schwieriger machen wird, indem sie China dahin treibt, unter allen Umständen Atommacht zu werden und sich so zu einer wachsenden Bedrohung des Weltfriedens zu entwickeln.

Bislang wurde die Labour-Regierung trotz der Proteste vom linken Parteiflügel in die Front der anti-vietnamesischen Katastrophenpolitik der Vereinigten Staaten gezwungen. Diese Proteste sind nun in nicht abzuschätzender Weise durch den Rücktritt des dem extremen rechten Flügel angehörenden Marineministers, Mr. Christopher Mayhew, und seine Erklärung verstärkt worden, daß die britische Wirtschaft die Ausgaben für die Verpflichtungen östlich von Suez, die auf Grund amerikanischen Druckes nicht verringert wurden, nicht mehr tragen kann und daß „wir praktisch östlich von Suez nicht mehr in der Lage sein sollen, irgendetwas allein zu unternehmen. Wir dürfen dann nur noch mit Zustimmung und Unterstützung der weit mächtigeren Amerikaner handeln, und zwar eher in der Rolle von Hilfstruppen als in der von Verbündeten. Ein solches Maß von Abhängigkeit von den Amerikanern wäre selbst dann unerwünscht, wenn es in dieser Region eine enge politische Übereinstimmung geben würde. Aber im Fernen Osten existiert — im Gegensatz zu Europa — eine solche Übereinstimmung, ganz besonders hinsichtlich Chinas, nicht."

Das gleiche sagte der Verteidigungsminister im Schattenkabinett der Konservativen, Enoch Powell, auf der Parteikonferenz der Konservativen. Er unterschied zwischen echten Verteidigungsinteressen, die er als Vorbereitungen zur Entgegnung eines militärischen Angriffs auf die britischen Inseln oder einen anderen Teil des Commonwealth definierte, und jenen anderen behaupteten Verteidigungsinteressen, „die der Ausbreitung jener Sache, die wir Kommunismus nennen, Grenzen setzen soll. Unter der Annahme, daß die westliche Militärkraft die Ausdehnung des russischen und chinesischen Einflusses in Asien und Afrika begrenzen oder begrenzen helfen kann, sollten wir doch die praktische Wirkung der britischen militärischen Anstrengung an der Größe unserer Reserven und Anforderungen und an den Folgen des Fehlens an anderen Plätzen ... messen." Schließlich wollen wir dem Chor der Proteste von Links, von der Mitte und von Rechts, innerhalb der Labour-Partei und vom konservativen Verteidigungsminister im Schattenkabinett, noch die Stimme des liberalen Sprechers, Mr. Emlyn Hooson (eines Rechtsanwaltes von hervorragendem Ruf und zum rechten Flügel der Liberalen Partei gehörend), hinzufügen. Er sagte, daß das einzige Ergebnis der amerikanischen Politik im Fernen Osten im allgemeinen und in Vietnam im besonderen die Stärkung genau derjenigen Kräfte war, denen man Widerstand leisten wollte. China fühlte sich eingekreist und ausgeschlossen, und daran ist weitgehend die amerikanische Politik schuld. Es war „völlig unrealistisch, von China zu erwarten, daß es sich damit abfindet, am asiatischen Festlandsrand Länder entstehen zu sehen, die gegenüber den Vereinigten Staaten freundlich, gegenüber China jedoch feindlich eingestellt sind. Wenn sie gegenüber den Ver-

einigten Staaten freundlich sind, so mag das für China durchaus tragbar sein, vorausgesetzt, daß sie die gleiche Haltung auch gegenüber China zeigen. Es heißt die Geschichte völlig verkennen, wenn man glaubt, daß eine solche große Macht an seinen Grenzen Länder tolerieren kann, die sich zu einem Land, das Tausende von Meilen entfernt ist, freundlich, zum großen Nachbarland aber feindlich verhalten. Es ist anmaßend seitens einiger Kreise in den Vereinigten Staaten, nicht dulden zu wollen, daß es auch andere politische Weltauffassungen in Südostasien gibt. Die Amerikaner müssen leben und leben lassen lernen. Sie dürfen nicht glauben, daß ein jedes Regime, wie unzulänglich es auch sein mag, in jedem Fall einem kommunistischen vorzuziehen ist. Wenn jemand von uns vor der nackten Wahl steht, sich in einem zurückgebliebenen asiatischen Land für ein kommunistisches Regime, das wir nicht mögen, oder für eine militärische Junta, die korrupt und von einer ausländischen Macht gestützt ist, zu entscheiden, würden die meisten von uns das kommunistische Regime wählen, so sehr wir es auch in der Gegenwart ablehnen. Das ist eine der harten Tatsachen, denen wir ins Gesicht sehen müssen."

Bei den bevorstehenden Wahlen in Großbritannien werden diese Auffassungen gründliche öffentliche Erörterung finden. So oder so aber wird die aus den Wahlen hervorgehende britische Regierung — die Aussichten, daß es eine Labour-Regierung mit einer arbeitsfähigen Mehrheit sein wird, stehen vier zu eins — sich von der amerikanischen Politik der ‚Eindämmung' Chinas trennen und es ablehnen müssen, sich zu militärischen Ausgaben zwingen zu lassen, die die Tragfähigkeit unserer Wirtschaft überschreiten. Sie darf nicht länger ein diensteifriger Satellit im Frieden und totaler Vernichtung im Krieg sein, nur um der neuen Monroe-Doktrin Präsident Johnsons oder einer Heiligen Allianz der antikommunistischen Achse Genüge zu tun, die das Recht einseitiger Intervention (im Widerspruch zum Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen) in die inneren Angelegenheiten der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder für sich geltend macht. Denn diese Politik kann unter dem Etikett der ‚Eindämmung des Kommunismus' in einem Präventivkrieg oder in einer atomaren Konfrontation mit China enden.

Es kann keinen Zweifel daran geben, daß eine große Mehrheit des Volkes von Großbritannien und sogar eine Mehrheit seiner politischen Führer, gleichgültig welcher Partei, nicht bereit sind, die wachsende Last und das Risiko dieser Politik auf sich zu nehmen, und daß sie im gegenteiligen Fall von der Wählerschaft im Stich gelassen werden würden.

Nato und Warschauer Pakt - Eckpfeiler des Kalten Krieges?

Zwei amerikanische Professoren für politische Wissenschaften gehen der Gründung des Atlantik-Pakts nach, rechnen sich aus, was er die USA an Investitionen gekostet hat, und kommen zu dem Schluß, daß Atlantik-Pakt und Idee einer großen Völkervereinigung miteinander in fundamentalem Konflikt stehen. Ihre sensationelle Schlußfolgerung: Der Atlantik-Pakt sei Eckpfeiler des Kalten Kriegs in Europa und auch das kostspielige und gefährliche Wettrennen der Rüstungen heute bereits ein Anachronismus.

Nicht weicher Linkspazifismus, sondern politischer Realismus bestimmt die Argumentation der beiden Autoren. Sie geben einen wertvollen Überblick über die politischen Verwicklungen der letzten 20 Jahre, wobei die verfahrene Situation Deutschlands im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht. Schließlich werden sie zu Fürsprechern einer Revision der amerikanischen Politik, die in der bisherigen Form nicht dazu geeignet war, mit den wirklichen Problemen in Europa und in der Welt fertig zu werden. Die enormen Investitionen der USA in Europa müßten neu überprüft und es müßte darüber entschieden werden, ob nicht die „dritte Welt", die der unterentwickelten Völker, Aufgabe der USA in den künftigen Jahren sei.

Es entstand hier ein wesentliches politisches Buch, das den Kernproblemen mit rücksichtsloser Ehrlichkeit zu Leibe rückt.

Richard J. Barnet war Beamter des amerikanischen Außenministeriums und unter Präsident Kennedy des Abrüstungsamtes. Er ist einer der Leiter des Instituts für Politische Wissenschaften in Washington, D. C. und übt eine Beratertätigkeit beim Verteidigungsministerium aus.

Marcus G. Raskin ist Mitdirektor des Instituts für Politische Wissenschaften in Washington, D. C. Er war u. a. Abrüstungsexperte und Delegierter der Genfer Abrüstungskonferenz der 18 Nationen.

Richard J. Barnet - Marcus G. Raskin

Nach dem Kalten Krieg - Deutschland in der Entscheidung

Etwa 240 Seiten · Paperback DM 12.80 · Ganzleinen DM 17.80

In allen Buchhandlungen · List Verlag München

Reinhard Opitz

Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft

Mehr als schätzungsweise 800 Menschen waren am Abend des 28. Februar im Katharinensaal des Frankfurter Gewerkschaftshauses versammelt, um einer öffentlichen Konfrontation zwischen dem Kanzler-Berater Rüdiger Altmann, der zugleich auch der renommierteste publizistische Fürsprecher der Formierten Gesellschaft ist, und dem Kölner Publizisten Reinhard Opitz, der die Formierungspläne der bislang gründlichsten und meistbeachteten Kritik unterzogen hat), beizuwohnen. Das von vielen Seiten mit größtem Interesse erwartete Streitgespräch fand nicht statt. Rüdiger Altmann ließ am Abend zuvor mitteilen, daß er wegen „gesellschaftlicher Verpflichtungen" verhindert sei.*

Der Diskussionsveranstalter, der Frankfurter ‚Club Voltaire', hatte sich rechtzeitig kompetenter Gesprächsteilnehmer versichert. Unter der Diskussionsleitung des Frankfurter Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Iring Fetscher sollten auf seiten der Formierungsbefürworter außer Altmann der Redakteur des ‚Industrie-Kurier' E. W. Mänken, auf seiten der Kritiker außer Opitz das Mitglied des Hauptvorstandes der IG Chemie, Werner Vitt, und der hessische SPD-Landtagsabgeordnete Olaf Radke, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Metall, am Gespräch teilnehmen. Der Abend wurde trotz Altmanns Absage für die Zuhörer aufschlußreich. Es entwickelte sich, wie die ‚Frankfurter Rundschau' am nächsten Tag konstatierte, „mit der Zeit ... das Skelett der Formierungsidee"; am Ende stand „das Gespenst der Formierten Gesellschaft" — so hatte die Rundschau ihren Bericht überschrieben — deutlich im Raum.

Von den Veranstaltern war vorgesehen, daß zu Beginn des Gesprächs Rüdiger Altmann und Reinhard Opitz je zwanzig Minuten lang ihre Interpretation der Formierten Gesellschaft gegeneinanderstellen. Professor Fetscher blieb nichts anderes übrig, als das Publikum nun durch die Verlesung eines Erhard-Textes so gut wie möglich mit dem Standpunkt der Formierungsbefürworter bekanntzumachen. Opitz, der sich vorgenommen hatte, an diesem Abend Rüdiger Altmann mit den Ergebnissen seiner mehrmonatigen Untersuchungen zu konfrontieren, trug dann in elf einleitenden Feststellungen seine Kritik vor. Während sich der Vertreter des ‚Industrie-Kurier' nach ersten Einwendungen, die rasch widerlegt wurden, zunehmend zurückhielt, wiesen Vitt und Radke mit wachsender Eindringlichkeit auf den antidemokratischen und gewerkschaftsfeindlichen Charakter des Formierungsvorhabens hin. Werner Vitt forderte die Versammlung zu äußerster Wachsamkeit auf und hielt zur Abwehr der grundgesetzwidrigen Formierungspläne den Widerstand aller Demokraten für erforderlich.

Das ‚Heidelberger Tageblatt' zitierte zwei Tage später Professor Fetscher, der abschließend bemerkt hatte, er könne sich „eine schlüssige Widerlegung der Opitz'schen Kritik nicht vorstellen." Das Blatt knüpfte daran den Kommentar: „Folgert dies ein Professor der politischen Wissenschaft, so kann es über die Gründe der

*) Reinhard Opitz, Der große Plan der CDU: die ‚Formierte Gesellschaft', in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 9/1965, und als Nr. 17 der Sonderdruck-Reihe „Argumente zur Zeit", Köln.

Altmann-Absage kaum Zweifel geben. Der Frankfurter Eklat ist von durchaus überregionaler Bedeutung ...“

Wir geben im folgenden den einführenden Beitrag von Reinhard Opitz wieder, in dem einige wichtige Aspekte des Formierungsprogramms in der durch die vereinbarte zeitliche Beschränkung gebotenen Kürze zusammengefaßt sind.

D. Red.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Versucht man, sich bei Befürwortern der Formierten Gesellschaft danach zu erkundigen, wozu eine angeblich „modernere“ Form unserer gesellschaftlichen Ordnung denn notwendig sei und wie sie aussehen solle, dann bekommt man in der Regel zunächst nicht sehr viel mehr zu hören als etwa folgendes: Es sei doch angesichts der Unvernunft der Interessenverbände heute gar keine verantwortbare Haushaltspolitik mehr möglich. Die Parlamente ließen sich unter dem Druck der Verbände oder der Wählererwartungen zu Ausgabebeschlüssen hinreißen, die das notwendige wirtschaftliche Wachstum und damit letztlich die Währungsstabilität und den Wohlstand aller in Gefahr brächten und außerdem jede langfristig konzipierte gesellschaftliche Strukturpolitik unmöglich machten. Oder: So große und für die Zukunft entscheidende Projekte wie die Gemeinschaftsaufgaben seien bei einem Neben- und Gegeneinander von Bund, Ländern und autonomen, querköpfigen Parlamenten gleich auf drei Ebenen doch gar nicht durchführbar. Auf keinem Gebiet der Politik ließe sich auf die Dauer vorankommen, wenn sich auch weiterhin gegen jede notwendige Maßnahme — wie etwa gegen die Streichung „nicht mehr vertretbarer Subventionen“ — sofort immer die Betroffenen zusammentun und durch Druck auf die Parteien und Parlamente die Durchsetzung des für richtig Erkannten blockieren. Wenn wir auf dem Wege zum Jahr 2000 mit den anderen Industrienationen mithalten, unser Wirtschaftswachstum sichern und international unsere Wettbewerbspositionen wie unseren politischen Einfluß vergrößern wollten, dann müßten künftig im Innern der Bundesrepublik die gesellschaftlichen Verbände, vor allem die Gewerkschaften, schon etwas weniger an ihre „egoistischen“ Interessen und etwas mehr an die Interessen „des Ganzen“ denken, müßten sich die Länder auch etwas weniger auf ihre Hoheitsrechte versteifen und etwas mehr „dem Gemeinwohl“ verpflichtet sehen — müßte überhaupt in unserer Gesellschaft weniger konkurriert und mehr „kooperiert“, weniger gefordert und mehr „geleistet“, weniger das Gegeneinander als das „Miteinander“ praktiziert werden.

Und damit es dazu auch komme, sei es mit bloßen Appellen an die „Einsicht“ nun einmal nicht getan. Einige Verfassungsänderungen seien nötig. Eine etwas stärkere Autorität z. B. müsse der Bundesregierung eingeräumt werden, wenn sie die übers Maß wuchernde Umverteilung des Sozialprodukts besser in den Griff bekommen soll; auch eine Synchronisierung von Bundes- und Länderwillen bedürfe, da sie sich doch keinesfalls außerhalb der Legalität einspielen solle, der verfassungsrechtlichen Legalisierung. Und die notwendige „Unabhängigkeit der Parlamente vom Einfluß der Interessengruppen“ werde sich ebenfalls nur mittels einiger gesetzlicher Nachhilfen verwirklichen lassen. Das bedeute ein paar reformerische Eingriffe ins Grundgesetz, gewiß — aber dabei handele es sich doch nur um eine Anpassung der geschriebenen Verfassung an entweder ohnehin schon weitgehend gegebene Wirklichkeiten oder äußerstenfalls an das morgen schon schlechterdings Notwendige. Und: es geschehe doch nur im Interesse der besseren Verwirklichung des „Gemeinwohls“.

Das klingt — zumal wenn man es etwas weniger distanziert vorträgt, als ich es hier eben getan habe — zunächst einmal ziemlich nüchtern und hat etwas Verführerisches. Zugleich wirft es aber natürlich auch eine Reihe von Fragen auf. Was ist das: das „Gemeinwohl" — nach welchen Kriterien läßt sich sein Inhalt bestimmen und wer ist befugt, diese Kriterien verbindlich für die gesamte Gesellschaft zu setzen? Wie unterscheiden sich legitime von egoistischen Interessen? Und zu wessen Interessenvertretungen würden die Parlamente, wenn in Zukunft die Forderungen zahlenmäßig sehr starker gesellschaftlicher Interessenrichtungen als verantwortungslos und folglich auch als der parlamentarischen Vertretung nicht würdig gelten?

Je mehr man solchen Fragen an Hand der inzwischen schon ziemlich zahlreich gewordenen kommentierenden Texte nachzugehen versucht, desto mehr weiten sich die Konturen des Formierungsvorhabens, desto erstaunlichere Tatbestände kommen zum Vorschein. Da findet man, um nur die neueste dieser interpretierenden Schriften als Beispiel heranzuziehen [1]), etwa Abhandlungen unter der Überschrift: „Die Gefahren der liberal-demokratischen Zivilisation" oder eine Charakterisierung der Formierten Gesellschaft als Gegenentwurf zu einer Gesellschaft, die sich, wie unsere heutige, (wörtlich) „liberal und demokratisch gebärdet" . . . „Sie" (die Formierte Gesellschaft) „ist die Antwort auf die Herausforderung der liberal-demokratischen Entwicklung."

Was ist das Gefährliche an einer liberal-demokratischen Entwicklung? Ich zitiere: „Die Gefahr liegt im Mißverständnis der Demokratie als ‚Diktatur der Mehrheit' und rücksichtsloser Anwendung des Majoritätsprinzips . . .". Der der Formierten Gesellschaft zugrunde liegende Demokratiebegriff bedeute dagegen „eine klare Absage an Demokratie als bloßen Pragmatismus und Mehrheitsdiktatur." . . . „Nur die Demokratie, die das Recht der Mehrheit eingrenzt . . . hat Anspruch auf unser ethisches Engagement". Stutzig — und begierig, dem Plan etwas mehr auf den Grund zu gehen — wird man auch, wenn man für die geforderte „Gemeinwohlorientierung" der großen gesellschaftlichen Verbände die folgende Begründung findet: „Der Druck etwa des DGB auf die SPD in der Frage der Notstandsgesetzgebung hat deutlich gemacht, wie dringlich der konstruktive Einbau der großen Verbände ins Staats- und Gesellschaftsganze ist."

Man könnte die Reihe dieser Beispiele fortsetzen, und zwar solange, bis sich die Fülle merkwürdiger Details — die auffälligerweise in allen Formierungstexten enthalten sind und einander ergänzen — auf einmal zu einem recht klaren, in seinen Dimensionen allerdings gar nicht mehr harmlosen Bild rundet. Ich kann Ihnen dieses wirkliche Bild der Formierten Gesellschaft hier im einleitenden Beitrag natürlich nicht, wie es notwendig wäre, systematisch entwickeln, dazu wäre etwas mehr Zeit erforderlich. Auf der anderen Seite hat es nach meinem Gefühl aber auch wenig Sinn, in der folgenden Diskussion von etwas anderem als von diesem vollständigen Bild auszugehen. Ich möchte Ihnen deshalb hier zu Beginn wenigstens den Extrakt solch einer genaueren Durchsicht der einschlägigen Materialien in knapp zusammengefaßter Form vortragen, und zwar in der Form von „elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft":

Feststellung 1

Das „Gemeinwohl", dem sich Parlamente, Parteien, Länderregierungen, Kommunen, Gewerkschaften und alle übrigen Gruppen der Gesellschaft unterordnen sol-

1) Die Zukunft der Demokratie. Erhards Formierte Gesellschaft oder sozialistischer Demokratismus, hrsg. von der Politischen Arbeitsgemeinschaft (Polag), Bereich Nordrhein-Westfalen.

len, ist in seinem Inhalt identisch mit den wirtschaftlichen und politischen Interessen der großen Industriekonzerne und der ihnen interessenmäßig verbundenen Großbanken. Jede Untersuchung der in Zusammenhang mit dem Formierungsplan vorgetragenen Programme für einzelne Teilbereiche der Politik — handele es sich um die Sozialpolitik, die Finanz- und Steuerpolitik, die Bildungspolitik, die Verfassungspolitik, die Wirtschafts- oder die Außenpolitik — führt zu dem desillusionierenden Ergebnis, daß es nur die von diesen Kreisen erhobenen Forderungen sind, an denen sich die künftige Politik orientieren und um derentwillen sich die Gesellschaft formieren soll. Die Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen sind bei der inhaltlichen Bestimmung dessen, was jeweils als das Interesse „des Ganzen" ausgegeben wird, immer nur so weit berücksichtigt, wie ihre Berücksichtigung im Interesse der Industrie selbst liegt.

Feststellung 2

Die Intentionen der führenden deutschen Wirtschaftskreise sind nach außen hin darauf gerichtet, Westeuropa, wie es in der Regierungserklärung heißt, „politisch, wirtschaftlich und militärisch zu formieren", es also in seinen inneren Verhältnissen den Zielen der eigenen Politik gemäß auszurichten — und darüberhinaus auch die übrige westliche und nichtkommunistisch-neutrale Welt auf dem gemeinsamen Nenner einer nach Bonns Vorstellungen zu betreibenden Globalstrategie zu vereinen, wodurch im Ergebnis die Veränderung des mitteleuropäischen status quo möglich werden soll. Dieses Programm bei den Staaten der westlichen und neutralen Welt durchzusetzen, reicht die gegenwärtige politische Kraft der Bundesrepublik, wie die letzten Jahre bewiesen haben, nicht aus. Das Interesse der Industriekonzerne richtet sich deshalb im Innern auf eine maximale Steigerung der industriellen Leistung wie der militärischen Stärke; beides gilt ihnen als die unerläßliche Voraussetzung für eine Steigerung ihres außenpolitischen Durchsetzungsvermögens. Der Wille, den europäischen status quo abzuändern und letztendlich — wie Erhard es ohne Scheu propagiert — auch im östlichen Teil Europas die eigenen Ordnungsvorstellungen zum Zuge zu bringen, erzeugt also das Bedürfnis nach einer Steigerung der industriellen Leistungskraft, die weit über das hinausgeht, was vom bloßen Interesse an der Erhaltung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit her erforderlich wäre.

Eine Kraftsteigerung, die — gemessen an dieser außenpolitischen Zielsetzung — als ausreichend gelten kann, macht jedoch in den kommenden Jahren nicht nur einen Aufwand an Investitionskapital erforderlich, wie er bei einer Fortführung der von den heutigen Parlamenten betriebenen Haushaltspolitik nicht zu erzielen wäre. Sie wird überhaupt nur für möglich gehalten, wenn es gelingt, die gegenwärtige pluralistische Gesellschaft in eine „Leistungsgemeinschaft" umzuwandeln, in der alle gesellschaftlichen Gruppen in solidarischer Kooperation auf das gemeinsame Ziel der Kraftpotenzierung hinarbeiten und bereit sind, jedes dazu im Gegensatz stehende Interesse hintanzustellen.

Feststellung 3

Um die solidarisch kooperierende Gesellschaft herzustellen und ihre Funktionsfähigkeit dauerhaft sichern zu können, verlangen die Industriekonzerne: einen starken Staat, der sich notfalls auch über parlamentarische Mehrheitsbeschlüsse, zunächst vor allem in Fragen des Haushalts, hinwegsetzen kann; des weiteren und dementsprechend eine Eingrenzung der Länderbefugnisse, vor allem ihrer haushaltspolitischen Souveränität, und eine wirksame Abschirmung der Parla-

mente vom Einfluß der aus der Gesellschaft und ihren Organisationen an sie herandrängenden haushaltswirksamen Forderungen. Diese „Reform der deutschen Demokratie" soll eingeleitet werden durch die Verabschiedung der Notstandsverfassung, der Finanzverfassungsreform und zahlreicher Gesetze zur Änderung des Haushaltsrechts. Am Ende dieser Reform wäre der Staat — durch die Notstandsverfassung — wieder zu einer der Gesellschaft und ihren Grundrechten prinzipiell übergeordneten Instanz geworden, wären die Länder — durch die Reform der Finanzverfassung — so stark an die konjunktur- und haushaltspolitischen Rahmenvorschriften des Bundes gekettet, daß ihnen eine vom Willen der Bundesregierung abweichende Politik gerade auf den Gebieten, auf denen sie bislang eine wirkliche Autonomie besaßen (nämlich im Bereich der Gemeinschaftsaufgaben), nicht mehr möglich wäre; die Parlamente aller Ebenen wären durch dieselben Bindungen in ihrer haushaltspolitischen Entscheidungsfreiheit so eingeschränkt, daß sie zur Berücksichtigung der aus der Gesellschaft an sie herangetragenen Forderungen kaum noch in der Lage wären. Bezüglich der Haushaltspolitik wäre eine von unten nach oben hin wirkende Willensbildung nicht mehr möglich.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland war für einen Staat verfaßt, der sich gegenüber seinen europäischen Nachbarn nicht mehr expansiv, sondern friedensstaatlich verhalten und der in seinem Innern die Züge der parlamentarischen Demokratie und der Sozialstaatlichkeit entwickeln sollte. Die Ankündigung der „Reform der deutschen Demokratie" fällt zeitlich zusammen (und ist inhaltlich gleichbedeutend) mit der Verkündung des „Endes der Nachkriegszeit" — die als eine Zeit der Abhängigkeit von den Wünschen der Alliierten charakterisiert wird. Mit der „Reform der deutschen Demokratie" soll das Grundgesetz den Erfordernissen einer wieder expansiv gewordenen, die Nachkriegs-Gelöbnisse hinter sich lassenden Politik angepaßt werden.

Feststellung 4

Die Überwindung des im nicht-staatlichen Raum der Gesellschaft anzutreffenden politischen und weltanschaulichen Pluralismus, vor allem die Bindung der Gewerkschaften und der anderen großen Verbände an das „Gemeinwohl", soll mit Hilfe der „neuen Techniken des Regierens" erreicht werden, das heißt: mit Hilfe einer gezielten Informationspolitik, die die entpolitisierten Bevölkerungsmehrheiten gegen die unbequemen politischen Minderheiten aufzubringen, die Verbandsführungen von ihrer Mitgliedschaft, nonkonformistische Kommentatoren der Massenmedien vom Publikum zu isolieren sucht. Dieses Programm, das sich hinter dem Stichwort von der „informierten Gesellschaft" verbirgt, soll mittels Formierung der öffentlichen Meinung die Kapitulation der Verbandsführungen erzwingen und ihre Umfunktionierung einleiten von Interessenvertretungen einzelner gesellschaftlicher Gruppen gegenüber dem Staat zu Hilfsorganen bei der Vertretung der staatlich-großindustriellen Gemeinwohlvorstellungen gegenüber der eigenen Mitgliedschaft und den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen.

Feststellung 5

Bei der Herstellung eines formierten „gesamtgesellschaftlichen Bewußtseins" fällt den heutigen Wirtschaftswissenschaften eine bedeutende Rolle zu. Da die Öffentlichkeit die ideologischen Prämissen dieser Wirtschaftswissenschaft kaum wahrnimmt, ist es möglich, alle auf die Demokratisierung der Gesellschaft gerichteten,

vor allem aber auch alle den großindustriellen Interessen zuwiderlaufenden sozialen Forderungen mit ihrer Hilfe als „wissenschaftlich unhaltbar" darzustellen. Von ihrem Ansatz her wäre die heutige Wirtschaftswissenschaft sogar jederzeit in der Lage, die politische Idee der Sozialstaatlichkeit und das Majoritätsprinzip der parlamentarischen Demokratie als volkswirtschaftlich unvertretbaren Luxus nachzuweisen. Der apologetische Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftswissenschaft kommt zwar in aller gutachterischen Tätigkeit immer wieder aufs neue zum Ausdruck — etwa darin, daß sich ihre Vertreter angesichts des Phänomens aufgeblähter Haushalte einerseits dennoch jeglicher Kritik am größten und aufgeblähtesten aller Etatposten, dem des Verteidigungsministers, mit der Begründung enthalten, daß dies eine politische und folglich eine außerhalb ihrer Urteilskompetenz liegende Frage sei, sie sich aber andererseits jederzeit für Kritik an der Sozialgesetzgebung und am Grundgesetz zuständig fühlen, als seien dies keine „politischen" Fragen. Solange jedoch die Öffentlichkeit den Charakter der heutigen Wirtschaftswissenschaft als eines Hilfsinstruments zur Verbrämung der großindustriellen Expansions- und Hegemoniebestrebungen nicht durchschaut, bleibt die Wirtschaftsideologie einer der wichtigsten Faktoren bei der „Integration" des gesellschaftlichen Bewußtseins.

Die Ideologen der Formierten Gesellschaft sind sich allerdings dessen bewußt, daß die Wirksamkeit der wirtschaftlichen Argumentation in dem Maße dahinschwinden könnte, in dem die geplante Reduzierung der heutigen Sozialpolitik auf eine bloße Politik der „sozialen Bürgschaft" voranschreitet. Von daher erklärt sich ihre Forderung nach einem neuen Irrationalismus, von dem das künftige „gesamtgesellschaftliche Bewußtsein" geprägt sein solle.

Feststellung 6

Als das stärkste Hindernis auf dem Wege in die Formierte Gesellschaft erweist sich die seit 1945 in die deutsche Öffentlichkeit getragene und vor allem bei der Jugend anzutreffende Demokratie-Erwartung. Das entwickelte Demokratie-Verständnis wird deshalb zum Gegenstand des informationspolitischen Angriffs. Mit der Unterscheidung von Demokratie und „Demokratismus" sollen alle auf rationalistische Traditionen zurückgehenden Momente aus dem Demokratie-Begriff eliminiert, seine humanistischen, liberalen und sozialen Inhalte als illegitime säkularisierte Heilserwartungen deklassiert und damit in den Bereich des politisch nicht Realisationswürdigen verwiesen werden. Auf diese Weise soll die Vokabel „Demokratie", die schon gegenüber dem Ausland nach wie vor unentbehrlich ist, anwendbar bleiben auch auf die Ordnung der Formierten Gesellschaft.

Feststellung 7

Die Demokratie soll nach dem Willen der deutschen Industriekonzerne diesmal nicht weggeputscht, sie soll auf eine legale und der Bevölkerung möglichst unmerkliche, eben „modernere" Art wegmanipuliert werden. Da sich die Industrie über die Risiken auch einer lautlosen Überführung der Demokratie in eine faktisch nicht mehr demokratische Ordnung durchaus im klaren ist, sie den politischen Widerstand der tragenden Kräfte unserer heutigen pluralistischen Gesellschaft ebenso einrechnet wie die aus dem geplanten sozialen Abbau möglicherweise neu erwachsenden Widerstände, drängt sie auf die rasche Institutionalisierung eines Staates, der wieder Herr über den Ausnahmezustand ist. Die Gesellschaft soll nicht vor die Frage: Formierte Gesellschaft oder Beibehaltung der heu-

tigen pluralistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung, sie soll nur noch vor die Alternative der freiwilligen oder der zwangsweisen Formierung („innerer Notstand") gestellt werden.

Feststellung 8

Das Formierungsprogramm stellt klar, daß die geplanten Eingriffe ins Grundgesetz nicht etwa, wie es noch zu Beginn der Notstands-Diskussion vorgegeben wurde, im Interesse des wirksameren Schutzes der Demokratie vorgenommen werden sollen. Nachdem die in der Öffentlichkeit vorhandenen Demokratie-Vorstellungen nunmehr unverhüllt als nicht anstrebenswerte Idole bezeichnet werden und der gesellschaftliche Meinungspluralismus als Symptom einer zu überwindenden ‚Zerrissenheit' angegriffen wird, bleibt auf die Frage, wofür die Gesellschaft maßhalten, Opfer bringen und sich zusammenschließen soll, nur noch eine einzige Antwort möglich: dies alles soll die Gesellschaft im Interesse der Durchsetzung eines nackten Machtanspruchs, nämlich allein zur Förderung der imperialen Hegemoniebestrebungen der deutschen Konzerne leisten. Den Industriekonzernen ist es nicht um den Schutz der Demokratie, es ist ihnen im Gegenteil um die Absicherung ihrer Interessen gerade gegenüber der Demokratie zu tun.

Feststellung 9

Alle Vorwürfe, die gegen das heute verbreitete Demokratie-Verständnis, gegen die Parlamente, den Parteienstaat, den Föderalismus und die Gewerkschaften erhoben werden, wurden in ähnlicher, bisweilen sogar gleichlautender Form schon in den Weimarer Jahren vorgetragen. Damals bereits empfanden die führenden deutschen Industriekreise die parlamentarische Demokratie und das in ihr herrschende Majoritätsprinzip als ihren Interessen nicht gemäß und drängten auf die Herstellung einer „neuen Ordnung". Die spezifische Form, in der der Nationalsozialismus diese Aufgabe löste, galt ihnen schon damals nicht als die einzig mögliche oder wünschbare. Es gab verschiedenartige Lösungsvorstellungen, die in ihrer Substanz jedoch alle darauf zielten, die staatliche Politik unabhängig zu machen von unbequemen, den Industrieinteressen zuwiderlaufenden Willensentscheidungen der Gesellschaft.

1945 wurden mit dem Faschismus auch all diejenigen inneren Ordnungsprinzipien wieder beseitigt, deren Einführung den Interessen der Industrie entsprochen hatte. Je mehr in unseren Jahren jedoch die wirtschaftliche Konzentration voranschreitet, die Automation schwierige strukturelle Probleme aufwirft, der innerwestliche Konkurrenzkampf schärfer wird und sich die außenpolitische Position der Bundesrepublik verschlechtert, desto mehr sehen sich die Industriekonzerne durch die heutigen Konstellationen abermals einer nach ihrer Meinung nicht länger erträglichen Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Gesellschaft und ihren eigenen Interessen gegenüber und drängen auf eine Lösung. Der Formierungsplan zielt auf die Rückkehr zu Ordnungsstrukturen, um derentwillen der deutschen Industrie bereits seinerzeit der Faschismus als ‚Fortschritt' erschienen war. Der Weg in die Formierte Gesellschaft ist ein Schleichweg zu einem modernen, den Bedingungen der heutigen Zeit angepaßten Faschismus.

Feststellung 10

Die außenpolitischen Ziele, um derentwillen dieser Weg in eine nachdemokratische Gesellschaftsordnung für nötig gehalten wird, sind nicht weniger irreal als

es die Zielsetzung des deutschen Faschismus oder auch des Wilhelminischen Reiches in jenen Jahren war, da der Kaiser keine Parteien mehr kennen wollte. Mochte damals aber vielleicht noch eine halbe oder viertel Chance dafür zu errechnen gewesen sein, daß sich die Welt mit einer Formierung Europas nach den Vorstellungen der deutschen Industrie abfinden könnte, so gibt es diesmal nicht die geringste Berechtigung für eine derartige Hoffnung. Die außenpolitischen Ziele, um derentwillen unsere Gesellschaft formiert werden soll, sind von vornherein absolut unerreichbar. Sie werden verkündet in einem Augenblick, da der 15jährige Versuch zu einer Politik der Stärke nur noch die zunehmende Isolierung der eigenen Position innerhalb des westlichen Bündnisses bewirkt und sich die westliche Blockbildung, die die Machtbasis für die Veränderung des europäischen status quo abgeben sollte, längst wieder rückläufig entwickelt. Die Herstellung der Formierten Gesellschaft könnte nur zur weiteren Isolierung der Bundesrepublik und allerdings zu einer gefährlichen Steigerung der Spannungen in Mitteleuropa, sie kann nicht zu den gewünschten außenpolitischen Erfolgen führen.

Feststellung 11

Wirtschaftliche Konzentration, Automation und zunehmende internationale Wirtschaftsverflechtung stellen unsere Gesellschaft in der Tat vor neue Fragen und zwingen sie zur Reflexion über die Tauglichkeit ihrer gegenwärtigen Strukturen. Auf alle diese Probleme gibt es jedoch jeweils antidemokratische und demokratische Antworten. Wird allerdings trotz der Entwicklung zu immer größer werdenden wirtschaftlichen Machtgebilden das Prinzip der uneingeschränkten privaten Unternehmerentscheidung nach wie vor als der höchste aller gesellschaftlichen Werte angesehen, dann können wirtschaftliche Konzentration im Innern und übernationale Wirtschaftsverflechtung im Ergebnis immer nur dazu führen, daß sich die zu unvergleichlicher Machtfülle emporgestiegenen Konzerne die Gesellschaft unterordnen. Ein integriertes Westeuropa würde dann übrigens ebenfalls nur die Gestalt eines Konzern-Bündnisses annehmen können, in dem die stärkste Industriemacht die politischen Maßstäbe setzt und mit dessen Hilfe sie die nationalen Gesellschaften ganz Westeuropas kommandiert. Da der Prozeß der Wirtschaftskonzentration selbst weder aufhaltbar ist noch aufgehalten werden sollte, sind folglich eine demokratische Bundesrepublik wie ein vereintes und dennoch demokratisch bleibendes Westeuropa nur möglich, wenn alle Teile der Gesellschaft an den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen teilhaben, das heißt, wenn sie mitbestimmen. Die Demokratisierung der großen Konzerne, ihre Kontrolle durch die gesamte Gesellschaft, ist daher der Schlüssel für die Ermöglichung der Demokratie auch in der Zukunft.

Die durch den Zwang zu größeren wirtschaftlichen Produktionseinheiten und größeren Markträumen entstehenden Probleme zwingen also von sich aus keineswegs, wie es das Formierungsprogramm unterstellt, zur Beseitigung der Demokratie — sie können ebenso, und sogar viel besser, durch die volle Verwirklichung der Demokratie gelöst werden. Dazu ist die Voraussetzung die Abwehr des Formierungsprogramms, d. h. also der Notstandsgesetzgebung, der Finanzverfassungsreform und all der anderen pragmatischen Schritte, die in die Formierte Gesellschaft führen sollen, und die Durchsetzung einer nicht nur caritativ, sondern vor allem politisch verstandenen Mitbestimmung gerade über diejenigen industriellen Machtzentren, von denen heute die antidemokratischen Bestrebungen ausgehen.

Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning

Mitbestimmung

Mit den nachfolgenden Beiträgen von Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning und Pfarrer Horst Symanowski setzen wir die in den Heften 11/1965 und 1/1966 mit Aufsätzen von Dr. Arno Klönne und Prof. Dr. Marcel Reding begonnene Diskussion über das Thema ‚Mitbestimmung' fort. *D. Red.*

An dem Tage, da ich mich hinsetze, um meine Gedanken für diesen Beitrag zusammenzustellen und zu ordnen, feiern die Aachener das Fest ihres Stadtpatrons Karls d. Gr. (28. Januar) und tagen in Luxemburg die Minister der sechs EWG-Staaten, um eine Lösung für die Krise zu finden, in die Frankreich die EWG gestürzt hat. Meine Leser werden verwundert fragen, ob denn Karl d. Gr. und die notdürftig überwundene EWG-Krise etwas mit der Mitbestimmung zu tun haben. Wir werden sehen: sehr viel!

Bei seinem Tode im Jahre 814 hinterließ Karl d. Gr. sein Reich seinen drei Söhnen und teilte es unter sie auf. Von dieser Erbteilung rührt es her, daß wir seit mehr als tausend Jahren unter der Zerrissenheit Europas leiden, daß es zwischen Deutschland und Frankreich zu einer Erbfeindschaft kommen konnte, daß wir, um diese Zerrissenheit und diese Erbfeindschaft, die immer wieder zu Kriegen geführt hat, auszuräumen, uns heute mühsam um den Aufbau einer europäischen Einheit abquälen müssen, daß Rückfälle in einen überholten Nationalismus das schon Erreichte immer wieder stören und zurückwerfen. Ohne jene unselige Erbteilung brauchten wir nicht an einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als Vorstufe zu einem politisch geeinten Europa zu zimmern, und es würde daher auch keine EWG-Krisen geben. Wir greifen uns an den Kopf; wir verstehen einfach nicht: wie war es möglich, daß ein Mann von der staatsmännischen Größe Karls das Reich, das er zur Einheit zusammengeführt hatte, wieder zerschlug, indem er die Länder samt ihren Bewohnern wie vererblichen Familienbesitz, wie Hausrat und Schmuckgegenstände behandelte und unter seine Kinder verteilte? Es war nur deshalb möglich, ja es war nahezu unausweichlich, weil es so und nicht anders der Denkweise der damaligen Zeit entsprach. Inzwischen haben wir andere Zeiten und andere Auffassungen. In der Tat: daß der Bundespräsident uns als seinen vererblichen Familienbesitz betrachten und behandeln könnte, daß Länder und Völker zusammen-geheiratet und im Erbgang wieder aus ihrer Einheit gelöst werden, das ist für uns unvorstellbar geworden.

Gemach! Was uns für Länder und Völker ganz und gar unverständlich, ja widersinnig erscheint, genau das haben wir in unserer heutigen Gesellschaft noch für die Unternehmen und deren Belegschaften. Als Hugo Stinnes 1111 Jahre nach Karl d. Gr. starb, beerbte ihn zwar zunächst seine Witwe als Alleinerbin. Nichtsdestoweniger kam es bald ähnlich wie beim Reich Karls d. Gr. auch zum Zerfall des Stinnes'schen Wirtschaftsimperiums, und seither streiten die Hinterbliebenen von Stinnes ganz ebenso wie die Nachfahren Karls d. Gr. um die Anteile. Bestimmend für das Schicksal der Zehntausende von Menschen, die in Stinnes-Unternehmen arbeiteten, war die Familienpolitik des Hauses Stinnes, und bis zum heutigen Tag werden Tausende und Abertausende arbeitender Menschen,

von den leitenden Angestellten bis herunter zum letzten Platzarbeiter, in Mitleidenschaft gezogen von dem Familienzwist im Hause Stinnes; sie sind Anhängsel der Vermögenswerte, um die die Stinnes'schen Erben Prozesse gegeneinander führen; der Ausgang dieser Prozesse kann für das Schicksal vieler von ihnen bestimmend sein. In 100 Jahren, vielleicht schon sehr viel früher, wird uns so etwas ganz ebenso unbegreiflich vorkommen, wie uns die Reichsteilung Karls d. Gr. unter seine Söhne und die Kriege unter ihren Nachfolgern unbegreiflich erscheinen, deren jüngste, leider wohl noch nicht letzte Auswirkung wir in der eben gemeisterten EWG-Krise erleben.

Denken wir aber nicht, es handele sich nur um die riesenhaften Wirtschafts-Imperien, von denen uns das Stinnes'sche als Beispiel diente. Ein eigenes Kapitel wäre zu schreiben über die Unternehmen mittlerer bis herab zu kleinen Größenordnungen; wie schwer viele von ihnen und deren Belegschaften zu leiden haben nicht nur unter den persönlichen Schwächen, sondern auch unter den Familienverhältnissen des Inhabers, der oft alles andere als ein wirklicher Unternehmer ist. Geht man den Ursachen nach, aus denen kleinere und mittlere Unternehmen in gefährliche Lagen geraten oder zusammenbrechen, so sind es sehr oft unerfreuliche Erscheinungen und Vorkommnisse im Familienkreis des Inhabers, Spannungen mit Schwägern und Schwägerinnen, mit Schwiegermüttern und Schwiegertöchtern oder Spannungen dieser untereinander, oder es sind übermäßige Entnahmen aus dem Unternehmen, um den Ansprüchen ans Leben, die der Familienanhang stellt, zu genügen, und denen der Inhaber, um Frieden zu haben, glaubt nachgeben zu müssen. Alles das sind Dinge, die mit dem Unternehmen nichts zu tun haben und die im Unternehmen beschäftigten Menschen nicht das allergeringste angehen. Trotzdem bestimmen diese unternehmensfremden Dinge in hohem Maße die unternehmerischen Entscheidungen, nicht selten gegen alle unternehmerische Vernunft und gegen alle der Belegschaft geschuldete Verantwortung. Gewiß, das ist nicht der Regelfall, allerdings leider auch nicht ein nur ganz selten vorkommender Ausnahmefall. — Worum es hier geht, ist nur dieses: die Belegschaften sind dem ausgeliefert. Das aber heißt mit anderen Worten: sie, die im Unternehmen tätigen Menschen, sind bloßes Objekt der vom Inhaber unter ganz anderen Gesichtspunkten getroffenen Entscheidungen; sie sind die lebende Substanz des Unternehmens, sind aber nicht dessen Subjekt, sondern bloßes Anhängsel.

Daß die im Unternehmen tätigen Menschen Anhängsel des darin investierten Vermögens, des sachlichen Produktionsapparates sind, zeigt sich gerade heute noch in einer besonders anschaulichen Weise. Leistungsfähige Unternehmen, die Arbeitskräfte suchen, kaufen in der Zeit der Voll- und Überbeschäftigung kurzerhand andere, schwach gewordene Unternehmen, möglichst solche mit zahlreicher Belegschaft, nicht, um diese Unternehmen wieder auf die Höhe zu bringen und weiter zu betreiben, sondern um sie stillzulegen und die auf diese Weise freigesetzten Belegschaften auf sich zu überführen. Sie kaufen und bezahlen den Schutt des heruntergekommenen Unternehmens und bekommen sozusagen als „Dreingabe" die Leistungskraft der bisher bei diesem beschäftigten, aber unproduktiv eingesetzten Arbeitskräfte. Einstmals ging man auf den Sklavenmarkt, um dort seinen Bedarf an Arbeitskräften einzukaufen. Das ist heute nicht mehr zeitgemäß. Wir machen das eleganter: wir kaufen das auf der Strecke bleibende Unternehmen und bieten seinen Arbeitskräften neue, meist bessere und daher auch höher entlohnte Arbeitsplätze an. Das eigentliche Objekt der Transaktion zwischen dem aufkaufenden und dem aufgekauften Unternehmen sind die Arbeitskräfte — glücklicherweise in der Mehrzahl der Fälle nicht zu deren Schaden.

Aber daß dies geschieht und überhaupt geschehen kann, ohne daß die davon betroffenen Menschen gefragt werden, ja, ohne daß sie auch nur von Rechts wegen verlangen könnten, gefragt zu werden, zeigt schlagend, daß sie bloßes Objekt des Geschehens und nicht dessen Subjekt sind, was doch — vorsichtig ausgedrückt — ihrer Menschenwürde besser anstünde.

Jetzt ist uns klar, was gemeint ist, wenn wir sagen, die Mitbestimmung solle den arbeitenden Menschen von der Objektrolle, mit der er sich heute im Unternehmen begnügen muß, zur Subjektstellung emporführen. Zugleich wissen wir jetzt auch, was Karl d. Gr. mit der Mitbestimmung und die Mitbestimmung mit Karl d. Gr. zu tun hat: im Bereich der Unternehmen sind wir heute noch — zwar nicht ganz, aber doch so ungefähr — bei Karl d. Gr.; den Fortschritt, den wir für den Bereich des Staatlichen Lebens seit Karl d. Gr. gemacht haben, müssen wir für den Bereich des Unternehmens erst noch nachholen. Wie das Staatsvolk heute nicht mehr Objekt, sondern Subjekt des staatlichen Lebens ist, so dürfen auch die in den Unternehmen tätigen Menschen auf die Dauer nicht mehr Objekt bleiben, sondern müssen Subjekt des im Unternehmen pulsierenden Lebens werden. Das und nichts anderes ist es, was wir nicht ganz glücklich und treffend mit dem Wort „Mitbestimmung" ausdrücken wollen.

Unser klar bewußtes Ziel ist, die im Unternehmen tätigen Menschen aus Objekten zum Subjekt des Unternehmens zu machen. Nach der uns überkommenen Vorstellung sind Subjekt des Unternehmens erstens der Inhaber des im Unternehmen steckenden Vermögens und zweitens dieses in der Bilanz des Unternehmens erscheinende Vermögen selbst; dessen Inhaber nennen wir „Unternehmer", gleichviel, ob er selbst im Unternehmen unternehmerisch tätig ist oder nicht. Alle anderen im Unternehmen tätigen Personen sind bloß über den Arbeitsvertrag mit dem Unternehmen verbunden, haben sich durch den Arbeitsvertrag dem Inhaber für Zwecke des Unternehmens zur Verfügung gestellt und sich seiner Leitungsgewalt, meist Direktionsbefugnis genannt, unterworfen; sie selbst haben keinerlei eigene Leitungsgewalt oder Direktionsbefugnis. Zwar kann der Inhaber seine Direktionsbefugnis ganz oder zum Teil durch andere ausüben lassen; insoweit haben diese anderen dann an seiner Direktionsbefugnis einen abgeleiteten, jederzeit widerruflichen Anteil. Selbstverständlich muß im Unternehmen und in jedem seiner Teile, in jedem zum Unternehmen gehörenden Betrieb und an jeder einzelnen Betriebsstätte eine feste, starke, klare, einheitliche, zielbewußte Leitung sein; nicht selbstverständlich ist, daß diese Leitungsgewalt vom Eigentum an der Sachausrüstung des Unternehmens ausgehen und mit ihr vererblich sein müsse. Auch der Staat braucht notwendig eine solche Leitung durch eine starke Autorität und klar definierte Autoritätsträger. Im Staat sind es heute — anders als zu Karls d. Gr. Zeiten — die Staatsbürger, die der Regierung diese Autorität übertragen, denen die Regierung verantwortlich ist und die gegebenenfalls bei den nächsten Wahlen eine andere Regierungsmannschaft in den Sattel setzen. Das dem Entsprechende sollte nunmehr auch in den Unternehmen verwirklicht, in diesem Sinne sollten auch in den Unternehmen die Autoritätsverhältnisse umstrukturiert werden.

Bei den großen, in die Rechtsform der Kapitalgesellschaft gekleideten Unternehmen läßt sich dieses unser Ziel verhältnismäßig leicht verwirklichen; das ist der Grund, warum wir bei unseren ersten, gewiß noch sehr unvollkommenen Versuchen bei ihnen angesetzt haben. Überall dort dagegen, wo wir es mit einem persönlichen Inhaber zu tun haben, der sein Vermögen in das Unternehmen gesteckt hat und überdies auch noch persönlich für die Verbindlichkeiten des Unterneh-

mens haftet, ist die Sache sehr viel schwieriger. Viele dieser Inhaber können sich mit Recht darauf berufen, daß sie wirkliche „Unternehmer" sind und daß keineswegs bloß ihr Vermögen in den Unternehmen steckt, sondern dieses in hohem Grade ihre Schöpfung, der sichtbare Beweis ihrer Tüchtigkeit und der Erfolg ihrer Leistung ist. Solche Männer kann und darf man nicht absetzen und noch weniger entmündigen; kein vernünftiger Mensch will das, dies um so weniger, als in manchen dieser kleineren und mittleren Unternehmen vieles von dem, was wir erstreben, insbesondere eine echte Teilnahme der Stammbelegschaft oder doch eines Teiles von ihr an der Verantwortung für das Wohl des Ganzen und aller Beteiligten bereits verwirklicht ist — allerdings alles noch abhängig vom guten Willen und von der Einsicht des Inhabers; mit einem Wechsel in seiner Person kann alles wieder hinfällig werden. So muß trotz aller Schwierigkeiten auch hier ein Weg gefunden werden, um den Sprung aus der Zeit Karls d. Gr in unsere Gegenwart zu tun.

Die Kapitalgesellschaften, und zwar je mehr sie ausgesprochene „Publikumsgesellschaften" sind, um so mehr, sind bloße Geldgeber der nach ihnen benannten Unternehmen; die kleinen und mittleren selbständigen Unternehmer, wie wir sie zu nennen pflegen — gewiß nicht alle, aber doch ein großer Teil von ihnen — sind mehr als das, sind zugleich der erste Arbeiter im Betrieb und der tüchtige, manchmal hervorragend tüchtige Leiter des Unternehmens. Darüber kann nicht hinweggegangen werden; es muß voll und ganz in Rechnung gestellt werden, aber das kann kein Grund sein, um bei Karl d. Gr. stehen zu bleiben.

Wie alles im einzelnen nach Recht und Billigkeit geregelt werden kann, läßt sich nicht in drei Worten auseinandersetzen; manche Fragen harren überhaupt noch einer befriedigenden Lösung. Eines wird man mit Sicherheit sagen können: die mehr als tausend Jahre, die seit Karl dem Großen verflossen sind, lassen sich nicht in einem einzigen großen Sprung bewältigen; wir werden in Schritten vorangehen müssen. Aber es sind tausend und mehr Jahre, die wir aufzuholen haben; zaghafte Schritte genügen dazu nicht; da heißt es schon — gewiß mit aller Besonnenheit, aber ebenso ohne jede Verschleppung — kräftig ausgreifen und Tempo vorlegen.

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Horst Symanowski

Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz

I

Die kurzen Warnstreiks im letzten Quartal des Jahres 1966, die Berichte in Presse, Radio und Fernsehen über die Tarifverhandlungen zwischen der IG Metall und dem Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände haben bei den Durchschnittsbürgern Unbehagen verursacht. Sie waren oft genug verwirrend, und manche wurden zu Kassandrarufen für das Wohlstandsbehagen und vermehrten die Angst vor „Experimenten".

Im Grunde genommen sind Lohnforderungen immer auch der vordergründige Ausdruck für das Unbehagen der Arbeiter, das viel tiefere Wurzeln hat. Es besteht darin, daß der Arbeiter sich noch keineswegs als ein vollgültiges Glied unserer Gesellschaft fühlt [1]). Die Integration in die Gesellschaft wird noch nicht durch eine bestimmte Lohnhöhe erreicht. Sie ist vielmehr davon abhängig, inwieweit der einzelne oder seine soziale Gruppe das Recht der Mitsprache und Mitentscheidung hat, wenn es um sein eigenes Leben, das seiner Gruppe und seiner Gesellschaft geht. So ging es z. B. bei dem großen Bergarbeiterstreik 1963 in Frankreich unausgesprochen — die ausgesprochene Forderung lautete auf 11 % Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 40 Stunden und die vierte Urlaubswoche — darum, ob die zukünftige Entwicklung der französischen Wirtschaft von der Regierung autoritär oder unter Beteiligung der Organisationen der Arbeiter bestimmt werden würde.

Das heißt nicht, daß Lohnforderungen lediglich ein Vorwand wären. Sie dürfen nur nicht isoliert gesehen werden und sind von den Gewerkschaften auch immer in Verbindung mit anderen Forderungen vorgebracht worden, z. B. nach kürzerer Arbeitszeit, größerer sozialer Sicherheit, institutionalisierter Mitbestimmung, verbessertem Arbeitsschutz u. a. Im Grunde genommen bringt jeder Arbeitskampf zum Ausdruck — gleich welche Forderung gestellt wird —, daß der Arbeiter nicht nur als Staatsbürger über Parlament, Regierung und Verwaltung, sondern darüber hinaus unmittelbar am Arbeitsplatz selbst, im Betrieb, im Industriezweig und in der Gesamtwirtschaft mitbestimmenden Einfluß haben will, also in den Bezirken, in denen seine und seiner Familie Existenz gründet. Deshalb wird es solange Arbeitskämpfe geben, bis eine Gesellschaftsform erreicht ist, in der sich der Arbeiter als politisch und wirtschaftlich mitverantwortliches Glied der Gesellschaft weiß. Heute fühlt er sich noch als Außenseiter, dem sogar der seiner Arbeit entsprechende Lohnanteil vorenthalten wird.

Solange die privaten Kapitalgeber als „Arbeitgeber" auftreten — wie anachronistisch, als ob nicht die ganze Gesellschaft der Arbeitgeber wäre —, wird der Gegensatz zu den „Arbeitnehmern" bestehen und immer wieder in Arbeitskämpfen unter den verschiedensten Parolen in Erscheinung treten. Wer hier

1) Vgl. hierzu das Geleitwort von Helmut Gollwitzer zu „Die Welt des Arbeiters. Junge Pfarrer berichten aus der Fabrik" von Horst Symanowski und Fritz Vilmar, Stimme Verlag 1963.

Wandlung schaffen will, darf sie nicht mit partnerschaftlichen Ideen, Versachlichung der Gegensätze oder gar mit Hilfe eines staatlichen Eingriffs zu erreichen suchen, sondern muß unsere politische Demokratie auch auf die Wirtschaft ausdehnen. Diese ist heute nicht Ausdruck einer demokratischen Verfassung, sondern ein Fremdkörper in ihr: ihre Macht ist unkontrolliert, ihre Ziele nicht erkennbar, ihre Verantwortlichen nicht faßbar. Daran haben die Gesetze über die Mitbestimmung von 1951 und die Betriebsverfassung von 1952 nichts geändert. Sie haben in der Praxis als Ventile, nicht aber als Regler unserer Wirtschaftsmaschine gewirkt.

Ludwig Rosenberg, der Vorsitzende des DGB, hat in seiner Rede vom 6. Oktober 1965 in Dortmund die Mitwirkung der Arbeiter an allen wesentlichen Entscheidungen gefordert, weil die Wirtschaft unser Schicksal bestimmt, nicht nur das der Arbeiter, sondern aller Schicksal. Immer noch wird der Betrieb oder gar das Großunternehmen als eine von der Gesellschaft getrennte Größe betrachtet, die ihr Eigenleben führen könnte. Eugen Kogon schreibt in den „Frankfurter Heften" (2/1966 S. 93) mit vollem Recht: „Die industriellen Großunternehmen sind vielmehr für den Bestand und für die Weiterentwicklung unserer Existenz so zentral geworden, daß die wesentlichen Dispositionen in ihnen, selbst wenn die Eigentums-, die Organisations- und die Verbindlichkeitsformen privatrechtlicher Natur bleiben, wegen der tatsächlichen und der möglichen Folgen der Entscheidungen längst zu einem Teil der res publica geworden sind!" Ist dieses richtig, so betrifft jede im Unternehmen getroffene Entscheidung die ganze Gesellschaft. Was rechtfertigt dann aber die Entscheidung nur einer begrenzten Gruppe, nämlich die der Kapitalseite und ihrer Beauftragten? Demokratie heißt: möglichst viele an den Entscheidungen beteiligen, von denen sie selbst betroffen werden.

Aber — so lautet der oft gehört Einwurf — verstehen denn diejenigen diese Zusammenhänge, die es ganz im Speziellen angeht, nämlich die Arbeiter? Wollen sie wirklich eine andere Wirtschaftsverfassung? Sind sie nicht mit regelmäßig steigenden Löhnen zufrieden, ohne groß nach Mitverantwortung und Mitentscheidung zu verlangen? Und wären sie überhaupt fähig, sie zu tragen? Die Frage ist unberechtigt, wenn sie aus einem Klassendenken von oben kommt, berechtigt, wenn sie der Sorge erwächst, ob für die Bildung der Arbeiter genügend getan wird, damit sie wachsam die volkswirtschaftliche Entwicklung verfolgen und sie durch aktive Teilnahme an den ihnen zur Verfügung stehenden Organisationen und Institutionen (Gewerkschaft, Partei, Betriebs- und Aufsichtsrat usw.) beeinflussen können. Mit Bildung ist nicht die berufliche Ausbildung und auch nicht nur die sogenannte Allgemeinbildung gemeint, sondern eine ökonomische Bildung, die wirtschaftliche Zusammenhänge zu erfassen vermag. Auch politische Bildung allein genügt nicht, sie muß durch die ökonomische ergänzt werden. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände könnten darauf hinweisen, daß es in DGB- und IG-Schulen der einen wie in den Mitarbeiterseminaren und ähnlichen Einrichtungen der anderen seit Jahren eine Unterrichtung über volkswirtschaftliche und betriebliche Zusammenhänge gibt. Das ist richtig und doch ungenügend. Dem Arbeiter fehlt es an Gelegenheit, das Gelernte im täglichen Leben anwenden zu können. Aus diesem Grund ist die Wiß- und Lernbegier gering. Wo ist der nicht nur freundlich zugestandene, sondern institutionell gesicherte Ort im Erwerbsleben des Arbeiters und des Angestellten, an dem er das Erlernte gebrauchen, einsetzen und prüfen kann?

Unsere Wirtschaft und unsere Arbeit in ihr sind immer noch autoritär geordnet. Es ist geradezu grotesk: in der politischen Demokratie werden von jedem Bürger

Mitsprache und Mitentscheidung in höchst komplizierten Fragen, wie nach der Ausrichtung von Außen- und Innenpolitik, gefordert, aber im Arbeitsleben erwartet man von demselben Menschen lediglich disziplinierte Ausführung von Anweisungen, die „von oben" aus dem „Anweisungsbereich" kommen (so zu lesen in der Festschrift zum 10jährigen Bestehen der Arbeitgeberverbände). Hier liegt eine gefährliche Schizophrenie unserer Gesellschaft vor. Sie muß zu deren Bestem beseitigt werden. Das wird von einsichtigen Unternehmern allein schon aus Gründen der Effektivität erkannt, und es wird endlich mehr in den Vordergrund gewerkschaftlicher Arbeit gerückt. Worum geht es?

II

Der Mensch braucht für seine Entwicklung die Einübung. Man kann ihn nicht nur mit Wissen vollstopfen. Das Kind wächst im überschaubaren Raum der Familie in erste gesellschaftliche Zusammenhänge hinein. Kindergarten, Schule und Jugendgruppe lehren, das rechte Verhältnis auch zu den Menschen außerhalb der eigenen Familie zu finden und sich ihnen zuzuordnen. Das geht nicht ohne Kampf, kleine Niederlagen und Siege ab und ist ein dauernder Prozeß der Verselbständigung des Individuums und seiner gleichzeitigen Integration in die Gesellschaft. Dieser Prozeß der Menschwerdung wird aber gerade dann gestoppt, wenn der junge Mensch in die Arbeitswelt eintritt. Hier soll er sich nur noch einfügen, fraglos einem fremden Willen gehorchen oder sich gar einer Maschine und ihrem Rhythmus anpassen. Bedrückendes Zeichen seiner Verkümmerung wird die Stummheit. Er kann sich selbst nicht mehr ausdrücken und braucht auch aus diesem Grund einen Vertreter, der seine Situation durchdenkt und sie mit Worten zum Ausdruck bringen kann. Er ist auf einen Sprecher angewiesen, er braucht den Funktionär. Er selbst wird zwar ein „fleißiger Arbeiter", jedoch ohne Interesse am Betrieb, der von „denen da oben" gesteuert wird. Die Behauptung, daß ein reibungsloser Produktionsablauf nur durch Befehle von oben und genaue Ausführung unten gewährleistet wird, stimmt gerade bei zunehmender Entwicklung der Technik nicht mehr, wie Untersuchungen wie die von H. P. Bahrdt u. a. zeigen. Automation und der Druck zu optimaler Rentabilität fordern geradezu die verantwortliche Mitarbeit auch derer, die keine Leitungsfunktion innehaben. Wenn zwischen einer sich immer besser entwickelnden politischen Demokratie und einer unterentwickelten wirtschaftlichen Demokratie eine deutliche Diskrepanz besteht, so kann sich der Druck, der daraus erwächst, nur verstärken. Und die Gewerkschaften werden eine Basis für ihre großen sozialpolitischen Forderungen nur dann finden, wenn ihre Mitglieder im überschaubaren kleinen Raum ihrer Arbeitsgruppe, ihrer Abteilung und des Betriebes gelernt haben, Probleme aufzugreifen, zu diskutieren und zu entscheiden.

Dafür ist aber heute kein Raum vorhanden. Buchstäblich: kein Raum. Wieviele Betriebe gibt es, in denen man für Arbeiter und Angestellte zwar Umkleideräume und Waschanlagen findet, aber keinen Raum, in dem sich einmal eine Arbeitsgruppe versammeln könnte, um ihre speziellen Probleme der Arbeitsordnung, des Produktionsablaufs und der Entlohnung zu besprechen? Man scheint gar nicht auf den Gedanken zu kommen, daß dies möglich oder gar nötig sei. Man kennt in allen Betrieben Meister- und Ingenieurbesprechungen, die regelmäßig stattfinden, aber Arbeitsbesprechungen der Arbeiter sind nicht üblich. Warum auch? Sie erhalten doch ihre Anweisungen! Für mehr ist keine Zeit, obwohl gerade solche Besprechungen sich für den Betrieb in Geld umsetzen wür-

den! Viel Leerlauf und manche Panne in der Produktion, ja manche Fehlinvestition könnte verhindert werden. Man braucht sich nicht darüber zu wundern, daß der Arbeiter unter diesen Umständen kein Verhältnis zu seiner Arbeit gewinnt, auch um einer kleinen Verbesserung willen den Betrieb wechselt. „Wer sich in der Arbeitswelt um Personenwürde, verantwortliches Leben und reale Mitmenschlichkeit betrogen fühlt, der fühlt sich überhaupt darum betrogen — auch in einer politisch freiheitlichen Demokratie" (Prof. A. Rich in „Christliche Existenz in der industriellen Welt", Zwingli-Verlag, Zürich).

Aber hat nicht der Arbeiter durch das Betriebsverfassungsgesetz und erst recht durch das Gesetz zur Mitbestimmung die Möglichkeit erhalten, seinem Willen Ausdruck zu verleihen und sich durch seine von ihm gewählten Betriebsräte vertreten zu lassen? Diese demokratische Ordnung im Betrieb steht auf genauso schwachen Füßen wie die politische, wenn sie ihren Ausdruck allein darin hat, daß hier alle zwei Jahre und dort alle vier Jahre gewählt werden kann. Demokratie ist mehr und verlangt eine dauernde Verantwortung und nicht nur eine sporadische. Sie soll nicht pauschal für alles und jedes erwartet werden, weder in der Politik noch in der Wirtschaft. Der einzelne soll sie dort übernehmen, wo er von der Sache etwas versteht. Das ist für den Arbeiter eben sein Arbeitsplatz, an dem er vielleicht schon Jahrzehnte schafft; das ist für die Gruppe ihr Teilbereich, den sie genau übersehen kann. In ihm braucht sie weder dauernde Anweisungen noch eine ständige Überwachung und Kontrolle. Ihre Arbeit ist der Bereich, in dem sie selbst planen, ordnen und entscheiden kann. Ihr dazu nicht die Möglichkeit zu geben, ist reaktionär, kurzsichtig, unrentabel und für die Gesellschaft verderblich.

Es wird also nicht einer Mitbestimmung aller in allen Fragen das Wort geredet, sondern einer Selbstbestimmung im überschaubar begrenzten und sachverständigen Raum einer Arbeitsgruppe. Nur dann kann auch eine Mitbestimmung im großen funktionieren. Welche Chancen ergäben sich für alle Teile: bald würden sich die Fähigen herausschälen, die für die nächste Betriebsratswahl als Kandidaten, als Vertrauensmänner für die Gewerkschaft oder für eine verantwortungsvolle Position im Produktionsablauf in Frage kämen. Schreier und Meckerer könnten sich nur kurze Zeit in den Vordergrund spielen, weil die Selbstbestimmung der Arbeit nicht Parolen, sondern sachkundige Mitarbeit verlangt. Natürlich sind solch einer Selbstbestimmung der Arbeit durch die Gruppen auch Grenzen gesetzt, die vom technischen Ablauf sowie den Erfordernissen des ganzen Betriebes gesetzt sind. Sie sind aber weit genug, um dem Menschen den Spielraum seiner Entwicklung zu lassen, den er braucht. Wird ihm dieser Spielraum in seiner täglichen Arbeit nicht gegeben, so verkümmert er, trotz höherer Löhne und eines steigenden Konsums. Er landet in einem glänzenden Elend.

Diese Selbstbestimmung im überschaubaren Raum scheint neuerdings für manche Unternehmer und ihnen nahestehende Gruppen eine willkommene Parole zu sein, um die Erweiterung der Mitbestimmung bremsen zu können. In einer Zeitung erschien zu Beginn dieses Jahres die Notiz, daß man die Mitbestimmung bei der Gestaltung des Arbeitsplatzes und der Durchführung der Arbeit dazu benutzen könne, daß die Arbeiter selbstbewußt würden und eine eigene Position gegenüber ihren Betriebsräten und Gewerkschaften beziehen könnten. Hier heißt es wachsam sein! Es wäre verhängnisvoll, wenn durch diese bewußt falsche Weichenstellung die Entwicklung eines demokratischen Bewußtseins im Betrieb verhindert und auf das politische Feld vor den Fabriktoren verwiesen werden würde.

So verschieden auch die gewerkschaftlichen Positionen sein mögen, man kann ihnen nicht absprechen, daß sie alle die Verwirklichung der Demokratie wollen, allerdings einer Demokratie, die auch die Wirtschaft einschließt. Sie wollen die Antagonismen in unserer Gesellschaft beseitigen, und immer mehr Stimmen werden laut, damit auf unterster Ebene, nämlich am Arbeitsplatz im Betrieb, einen Anfang zu machen. Die Gewerkschaft besinnt sich wieder auf eine „hautnahe", das heißt eine betriebliche Arbeit. Peter von Oertzen drückte es auf einer sozialwissenschaftlichen Tagung der IG Metall in Dortmund so aus: Das Problem des Betriebes und das Problem der Gesellschaft fallen letzten Endes zusammen. Weinstock sagt dasselbe mit anderen Worten: „Im Weltringen um Freiheit oder Knechtschaft geht die Hauptkampflinie mitten durch unsere Betriebe."

III

Man erschrecke also nicht über künftige Unruhen, die Zeichen für das Suchen nach einer solchen Verfassung sind. Gerade die Gebildeten haben die Pflicht, über dem vordergründigen Lärm solcher Arbeitskämpfe nach den tiefen Ursachen zu fragen, die notwendigen Veränderungen zu erkennen, dementsprechend die Tagesereignisse zu interpretieren und eine eigene Position zu beziehen. Emotionale Reaktion, die nur dieser oder jener Gruppe, einmal der Gewerkschaft und ein andermal dem Arbeitgeberverband, dieser oder jener Partei den Schwarzen Peter zuzuspielen versucht, ist ihrer nicht würdig. Wirklich schuldig macht sich heute aber, wer unbedingt den status quo verteidigt, ihn sanktioniert und zu verewigen trachtet, aber nicht der, der einmal über das Ziel hinausschießt, auf einen Holzweg gerät oder bei einem Versuch, neue Wege für die Gesellschaft zu finden, scheitert. Jedes Experiment, das neue Möglichkeiten aufweist, alte Gegensätze aufzulösen und untraditionelle Wege zu gehen, ist zu begrüßen. Wir sollten mehr als bisher schon vorhandene Versuche zur Kenntnis nehmen, z. B. den großen und imponierenden der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien oder die von Arbeitern seit mehr als 150 Jahren in Frankreich geführten und sich gerade heute vermehrenden Produktionsgenossenschaften (Communauté de Travail) und andere Experimente in den verschiedensten Ländern, z. B. das von Prof. Fred Blum bei den Hormelwerken in Austin/USA geschilderte („Der Weg zu einem demokratischen Arbeitsprozeß", Stuttgart). Alle diese Versuche haben das Ziel, das Arbeitsverhältnis durch ein Gesellschaftsverhältnis abzulösen.

Es kann mit Recht die Frage gestellt werden, ob denn Einzelversuche in unserer Wirtschaft die Antagonismen überwinden können. Gewiß nicht. Aber heute werden gerade im Experiment neue Ideen geboren. Das gilt nicht nur von der Physik und der Chemie. Dreierlei muß zusammenkommen: der Wille zur Veränderung nach vorwärts, der Mut zum Risiko und die Bereitschaft, sich schon heute ernsthaft an Teilarbeiten heranzumachen. Wir haben allen Grund, die sogenannten Sozialpartner dazu zu ermuntern. Die heutigen Antagonismen in unserer Wirtschaft sind zwar das Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung, aber keineswegs der Endzustand selbst. Die großen Entwürfe zu ihrer Aufhebung sollten nicht diskreditiert werden. Die Gesellschaft kann nicht auf eine Zukunftsplanung für sich verzichten, während die Technik, die Militärs, die Unternehmer Dinge planen, die, obwohl sie isoliert geplant sind, das ganze soziale Gefüge verändern.

Zum Werden einer neuen Gesellschaft gehört unabdingbar: die Neuordnung der Arbeit und der menschlichen Beziehungen in ihr. Um diese Neuordnung werden wir Kämpfe der Organisationen der Arbeiter und Unternehmer erleben. Hoffent-

lich wird es auch bei uns abseits vom Kampfgetümmel immer mehr Arbeitsstätten geben, an denen mit Geduld und Zähigkeit Modelle errichtet werden, die für eine zukünftige Gesellschaftsordnung beispielhaften Wert haben können. Die in der Bundesrepublik von Unternehmern und Belegschaften bereits unternommenen Versuche werden von der Allgemeinheit viel zu wenig beachtet, diskutiert und geprüft, obwohl sie Elemente einer zukünftigen Entwicklung enthalten. Zu fragen ist, warum die im Eigentum der Gewerkschaften befindlichen Betriebe nicht viel klarer Formen zukünftiger kooperativer Arbeit unter der Selbstbestimmung aller in ihr Tätigen herausbilden und so Wegweiser für eine künftige, auch die Wirtschaft umfassende demokratische Ordnung sind. Wir müssen die Zukunft denken und auch mutig hier und da vorwegnehmen.

Das Jahr 1966 wird noch heftige Diskussionen zur Frage einer Erweiterung der Mitbestimmung bringen. Dann sollte man genau wissen, von welchem der vier Bereiche der Mitbestimmung die Rede ist: von der betrieblichen Mitbestimmung, der überbetrieblichen Mitbestimmung, der wirtschaftspolitischen Mitbestimmung oder einer wirtschaftsdemokratischen Rahmenplanung. Auf diesen Seiten sollte gezeigt werden, daß es eine ganz an der Basis der täglichen Arbeit liegende Mitbestimmung geben muß, ohne die die großen Forderungen einer Mitbestimmung letztlich in der Luft hängen: die Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Wird sie geübt, so kann sie das Fundament werden, auf dem Wollen und Können für die großen Bereiche der Mitbestimmung wachsen.

Prof. Dr. Max Bense

Die Funktion der „intellektuellen Opposition"

I

Nur eine Gesellschaft, sagte Gorki in einem seiner oppositionellen Aufsätze, die auf Recht und Gerechtigkeit gegründet ist, kann ein menschenwürdiges Dasein garantieren. Das war gegen die Machtverhältnisse gerichtet, die durch die russische Revolution geändert wurden, und es ist bekannt, daß Gorki in jenen Aufsätzen auch Tolstoi und Dostojewski kritisch gestreift hat, weil sie wohl Kunst hervorgebracht, aber das große gesellschaftliche Ziel, die Notwendigkeit der Revolution in ihrer schriftstellerischen Arbeit vernachlässigt hätten. Wir würden allerdings heute Gorki mit dem Hinweis korrigieren müssen, daß nicht nur Recht und Gerechtigkeit, sondern gerade die freie Entwicklung von Ideen künstlerischer, wissenschaftlicher und philosophischer Provenienz, zugelassen werden muß, wenn die technische und spirituelle Zivilisation intakt und progressiv blei-

ben soll. Über den sozialen Mißverhältnissen mit den vitalen und ökonomischen Ungerechtigkeiten und Unterdrückungen innerhalb der Klassen erkennen wir heute die existentiellen Mißverhältnisse mit den intelligiblen und kommunikativen Schwierigkeiten und Aussonderungen der produktiven Individualität. Die Folge dieser Erkenntnis ist, daß sich eine aktuelle politische Opposition nicht mehr nur gegen die sozialen Mißstände im Rahmen konstituierter Machtverhältnisse wendet, sondern vor allem auch die existentiellen Schwierigkeiten der produktiven individuellen Intelligenz zu berücksichtigen hat. Die Opposition erscheint also als verdoppelte: neben dem Argwohn gegen den Mißbrauch der Macht manifestiert sie den Argwohn gegen die Prinzipien der Macht, und zwar in jedem Falle vom Standpunkt der Entwicklung einer humanen Zivilisation im Rahmen einer technischen Realität, deren wichtigste wissenschaftstheoretische Grundlage im Prinzip der rationalen Konkordanz der Theoreme und Ideen besteht. Ich unterscheide also zwischen zwei Arten von Opposition: derjenigen, die sich gegen ökonomische Unterdrückung und Ausbeutung (Soziale Barbarei) richtet, und der anderen, die intellektuelle Unterdrückung und Ausbeutung (existentielle Barbarei) verhindern will. Hier ist von „intellektueller Opposition" die Rede.

Die existentiellen Schwierigkeiten der produktiven und progressiven individuellen Intelligenz im Rahmen konstituierter Machtverhältnisse zeigen sich in der äußeren Wirklichkeit als soziale Unverhältnismäßigkeiten, im Bereich der personalen und geistigen Schöpfungsfähigkeit demonstrieren sie die intelligible Diskordanz der Prinzipien, auf der die Macht und die Entwicklung der humanen Zivilisation beruht, und es muß hinzugefügt werden, daß diese Entwicklung bereits den kritischen Punkt erreicht hat, an dem die Unverträglichkeit der Prinzipien umfangreichere Daseinsbeschädigungen und Humanitätsverluste zur Folge hat, als vorhergesehen werden konnte. Es ist nicht mehr möglich, die technische Realität unserer Zivilisation industriell voranzutreiben, aber Schulprogramme aufrechtzuerhalten, in denen die Diskrepanz zwischen theologischem Irrationalismus und mathematischem Rationalismus bis an die Grenze der Schizophrenie mitgeschleppt wird; und es ist auch nicht mehr möglich, die Bildungsdifferenz zwischen dem funktionalen Bildungsbegriff der fortschreitenden technischen Zivilisation und dem fiktiven Bildungsbegriff der fortschreitenden politischen Ideologisierung in einer fragwürdigen „Politischen Wissenschaft" unausgeglichen zu lassen, um die traditionelle Distanz zwischen Intelligenz und Macht weiterhin zu ventilieren. Die menschliche Gesellschaft strebt sichtbarlich den Zustand einer globalen Zivilisation an, die, wie jedes „Self-Organization-System", ein ebenso existentielles wie intelligibles Kontinuum bildet, das keine irrationale Leerstellen oder Randomglieder katastrophenlos mehr erträgt.

Politisch aktuell wird die intelligible Diskordanz insbesondere dann, wenn sie, wie im Falle des Fortbestehens religiöser oder politischer Dogmatiken und ihrer institutionellen Vermachtung, darin besteht, unbefestigte Überzeugungen und Vorurteile nicht nur irrational zu rechtfertigen, sondern auch in das pädagogische Schema einzufügen, selbst wenn sie längst keiner rationalen Überlegung mehr standhalten können und in den Grundlagen und fortschreitenden Zügen der wissenschaftlichen Zivilisation keine Funktion mehr besitzen. Dann wird deutlich, daß die tiefere Ursache der Opposition der Intellektuellen gegen bestehende Machtverhältnisse in der Unverträglichkeit irrationaler Glorifizierung und rationaler Analyse besteht. Auf die Dauer jedenfalls kann die rationale, wissenschaftliche Struktur der Zivilisation nicht auf irrationalen und emotionalen Glaubensbegriffen begründet werden, und in den wesentlichen Fällen bedeutet demnach

die intellektuelle Opposition vor allem eine Entschiedenheit für die rationale Konzeption gegen die irrationale Spekulation, deren sich die Macht bedient. Die Macht wird immer die Verschwommenheit der Begriffe bevorzugen, ihre Prinzipien verschleiern und variieren; die Opposition kann das nicht, sie muß klar und unveränderlich sein. Sie muß also die Prinzipien präparieren und immer auf sie zurückgehen, um die Macht, gegen die sie opponiert, zu identifizieren. Die Identifikation der Macht durch ihre Reduktion auf den Irrationalismus ihrer Prinzipien ist demnach die primäre Technik jeder intellektuellen Opposition.

Etwas weiteres kommt hinzu. Macht sieht von der „individuellen Existenz" des Menschen ab und integriert ihn zum „gesellschaftlichen Wesen", aber der kreative Prozeß der Zivilisation — und sie ist wesentlich „Prozeß", nicht bloßer „Zustand" — hängt gerade von der „individuellen Existenz" ab und differenziert das „gesellschaftliche Wesen".

Nun kann es aber die Macht im Rahmen der technischen Welt offensichtlich nicht dabei bewenden lassen, ausschließlich über das „gesellschaftliche Wesen" des Menschen zu verfügen, sie wird auch den Prozeß der Zivilisation selbst, also die kreative „individuelle Existenz" einbeziehen müssen, und mehr und mehr zeichnet sich ab, daß sie dieses doppelte Ziel nur durch Überlagerung der „Organisation" der Individuen mit der „Formierung der Gesellschaft" für erreichbar hält.

„Organisation" ist zwar die umfangreichere Kategorie, läßt aber gleichwohl die feinere Differenzierung zu und bezieht sich noch auf „Funktionen", also „Individuen", während „Formierung" als engere Kategorie erscheint und vor allem den „Zustand" einer „Gesellschaft" disponibel halten will. Nur „Organisation" kalkuliert also noch die praktikable „individuelle Existenz" des Menschen, die sich „formiert" als „gesellschaftliches Wesen" verdingen soll. Nicht die „Formierung" der Gesellschaft auf der Basis eines irrational eingeführten „Gesamtbewußtseins" des „gesellschaftlichen Wesens" und seiner Vermachtungstendenz entwickelt die humane technische Zivilisation zu einem kontinuierlichen und globalen „Self-Organization-System", sondern ihre rationale „Organisation" zu einem funktionalen System kreativer Individuen. Die Entwicklung eines globalen humanen Interesses als Voraussetzung eines „Self-Organization-Systems" der technischen Zivilisation gehört notwendig zur Funktion der geistigen Arbeit und die Liquidierung der ideologischen, gesellschaftlichen oder moralischen Ausdifferenzierung zwischen West und Ost wesentlich zur intellektuellen Opposition gegen westliche oder östliche Vermachtung.

Es ist somit einzusehen, daß eine intellektuelle Opposition gegen jede Art „formierter Gesellschaft", durch die „Macht" eingesetzt wird, sinnvoll und notwendig ist und ihre allgemeine Rechtfertigung aus der Voraussetzung bezieht, daß mindestens im Prinzip jede Verdingung der „individuellen Existenz" als „gesellschaftliches Wesen" zwar einen konservativen „Zustand" ausbildet, aber keinen kreativen „Prozeß" der Zivilisation zuläßt.

II

Die Charakteristik der in der Bundesrepublik geplanten „Formierten Gesellschaft", die kürzlich enthüllend Reinhard Opitz in dieser Zeitschrift (9/1965) gegeben hat, läßt keinen Zweifel mehr daran, daß es sich hier um eine Liquidation der „Pluralistischen Gesellschaft" handelt, um eine saturierende, wenn auch ebenso kryptogame wie militante Aggression der Macht, die sich vor allem

gegen die Intellektuellen richtet, die dem „Formierungsplan", also „der Verwirklichung des konzerneigenen Gesellschaftsbetriebes als erste im Wege stehen" und als „individuelle Existenz" selbstverständlich die Ausbildung eines „gesamtgesellschaftlichen Bewußtseins" als Voraussetzung der „Formierten Gesellschaft" verhindern können, indem sie die intellektuelle Opposition aus den befestigten „Prinzipien" zu einer aggressiven „Technik" ihrer „Partikularisation" verschärfen. Ich verstehe darunter die Methode der Enthypostasierung, Entideologisierung und Entmythologisierung jeder Art von „Geglaubtheiten", wie Ortegas Begriff lautet, durch das Mittel rationaler Analyse und die Methode der existentiellen Reduktion der gesellschaftlichen Formierungsprozesse durch ihre Zurückführung auf individualisierende Entscheidungen.

Offensichtlich sind es gegenwärtig vor allem zwei irrationale ideologische Konzeptionen, deren sich die aktuellen Machtkonzerne bedienen, um opponierende rationale Intelligenz auszuschalten und als Gegenmacht zu zerreiben. Es sind die gleichen Konzeptionen, die insofern unermeßlichen existentiellen Schaden anrichten, als sie allgemeingültige menschliche Entscheidungen prinzipiell verhindern. Man kann gewissermaßen gar nicht prinzipiell genug in der Politik argumentieren. Erst mit der Tiefe der Prinzipien erreicht man den globalen humanen Gesichtspunkt, der von der provinziellen Vermachtung dispensiert. Die eine der irrationalen Konzeptionen wird positiv manipuliert, die andere negativ: die christliche und die marxistische. Man fordert Christentum und man verwirft Marxismus, um innerhalb irrational bestimmter Wertgefüge einerseits eine „Formierte Gesellschaft" ideologisch lancieren und um andererseits die Opponenten ideologisch diffamieren zu können.

Dabei spielt es natürlich durchaus keine Rolle, daß das Christentum mindestens seit der Renaissance keine wissenschaftliche und philosophische Bedeutung mehr besitzt und mindestens seit dem 18. Jahrhundert auch keine entscheidenden künstlerischen Impulse mehr erteilt; daß es durch die Kreuzzüge, die Inquisition und die spanischen Konquistadoren selbst moralisch diskreditiert ist und mindestens seit der Französischen Revolution als weltliche Institution zwar Pathos, aber keine Kraft demonstriert; und es spielt für die Handhabung des Marxismus als Mittel der Diskriminierung selbstverständlich auch keine Rolle, daß er die einzige wesentliche ideologische und emotionale Weltveränderung im 20. Jahrhundert hervorgerufen hat oder stärkere existenzsetzende Kraft als das Christentum besitzt und fast ein Drittel der menschlichen Gesellschaft sozial bestimmt.

Dazu kommt nun aber, daß das Christentum als Erziehungsfaktor erfolglos bleiben muß, weil es im funktionalen Bildungsbegriff der technischen Zivilisation, die auf dem Kontakt zwischen Rationalisierung und Industrialisierung, zwischen wissenschaftlicher Denkweise und produktiver Weltveränderung beruht, selbst keinerlei Funktion mehr besitzt; sein provinzieller Charakter ist vielmehr der modernen Intelligenz derart evident geworden, daß selbst der Machtkonzern der „Formierten Gesellschaft" nur indirekt und taktisch seine fragwürdigen Normen propagiert, obgleich er sie im Rahmen der staatlichen Erziehung oder der öffentlichen Moral als Prinzip der Nötigung benutzt. Und was in dieser Hinsicht den Marxismus, vor allem seine ideologische Grundlage, seine „Geglaubtheit", den „Dialektischen Materialismus", anbetrifft, so ist zu berücksichtigen, daß dieser weder für die Theorienbildung noch für die experimentelle Arbeit der modernen Forschung und Technik eine wirkliche Bedeutung besitzt, denn dialektische Verhältnisse können nur interpretiert, nicht aber konstatiert werden, und Interpretation bleibt in jedem Falle ein mittelbares, sekundäres Erkenntnisverfahren,

während eine Konstatierung der Forschung unmittelbare und verwertbare Information liefert.

Für die intellektuelle Opposition gegen den Mißbrauch der Macht angesichts der individuellen und kreativen Selbstbehauptung des denkenden Wesens ist also die politische Ausdifferenzierung zwischen Christentum und Marxismus durchaus irrelevant, wie beide, da sie ja gerade positiv und negativ zur ideologischen Durchsetzung einer „Formierten Gesellschaft" westlicher oder östlicher Provenienz nutzbar gemacht werden, nicht mehr Fundament des rationalen Widerstandes sein können.

Die intellektuelle Opposition entspringt in jedem Falle der existenzsetzenden Kraft des rationalen Denkens, das individuell vollzogen werden muß, weil es nicht „glaubt", sondern „überzeugt" und Überzeugung stets auf dem methodisch in endlich vielen Schritten erreichbaren Zwang zur Entscheidung, zum Ja- oder Neinsagen eines Selbst beruht, während Glauben die Methode der endlich vielen Schritte überspringt, die Entscheidung abnimmt, also nicht „individualisiert", sondern „generalisiert"; und der generalisierende Zustand des Bewußtseins ist immer genau der, den die „Formierte Gesellschaft" voraussetzt. Aber nur in rationalen Denkweisen und Strukturen sind allgemeingültige Entscheidungen möglich, nicht religiös, national, parteilich oder rassisch beschränkte, deren Verhängnis das eigentlich geschichtliche Verhängnis ist. Wenn aus Prinzipien für Prinzipien eingetreten wird und das individualisierte Bewußtsein allgemeingültig gegen das formierte Bewußtsein entscheidet, handelt es sich nicht um eine Opposition, die eine Macht durch eine andere zu ersetzen gedenkt, sondern um eine Demonstration gegen Vermachtung überhaupt. Es geht der intellektuellen Opposition nicht darum, vom Standpunkt des Christen gegen den Marxisten oder vom Standpunkt des Marxisten gegen den Christen zu argumentieren, solche Opposition wäre nur machtpolitisch, aber nicht intellektuell; die rationale Aggression, die eingesetzt werden soll, hat ausschließlich die Emanzipation des denkenden Wesens als kreatives Individuum zum Ziel, gleichgültig ob es Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler, Techniker, Industrieller, Manager, Arbeiter, Arzt oder Clown, Mann oder Frau, Weißer oder Schwarzer ist. Die kommunikative Weltverdichtung bleibt nur dadurch ein humaner Vorgang, daß sich in ihr zugleich die Möglichkeit der intelligiblen Individuation verstärkt. Denn die zunehmende Kompaktheit des gesellschaftlichen Daseins kann nur in dem Maße progressiv und kreativ bleiben, als es individualisiertes Bewußtsein zuläßt. In der intellektuellen Opposition erscheint also Rationalität an Existenzialität gebunden, und das Engagement ist kein Engagement an eine Partei, eine Weltanschauung, an eine nationale Frage, sondern ausschließlich ein Engagement an die globale Humanität und die Allgemeingültigkeit der Vernunft, und nicht die Saturierung des Gemüts, sondern die Anstrengung des Begriffs ist die Ursache der Entschiedenheit.

Daher bedeutet Politik für die intellektuelle Opposition wesentlich Innenpolitik, nicht Außenpolitik, weil über die geistigen Freiheiten des denkenden Wesens und schöpferischen Individuums primär innenpolitisch, nicht außenpolitisch entschieden wird.

III

In diesem Zusammenhang interessiert das Problem der moralischen Instanz, die von der Macht eingeführt wird, um ihre Beziehungen zum Recht populär zu halten. Die intellektuelle Opposition mißtraut dieser Einführung, weil sich gerade mit ihr der Irrationalismus der Macht verstärkt; außerdem geht sie immer davon

aus, daß nur die globale Humanität und die demonstrierbare Allgemeingültigkeit der Vernunft als Voraussetzung der individuellen Entscheidung konkrete Instanz des moralischen Urteils sein können. Man kann nur dann den Weltfrieden moralisch fordern, wenn man jene globale Humanität und Allgemeingültigkeit der Vernunft voraussetzt, durch die er moralisch antizipiert zu werden vermag, und die individuelle Entscheidung, die im moralischen Urteil präzisiert wird, kann selbstverständlich nur dann wesentlich sein, wenn sie wenigstens im Prinzip von jedem anderen Individuum vollzogen werden kann, also allgemeingültig und global orientiert ist. Ich füge hinzu, daß diese Bestimmung bereits mit dem „kategorischen Imperativ" Kants vorgegeben war, der nicht nur ein Imperativ für die Einzelnen nach dem Maß aller, sondern ein Imperativ für alle nach dem Maß der Einzelnen ist. „Eine Menge ist ein Abstraktum", formulierte Kierkegaard, „das keine Hände hat; jeder Einzelne hat in der Regel zwei Hände, und wenn dann dieser Einzelne seine Hände an Cajus Marius legt, so sind es die beiden Hände dieses Einzelnen, doch wohl nicht die seines Nachbarn, noch weniger die der Menge, die keine Hände hat." Was in der intellektuellen Opposition getan werden wird, ist immer nur das, was der Einzelne tut. Jeder Verlaß auf den anderen kann schon gebrochener Widerstand sein und jeder Bezug auf den anderen bereits Verlust der moralischen Instanz. Kein Papst, keine Kirche, keine Partei, kein Staat, kein Volk, keine Ideologie, keine „formierte Gesellschaft" kann also im Status moralischer Instanz gesehen werden, weil sie nie konkretes denkendes Ich, immer nur Relation, Verlaß und Bezug, Abstraktum sind, das zwar Macht gewinnen, aber nicht Opposition sein kann. Erst was auf Entscheidung und Entschiedenheit beruht, identifiziert das denkende Ich als individuelles, und die Allgemeingültigkeit der Vernunft ist rational zwar durch die Widerspruchsfreiheit der Theoreme, aber existentiell nur durch ihren individuellen Vollzug in jedem denkenden Wesen zu bestätigen. Erst der individuelle Vollzug des Denkens und des Urteils entwickelt die existentielle Grenze gegen die „formierte Gesellschaft" und ihre Technik der Majorisierung zum „Gesamtbewußtsein", das durch die Macht beliebig manipuliert werden kann.

Das Prinzip der Konkordanz (bzw. der ausgeschlossenen Diskordanz), das die Wissenschaft für ihre Theoreme in Anspruch nehmen muß, konstituiert in einer Zivilisation, deren wissenschaftliche Fundamentierung selbst Martin Heidegger oder Ernst Bloch nicht verleugnen, also auch die moralische Instanz, die nicht mit der vitalen Macht, sondern mit der intelligiblen Opposition sichtbar wird.

Der kluge Ernst Niekisch hat in seinen „Politischen Schriften" (1965) im „Clerk" die „formierte Gesellschaft" vorweggenommen und seinen wirtschaftlichen Imperialismus und ideologischen Antipluralismus, vor allem im Hinblick auf Faschismus und Bolschewismus beschrieben und von der amerikanischen und sowjetischen Spielart gesprochen. „Das Merkmal des Clerk ist, daß er Autorität braucht und will. Es fehlt ihm der eigene innere Antrieb auch im Geistigen. So sind ihm die bolschewistische und faschistische Gesellschaftsverfassung angemessen. In beiden wird der freie Geist liquidiert. Es gibt einige Grunddogmen und Wertmaßstäbe, die das Denken und Fühlen beherrschen. Die Wissenschaft wird ebenso reguliert wie die Kunst; beide haben die Aufgabe, den Geist in die richtige Linie zu bringen . . ." Vermutlich war die internationale Brigade gegen Franco im spanischen Bürgerkrieg die erste intellektuell organisierte Opposition gegen die klerofaschistische „Clerkisierung" in dieser Epoche „formierter Gesellschaften". Daß jene militärische Operation der intellektuellen Opposition nicht ausreichte, hatte viele Gründe, aber auch den, daß der Trend des demokratischen Bewußtseins zum Gesamtbewußtsein „formierter Gesellschaft" bereits zu stark

NAGEL

Reiseführer für hohe Ansprüche

DAS PARLAMENT schreibt am 2. Februar 1966:

Der weltbekannte Verlag untertreibt mit der Bezeichnung, die er seinen Länderbüchern gibt. Was der Benutzer hier in die Hand bekommt, ist weit mehr als der übliche Touristenfreund, nämlich eine komplette Volks- und Landeskunde, die auch im heimischen Schaukelstuhl zu höchster Belehrung genossen werden kann.

Eine allgemeine Einführung unterrichtet zunächst in mehreren Kapiteln über geographische Beschaffenheit, Geschichte, Bevölkerung, Kunst, Literatur, Religion, Brauchtum und Wirtschaft des Landes.

Es folgt die Einzelbeschreibung der Städte und Gebiete mit Ausflugs- und Besichtigungsvorschlägen und eine Fülle großenteils farbigen Kartenmaterials.

Das letzte Drittel vermittelt dem Reisenden praktische Hinweise über alles irgend Wissenswerte zur Meisterung seines Unternehmens und darüber hinaus ein Verzeichnis der wichtigsten fremdsprachlichen Ausdrücke und Redewendungen.

In gedrängter Form und einem handlichen, vortrefflich gedruckten Buch besitzt man so eine kleine Enzyklopädie des Landes, das man bereisen oder studieren will.

NEUERSCHEINUNGEN 1965/66:

UDSSR, UNGARN, JAPAN, ZYPERN, TÜRKEI

NEUAUSGABEN 1966:

ITALIEN, ÖSTERREICH, TSCHECHOSLOWAKEI, ISLAND, GROSSBRITANNIEN UND IRLAND.

NAGEL MÜNCHEN 42

213

war und selbst die linke oppositionelle Intelligenz, die Widerstand zu leisten versuchte, wo sie sich nicht selbst verfing, in ihre Netze zwang.

Heute sind insbesondere Brasilien, Polen, Rußland, aber auch die Bundesrepublik, wie der letzte Wahlkampf bewies, Zentren einer intellektuellen Opposition gegen eine bereits etablierte oder erstrebte „Formierte Gesellschaft". Träger der „intellektuellen Opposition" sind die freien Schriftsteller, Künstler, Philosophen, Journalisten, Kritiker, seltener Fachwissenschaftler und Techniker. Während diese Opposition in Brasilien noch relativ kompakt auftritt, arbeitet sie bei uns, sieht man von der leider nur gelegentlich entschiedenen und dann halbseitig gelähmten „Gruppe 47" ab, in der DDR wie in Polen und in Rußland äußerst dispers, was keineswegs eine Schwächung, vielmehr eine existentielle Fixierung bedeutet. Einzelne voneinander unabhängige Schriftsteller, Wissenschaftler, Journalisten und Studenten publizieren oppositionelle Literatur und Kritik, verstreut über Blätter oder Verlage, die ihnen Raum geben, ohne daß sie damit, über den Einzelnen hinaus, eine charakteristische und aggressive Linie der Übereinstimmung mit den Autoren bezeichnen, auch gar nicht bezeichnen wollen, da sie wirtschaftlich und ideologisch längst ihren Pakt mit der geplanten „formierten Gesellschaft" schließen mußten.

Gerade der disperse Zustand der deutschen intellektuellen Opposition macht deutlich, daß es ihr nicht ausschließlich um die Aussonderung nach Links geht, wie ihr gedankenlos vorgeworfen wird, sondern um den Primat der intelligiblen Welt der humanen Prinzipien und Strukturen unserer Zivilisation vor einer scheinbar demokratischen liberalisierten, in Wirklichkeit aber nur demokratisch majorisierenden Handelswelt, in der Wirtschaft, Kirche und Militär als Komponenten einer Vermachtung auftreten, die heuchlerisch und taktisch ein legendäres westliches gegen ein ebenso legendäres östliches Leitbild ausspielt.

Die Anfälligkeit der Kirche, des Militärs und der Wirtschaft für „Vermachtung" ist altbekannt, und daß sie prinzipiell und strukturell auf „formierte Gesellschaften" angelegt sind, ist evident. Der Widerstand der kreativen Intelligenz gegen Vermachtung und „formierte Gesellschaft" kann sich taktisch gegen einzelne jener Komponenten richten, konsequent ist er nur, wenn er keine Ausnahme macht. Man kann nicht die Vermachtung der Institutionen in die Opposition einschließen und gleichzeitig den Irrationalismus der Prinzipien tolerieren; es ist nicht möglich, die Übergriffe der christlichen Organisationen im Erziehungswesen, in der Verwaltung, in der Kulturkritik oder im Wissenschaftsbetrieb zu brandmarken, um zugleich die gesellschaftlichen und ideologischen Voraussetzungen dieser Organisationen als moralisch und geschichtlich notwendig zu verteidigen; wie es auch sinnlos ist, gegen ökonomische Ausbeutung aufzutreten, ohne die geistige Ausbeutung auch nur zu remarkieren. Auch kann man einerseits nur dann den aktuellen Journalismus mit der unbedingten Pressefreiheit verbinden, wenn man andererseits diese Freiheit nicht dazu benutzt, mindestens im deutschen Raum, nach moralischen, ästhetischen und gesellschaftlichen Kriterien zu selektieren, deren Bindung an irrationale Unterdrückungssysteme offensichtlich ist. Ein Engagement, das nicht in den Prinzipien stattfindet, ist kein intellektuelles, sondern ein taktisches; es geht ihm nicht um reale Veränderung, sondern um aktuelle Saturierung, und es ist nicht existentiell, sondern emotional. Kein Bekenntnis ist ein Beweis des Geistes im Verhältnis zum anderen, wenn nur der Beweis der Kraft, also der Grad der Vermachtung darüber entscheiden könnte und beide schon in den ersten rationalen Schritten eines Denkens ihre Prinzipien einem absurden und diskordanten Irrationalismus der Vernunft überlassen muß-

ten, der das Denken abbricht, obwohl kein Grund besteht, es abzubrechen, und der den Glauben einführt, obwohl kein Grund besteht, ihn einzuführen. Wie Forschung und Technik können im Rahmen unserer fortgeschrittenen und global orientierten Zivilisation weder Kunst noch Literatur in einem diskordanten Engagement an den Irrationalismus leben, ohne regressiv und provinziell zu bleiben. Kein Urbanismus ist mit Irrationalismus verträglich. Die moderne Architektur, das beweisen Brasilien und Paris ebenso wie Sidney und New York, plant sowohl ihre ästhetischen wie ihre technischen Realitäten unter Voraussetzung einer funktionalen und konstruktiven Bauweise, deren rationale Struktur hier ebenso unverkennbar ist wie in den experimentellen Absichten der modernen Literatur, Musik und Malerei.

Ich erwähne das, um anzudeuten, daß eine relativ allgemeine anti-irrationalistische Grundlage der intellektuellen Opposition vorhanden ist, so daß sie aus den verschiedenartigsten Richtungen des schöpferischen und kritischen Lebens entwickelt werden kann und das prinzipielle Ziel des Widerstandes ausgemacht bleibt, gleichgültig, ob ein Leitartikel über die Lage in Brasilien Brancos Maßnahmen gegen die Intellektuellen vermerkt, ein Essay Alfred Andersch's von notwendigen Kontakten zwischen Künstlern und Wissenschaftlern spricht, Joachim Schickel in seiner schönen Ausgabe der „37 Gedichte" von Mao tse tung das „aggressive Melos" aufdeckt, Nathalie Sarraute nach Cuba fährt, das Literary Supplement der „Times" der literarischen Avantgarde eine Nummer widmet, Arno Schmidt einen Landesbischof der Lächerlichkeit preisgibt, Fakultäten einen Ministerpräsident geistig nicht ernst nehmen, ein Kabarett das Parlament attackiert, Schriftsteller und Wissenschaftler gegen die Bücherverbrennungen und Prüderien der „entschiedenen Christen" protestieren oder Studenten die effektiven Aggressionen der USA in Flugblättern und Demonstrationen brandmarken: es ist der gleiche notwendige Ungehorsam der Ideen, der sichtbar und wirkungsvoll wird und die scharfen Konturen der ebenso dispersen wie zielbewußten intellektuellen Opposition gegen die „ideologisierte" und „formierte" Gesellschaft der „Machtkonzerne" mit ihren vitalen und geistigen Ausbeutungs-, Aussonderungs- und Unterdrückungstechniken hervortreten läßt.

Die intellektuelle Opposition unterscheidet allerdings auch zwischen Intellektuellen. So wie sie gegen die Aussonderung der Intelligenz aus den Bereichen der Verwaltung und Regierung oder gegen die bloße und unvermeidliche Indienststellung der Wissenschaftler und Schriftsteller durch die Macht protestiert, remarkiert sie auch deutlich genug die Engagierten, die im fachlichen Fortschritt den moralischen festhalten, einerseits, und die Funktionäre, die gedankenlos oder bewußt den Aggressionen der Macht dienen, andererseits. Je stärker die saturierenden Kräfte der Zivilisation werden und je subtiler sie von der Macht gehandhabt werden können, desto anfälliger werden — 1933 hat in Deutschland darüber belehrt — Wissenschaftler und Schriftsteller, Ingenieure und vor allem Journalisten für Konformismus und Korrumpierung. Aber die intellektuelle Opposition wird immer wieder die staatlichen Privilegien einer technischen Grundlagenforschung beargwöhnen, die im Namen der universalen Naturerkenntnis oder der allgemeinen industriellen Revolution nur Rüstungspotentiale zu erhöhen gedenkt, und sie wird in keiner Äußerung darauf verzichten, jede Art von Literatur zu disqualifizieren, die das globale humane Interesse zugunsten einer nationalen Aggression aus den Augen verliert.

Nicht nur die Klasse der Arbeiter, so scheint es, schärft heute das kritische Bewußtsein für globale Mißstände und Erfordernisse; heute konzentriert sich auch

die disperse Klasse der Intelligenz auf ein individuelles Engagement an allgemeingültige Prinzipien, die eine Kompatibilität der globalen Zivilisation garantieren. Die intellektuelle Opposition ist damit zum Träger einer permanenten Revolution geworden, die unablässig der Investitur der geistigen Arbeit und ihres Ranges in der Zivilisation dient und damit die soziale Aufgabe der Arbeiterklasse sinnvoll ergänzt.

Arno Behrisch

Der Tod von ‚Stockholms-Tidningen' und die Pressefreiheit

Unter dem Titel „Stirbt die Pressefreiheit aus?" befaßte sich Jochen Willke, Mitglied des „Deutschen Presserates", in Heft 2/1966 dieser Zeitschrift mit den vom Konzentrationsprozeß im Presse- und Verlagswesen ausgehenden Gefahren für die Presse- und Meinungsfreiheit. Der Artikel erregte Aufmerksamkeit, weil in ihm — erstmals unseres Wissens — demokratische Kontroll- und Mitbestimmungsinstanzen für die großen Presseverlage zur Wahrung der Pressefreiheit vorgeschlagen werden. Mit dem nachfolgenden Beitrag setzen wir die Diskussion über dieses Thema fort.

D. Red.

Seit mehr als drei Jahrzehnten stellt die Sozialdemokratie im Königreich Schweden die Regierung. Doch am 14. Dezember mußte Ministerpräsident Tage Erlander im Reichstag die Mitteilung machen, daß die der Regierung nahestehende Tageszeitung ‚Stockholms-Tidningen' im März 1966 ihr Erscheinen einstellen werde. Die Bestürzung war groß und allgemein. ‚Dagens Nyheter', mit über 500 000 Auflage die größte Zeitung des Landes, schrieb bekümmert: „Unser großer Gesprächspartner tritt ab ... eine große Zone des Schweigens entsteht."

Als Erlander die Hiobsbotschaft verkündete, diskutierte die Volksvertretung gerade eine Vorlage über staatliche Hilfe für die Presse. Seit 1945 sind in Schweden, das die Druckfreiheit seit 150 Jahren im Grundgesetz verankert hat, immerhin 63 Zeitungen eingestellt worden. Allein in Stockholm gab es bis zum Kriege sieben Tageszeitungen. Nun sind es nur noch zwei. Sind wir auf dem Wege zum Pressemonopol? Wie soll die Demokratie ohne die Debatte in und zwischen den Zeitungen leben? Ist die Zeit der Arbeiterpresse zu Ende? Solche und andere Fragen kamen im Reichstag zur Sprache, der sich am Ende der Debatte für eine indirekte Subventionierung entschloß: ohne Kontrolle oder Verpflichtung hinsichtlich der Verwendung der Mittel erhält jede Partei für jedes Mandat in den beiden Kammern des Reichstages 60 000 Kronen (46 000 DM) jährlich. Für die Sozialdemokraten macht das 11 Millionen Kronen im Jahr.

Doch damit beruhigte sich in Schweden weder die öffentliche noch die parteiinterne Diskussion. ‚Stockholms-Tidningen' war die letzte überregionale Zeitung der Sozialdemokraten. „Wer gibt nus nun tägliche Informationen und Anregung?" fragen die Mitglieder. Und warum kann eine so starke Partei ihr Zentralorgan nicht halten? Ja, warum eigentlich?

Bis zum Kriege hieß das Zentralorgan der SAP (‚Svenska Socialdemokratiska Arbetarepartiet') ‚Social-Demokraten'. Dann wurde es umgetauft in ‚Morgontidningen'. Die Auflage dieser Zeitung hielt sich konstant bei 60 000 Exemplaren. Doch 1956 wurde die Öffentlichkeit durch eine große Transaktion überrascht. Die Gewerkschaften, die in Schweden enger als in der Bundesrepublik mit der Sozialdemokratie verbunden sind, hatten für 25 Millionen Kronen ‚Stockholms-Tidningen' und ‚Aftonbladet' erworben. Torsten Kreuger, der Bruder des Zündholzkönigs, hatte an den beiden Zeitungen keine Freude mehr. Und so verkaufte er die 1889 gegründete ‚Stockholms-Tidningen', die mit dem dazu gehörenden ‚Aftonbladet' im Kriege nicht mehr zwischen pro-deutsch und pro-nazistisch zu unterscheiden vermocht hatte, an die Gewerkschaften.

44 000 Leser machten den politischen Frontwechsel nicht mit. Immerhin blieben 140 000 Bezieher übrig, und sonntags waren es sogar 220 000. Dennoch mußten die Gewerkschaften, wie ihr Vorsitzender Arne Geijer sagte, in zehn Jahren rund 110 Millionen Kronen zuschießen. Das Verlustgeschäft resultiere nicht aus einem Leserschwund, sondern sei verursacht durch einen unaufhaltsamen Rückgang der Anzeigen. 1955 hatte ‚Stockholms-Tidningen' noch mit 24 Prozent am Stockholmer Anzeigengeschäft partizipiert, 1964 waren es nur noch 14,3 Prozent. Für die Beurteilung ist nicht ohne Interesse, daß das konservative ‚Svenska Dagbladet' bei gleich hoher Auflage wie ‚Stockholms-Tidningen' 10 Millionen Kronen Mehreinnahmen aus dem Anzeigengeschäft hatte.

Diese Entwicklung war auch für die schwedischen Sozialdemokraten, die so gern von der „Gesellschaft der Wahlfreiheit" reden, eine sehr ernste Sache. Denn bei dem Gewicht, das die Insertion offenbar für Verlag und Leser hat, wird zur leeren Deklamation, was Bertil Ohlin, der Führer der Demokraten, im Reichstag erklärt hatte: „Letztlich entscheidet allein der Leser, welche Zeitung er lesen will." Aber diese Wahlfreiheit hat der Leser bei der offensichtlich einseitigen Verteilung der Anzeigen eben nicht. Wobei noch zu bedenken ist, daß ‚Stockholms-Tidningen' vom Inhalt her allgemein sehr gut benotet wurde. „Sie war zu gut, um am Leben zu bleiben", schrieb ein alter Zeitungsmacher.

Der Umstand, daß die moderne schwedische Sozialdemokratie als Regierungspartei, dazu eng verbunden mit den mächtigen Gewerkschaften, eine vorzüglich redigierte Zeitung nicht am Leben halten konnte, wirft natürlich auch für unser Land eine Menge ernster Fragen auf. Denn das Zeitungssterben grassiert ja auch bei uns. Jochen Willke folgert an anderer Stelle dieser Zeitschrift daraus: „Wo das freie Wort stirbt, kann die Demokratie nicht leben." Das ist sicher die Kernfrage. Doch schon seine weitere Feststellung, daß die „Ausweitung der Wirtschaftsräume, Rationalisierung und Automation die Konzentration geradezu herausfordern" und es daher ein Ritt gegen Windmühlen sei, die Zusammenschlüsse von Zeitungsverlagen zu verhindern, scheint im Hinblick auf die gesamte Problematik durchaus fraglich zu sein.

Es dürfte der Klärung der Sache dienen, wenn wir bei der Suche nach praktikablen Lösungen zum Jahre 1945 zurückblicken, als uns die Sieger die Demo-

kratie und die Pressefreiheit verordneten. Damals sahen ja vor allem die Amerikaner in den Monopolen ein Übel. Aber während sie noch dabei waren, die Wirtschaftsmonopole zu zerschlagen, schufen sie mit der Vergabe von Zeitungslizenzen ein neues Monopol des Geldverdienens und der Meinungsmache. Überprüft man die Entwicklung, so ergeben sich folgende Gesichtspunkte: Bei der Bedeutung der Presse für die Demokratie war es falsch, die Lizenzen unbefristet zu vergeben und aus dem Zeitungsverlag wieder einen Erwerbszweig zu machen. Zeitungslizenzen hätten wie Mandate immer neu vergeben und erworben werden müssen. Der Erbpacht im Zeitungswesen wie den Dauermandaten im Parlament wäre am besten und wirkungsvollsten zu begegnen mit der Einsicht Goethes: „Der Tod ist der Kunstgriff des Lebens, um viel Leben zu haben." Ein periodischer Lizenzwechsel würde jedenfalls Wunder bewirken.

Eine andere Möglichkeit läge in der Schaffung eines Ausgleichsfonds. Da die Pressefreiheit ein zu hohes Gut ist, um sie der monopolistischen Meinungs- und Profitmache zu überlassen, könnte eine Körperschaft des öffentlichen Rechts auf der Grundlage gesetzlicher Vorschriften dafür sorgen, daß bei Spitzengewinnen jene Beträge in einen Fonds fließen, die über notwendige Investitionen hinausgehen. Der Ausgleichsfonds müßte der Wirtschaftlichkeit weniger ertragreicher, aber politisch und regional notwendiger Zeitungverlage dienen. Heute ist es doch schon so, daß im Zeitungsgeschäft gemachte Riesengewinne völlig branchenfremd angelegt werden, sofern sie nicht zum Aufkauf schwacher Zeitungen verwendet werden.

Die am wenigsten dirigistische Maßnahme bestünde in der Schaffung von Körperschaften öffentlichen Rechts zur Überwachung und Regulierung der Groß-Insertion, wobei das Ziel sein müßte, nach einem sorgfältig gestaffelten Preis-System den kleinen Zeitungen alle Inserate zu einem günstigeren Tausenderpreis zu verschaffen als den großen Blättern. Die kleinen, die regionalen, die unbequemen Blätter am Leben zu erhalten, ist Voraussetzung demokratischen Lebens. Doch ob es sich nun um die Wirtschaftlichkeit oder um den Inhalt einer Zeitung handelt, immer müßte versucht werden, Beiräte, Presseräte zu schaffen und zu installieren, in denen die Leser, aber auch die Parlamente vertreten sind, wobei es darauf ankäme, ihnen echten Einfluß zu sichern. Denn Demokratie ist doch vor allem Mitarbeit, Mitdenken, Mitbestimmung durch die Mitbürger.

Ein besonderes Kapitel stellt die objektive Unterrichtung der Leser dar. Der Einfluß der Leser auf die Nachrichtenagenturen ist heute gleich Null. Da diese Welt aber täglich immer mehr zu einer Welt zusammenwächst, ist jede halbe Nachrichtengebung verlogen. Nur indem beide Seiten gezeigt werden, entsteht das wirkliche Bild. Es genügt daher nicht mehr, den Journalisten das Recht auf Information zu sichern, wenn der Leser nicht zugleich das Recht auf allumfassende Information erhält. Heute wirken die Nachrichtenagenturen allein schon als Nachrichtenfilter. Um die Pressefreiheit Wirklichkeit werden zu lassen, wäre daher die gesetzliche Verpflichtung zu verankern, daß jede Zeitung alle Nachrichten aus West und Ost bringen muß. Die Staatsanwaltschaften, heute zur Gesinnungsschnüffelei degradiert, würden beauftragt, darüber zu wachen, daß Nachrichtenquellen nicht unterschlagen werden. Nichts wäre leichter und objektiver als eine solche Kontrolle. Wer den Lesern Nachrichten unterschlägt und somit den Versuch macht, sie geistig zu amputieren, wird streng bestraft. Wir sind Bürger einer Welt und haben ein Recht auf weltweite unzensierte Information!

Um der Gefahr der Selbstverstümmelung der Redakteure und Journalisten zu begegnen, wären verschiedene Maßnahmen zu bedenken. Salvador de Madariaga hat einmal den Vorschlag gemacht, deutsche Kinder aus französischen Geschichtsbüchern zu unterrichten und umgekehrt. Er meint, so würde man viel übereinander erfahren. Das wäre ein Rezept für die Ausbildung der Redakteure und Journalisten. Abgesehen davon, daß der alte Masaryk richtig sagte, ein Mensch habe so viele Leben, wie er Sprachen spreche, würde eine internationale Austauschpflicht jungen Redakteuren und Journalisten viele Scheuklappen nehmen. Durch eine Internationalisierung der Presseleute von ihrer Volontärzeit an würden beispielsweise deutsche Redakteure und Journalisten begreifen lernen, daß man nicht deutsch denkt, wenn man nur deutsch denkt. Jedenfalls scheint mir ein solcher internationaler Ausbildungsweg ein guter Helfer für die Wahrung der Pressefreiheit zu sein.

Noch etwas anderes wäre dazu angetan, das freie Wort, den freien Geist, die freie Presse abzusichern. Es sollten jährlich im nationalen und internationalen Rahmen Preise für die unbequemsten Journalisten verliehen werden. Heuß sah im unbequemen Staatsbürger den idealen Demokraten. Einstein ging noch weiter und sagte, die Welt habe allen Fortschritt nur den Ketzern zu verdanken. Deshalb, so scheint mir, sollten unbequeme Geister unter den Journalisten öffentlich geehrt und, damit sie wirtschaftlich weitgehendst unabhängig sind, finanziell gefördert werden.

Die Vielfalt, die Buntheit, der Nichtkonformismus der Presse sind das Unterpfand einer freien und demokratischen Gesellschaft. Nur wer diese Welt als ein Orchester sieht, in dem jede Stimme das Recht hat, sich Gehör zu verschaffen, weil jede Stimme für den Klangreichtum unentbehrlich ist, ist ein Mensch, der in die Zeit paßt, ist ein Demokrat, bejaht die Herrschaft des Volkes. „Hätte ich zu entscheiden", sagte Thomas Jefferson, „ob wir eine Regierung ohne Zeitungen oder Zeitungen ohne Regierung haben sollten, würe ich keinen Augenblick zögern und die zweite Möglichkeit vorziehen". Es stimmt nämlich, was Edmund Burke über das Unterhaus sagte, auch für Bonn: „Im Parlament gibt es drei Gruppen, aber drüben auf der Pressegalerie sitzt eine vierte, die viel wichtiger ist als die drei andern." Wehe uns, wenn sie versagt.

Joachim Ulrich

Einige Ursachen der schleichenden Inflation

I

Die Bundesrepublik befindet sich trotz der in den letzten Monaten zu beobachtenden leichten Abschwächung der Konjunktur in einem Stadium alarmierender Preisentwicklung. Der Preisindex für die Lebenshaltung, Gradmesser für das inflationäre Fieber in der Volkswirtschaft, ist im vergangenen Jahr um 4,2 Prozent gestiegen. Der Index weist damit die höchste Geldentwertungsrate seit der Koreakrise im Jahre 1951 aus. Für den Zeitraum der vergangenen 15 Jahre zeigt er eine Steigerung von fast 40 Prozent.

Bei diesen Zahlen darf jedoch nicht übersehen werden, daß der Preisindex für die Lebenshaltung das Ausmaß der Preissteigerungen nur unzureichend wiedergibt. Eine genauere Aussage vermittelt deshalb der vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden errechnete „Preisindex für das Bruttosozialprodukt". Dieser Index erhöhte sich seit 1950 um 61,5 Prozent. Die Kaufkraft der Deutschen Mark wäre danach in 15 Jahren auf 61,9 Pfennig gesunken.

Auch beim Preisindex für das Bruttosozialprodukt handelt es sich allerdings um Berechnungen, die den Geldentwertungsprozeß aus Mangel an ausreichenden Preisstatistiken und methodischen Gründen nicht exakt erfassen. Verfälscht wird das Bild der wahren Preisentwicklung weiterhin durch direkte und indirekte Subventionen von Bund, Ländern und Gemeinden, die Fachleute auf jährlich 25 bis 30 Milliarden Mark beziffern. Nach Schätzungen mancher Experten ist die Deutsche Mark, gemessen an der Kaufkraft des Jahres 1950, heute deshalb nur noch 50 Pfennig wert. In der Tagespresse findet man darüber allerdings kaum ein Wort.

Gleichwohl hat auch der an den offiziellen Preisindices erkennbare beschleunigte Preisauftrieb in der Öffentlichkeit starke Unruhe ausgelöst. Es mehren sich die Forderungen nach wirksamen Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation. Die Bundesregierung sah sich im Februar dieses Jahres in der Konjunkturdebatte des Bundestages deshalb dazu gezwungen, ein lautstarkes Bekenntnis zur Verteidigung des Geldwertes abzulegen. Bundeskanzler Erhard verstieg sich dabei zu der Behauptung, seine Regierung werde bei der Bekämpfung der schleichenden Inflation noch über den Plan des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hinausgehen.

Dieser in den letzten Wochen viel erörterte Vorschlag sieht einen schrittweisen Abbau der jährlichen Preissteigerungsrate vor: 1966 auf 2 Prozent, 1967 auf 1 Prozent. Der Bundeskanzler ist bis heute jedoch den Beweis schuldig geblieben, wie er die Inflation ohne das von ihm verworfene „mechanistische Denken" der Sachverständigen in den Griff zu bekommen gedenkt. Untersucht man nämlich die Quellen der westdeutschen Inflation, die Entwicklung des Geldentwertungsprozesses und seinen Zusammenhang mit den zementierten gesellschaftspolitischen Machtverhältnissen, so erscheinen schon die Chancen für eine Verwirk-

lichung des Gutachterplanes äußerst gering. Die unrealistischen Versprechungen Erhards werfen deshalb die Frage auf, inwieweit die Bundesregierung überhaupt entschlossen ist, die Inflation einzudämmen, und wenn ja, welchen Preis sie dafür zu bezahlen gedenkt.

Freilich gibt es die Möglichkeit, eine Stabilisierung der Währung durch einschneidende Restriktionen und drastische Steuererhöhungen herbeizuführen. Sie würden jedoch das gesamtwirtschaftliche Wachstum hemmen und die Gefahr eines konjunkturellen Rückschlages heraufbeschwören. Hier geht es in der Tat um einen fundamentalen Zielkonflikt der Wirtschaftspolitik, der sich in allen Indusrtiestaaten der westlichen Welt stellt. Die Bundesregierung hat sich bei dieser Fahrt zwischen Szylla und Charybdis, zwischen Inflation und Stagnation, bisher auf einem Kurs bewegt, der uns bei hohen Zuwachsraten des Sozialproduktes eine jährliche Geldentwertung von etwa 3 Prozent bescherte. Es hieße an Wunder glauben, wenn es ihr als erstem westlichen Land gelingen sollte, die schleichende Inflation ohne Einschränkung des volkswirtschaftlichen Wachstumsprozesses zu überwinden.

Die „soziologische Theorie der Inflation" erklärt die Geldentwertung mit dem Verteilungskampf der großen gesellschaftlichen Gruppen (Staat, Unternehmer, Arbeiter, Bauern usw.) um eine Erhöhung ihres Anteils am Gesamteinkommen oder — exakter ausgedrückt — am Sozialprodukt. Diese Betrachtungsweise bietet den Schlüssel zur Erkenntnis einiger Ursachen der Inflation. Staat und Unternehmer besitzen in dem Verteilungskampf nämlich ein starkes Übergewicht gegenüber anderen Gruppen. Diese Position ermöglicht es ihnen, sich auf dem Kreditweg ständig mit neuer Kaufkraft auszustatten, was einem permanenten Vorgriff auf das Sozialprodukt gleichkommt[1]). Kann das Sozialprodukt den gütermäßigen Gegenwert für die Mehrnachfrage aber nicht voll oder nicht rechtzeitig genug erstellen, sind Preiserhöhungen unausbleiblich. Es handelt sich hier um genau jene Erscheinung, die Bundeskanzler Erhard sehr treffend als ein „Über-die-Verhältnisse-Leben der Nation" bezeichnete. Allerdings bezog Erhard seine Worte mehr auf die Arbeitnehmer als auf den Staat und die großen wirtschaftlichen Interessengruppen.

Staatliche Autoritäten und Unternehmerverbände haben sich in der Bundesrepublik ohnehin längst daran gewöhnt, die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften für die schleichende Inflation verantwortlich zu machen. Folgt man ihrer Argumentation, so wird der preistreibende Vorgriff auf das Sozialprodukt von den Lohnforderungen der Gewerkschaften ausgelöst. Man spricht von der sogenannten Kosteninflation oder der Lohn-Preis-Spirale. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß den Unternehmern kein anderer Ausweg bleibt, als Lohnerhöhungen auf die Preise abzuwälzen.

Es ist nicht schwer, diese These zu widerlegen. Jahrelang haben die Arbeitnehmer nach dem Kriege die Investitionen der Unternehmer durch überhöhte Preise, niedrige Löhne und hohe Abschreibung (als Steuerzahler) finanziert. Der ungeheure Nachholbedarf an Verbrauchsgütern schuf die Voraussetzungen dafür. Benachteiligt wurden die Arbeitnehmer aber auch dadurch, daß die Vermögensrechte an den von ihnen finanzierten Produktionskapazitäten allein den Unternehmern zufielen. Löhne und Gehälter sind seit dieser Zeit[2]) ständig hinter

1) Die Kreditrestriktionen der Bundesbank und die Sicherungsbestimmungen der Grundgesetzartikel 112 und 113 (Haushaltsüberschreitungen, Ausgabenerhöhungen) vermögen daran wenig zu ändern.
2) Über ein Jahrzehnt lang lag die Bundesrepublik mit ihrer Invistitionsrate an der Spitze aller Industrieländer.

der Lohn- und Preisentwicklung hergehinkt. Die viel strapazierte Lohn-Preis-Spirale erweist sich so bei näherer Betrachtung als Preis-Lohn-Spirale.

Wenn in der öffentlichen Wirtschaftsdiskussion trotzdem immer wieder behauptet wird, die Lohnforderungen der Gewerkschaften gefährden unsere Währung, weil der deutsche Arbeitnehmer mehr verbrauchen wolle als den Ertrag seiner Arbeit, so gibt es in den volkswirtschaftlichen Daten dafür jedenfalls keine überzeugende Begründung. Unser Devisenpolster, das immer noch rund 28 Milliarden Mark beträgt, und der auch noch im vergangenen Jahr erzielte Ausfuhrüberschuß von 1,2 Milliarden Mark beweisen, daß in der Bundesrepublik seit etwa 15 Jahren ständig mehr erzeugt als verbraucht worden ist.

Die Devisenüberschüsse der Bundesrepublik haben sich darüber hinaus als eine permanente Inflationsquelle erwiesen, weil sie sich im Inland in kaufkräftige Nachfrage verwandelten. Dabei ist evident, daß sich die im Inland angebotene Gütermenge um den Exportüberschuß (abgesehen von Schuldenrückzahlungen an das Ausland, verstärkte Rohstoffeinkäufe usw.) vermindert. Freilich hätte es die Bundesregierung in der Hand gehabt, diese „importierte Inflation" durch billige Einfuhren zu dämpfen. Das schon erwähnte Übergewicht der wirtschaftlichen Interessenverbände in Staat und Gesellschaft setzt einer solchen Politik jedoch Grenzen. Im vergangenen Jahr versäumte es die Bundesregierung, einige mit der EWG-Marktregelung verbundene Einfuhrhemmnisse rechtzeitig aus dem Weg zu räumen. So wurde die sogenannte Zusatzabschöpfung bei der Einfuhr aus Drittländern zum Beispiel erst aufgehoben, als die inländischen Erzeugerpreise für Schweine den Vorjahresstand um mehr als 28 Prozent übertrafen. Bei Eiern führte die (mangels früherer deutscher Initiative) hinausgezögerte Senkung der Abschöpfungsbeträge im vergangenen Dezember sogar zu Preissteigerungen um 37 Prozent. Die Beispiele über skandalöse Manipulierungen der Agrarpreise ließen sich beliebig fortsetzen.

Die ständigen Zahlungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik[3]), die bei unseren Handelspartnern wachsende Verärgerung hervorrief, führte im Jahre 1961 zu einer Aufwertung der DM. Solche Korrekturen (Wechselkursänderungen) des Außenwertes einer Währung sind wegen ihrer ungezielten Wirkungen auf alle Bereiche der Wirtschaft äußerst bedenklich. Ihr Effekt, allgemeine Verteuerung des Exportes und Verbilligung des Imports, ruft bei den im Schatten der Konjunktur stehenden exportorientierten Wirtschaftszweigen schwere Schäden hervor. Kein Wunder, daß von der DM-Aufwertung besonders hart der deutsche Schiffbau getroffen wurde. Inzwischen ist deutlich geworden, daß mit Wechselkursänderungen die Ursachen der schleichenden Inflation nicht zu beseitigen sind.

II

Die bisher genannten Ursachen der Inflation dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich in Deutschland die Staatsausgaben mehr und mehr zur Hauptquelle der Inflation entwickelt haben. In dem schon erwähnten Gruppenverteilungskampf ist es dem Staat gelungen, seinen Anteil am Bruttosozialprodukt ständig zu erhöhen. Sehen wir von den großen Inflationsprozessen während und nach den beiden Weltkriegen ab, so ist der Anteil von Reich bzw. Bund, Ländern und Gemeinden am Bruttosozialprodukt von 13 Prozent im Jahre 1913 auf 31,6

3) Seit etwa 1½ Jahren weist die deutsche Zahlungsbilanz keine Überschüsse mehr auf.

Prozent im Jahre 1965 gewachsen (1913 = 7,2 Milliarden Mark, 1965 = 142,2 Milliarden Mark).

In theoretischen Erörterungen wird das „Gesetz des steigenden Staatsbedarfs" häufig mit wachsenden Ausgaben im sozialen Bereich erklärt. Diese Betrachtung erscheint schon deshalb fehlerhaft, weil ein wesentlicher Teil der Staatsausgaben aus Kriegsfolgelasten besteht. Andere ins Gewicht fallende Leistungen, wie die Subventionen für die Landwirtschaft, haben mit Sozial- oder Gemeinschaftsaufgaben ebenfalls kaum etwas zu tun. Verantwortlich für die rasche Zunahme des Staatsanteils am Sozialprodukt und die anschwellende Flut öffentlicher Ausgaben sind in erster Linie die Rüstungslasten. Sie stiegen von 7 Milliarden Mark im Jahre 1953 auf 18 Milliarden Mark im Jahre 1965.

Rüstungsausgaben wirken auch dann inflatorisch, wenn der Staatshaushalt durch Steuereinnahmen ausgeglichen ist. Es gibt Wirtschaftswissenschaftler, die das bestreiten, weil das Problem der Rüstungsfinanzierung für sie nur eine Frage der Umverteilung von Kaufkraft (über die Steuern) ist. Sie übersehen, daß die Rüstung der Wirtschaft ständig Produktionsmittel und Arbeitskräfte entzieht. Besonders in der Hochkonjunktur, wenn es keine Reserven an Produktionskapazitäten und Arbeitskräften gibt, beschleunigt die Rüstung den Preisauftrieb.

Wesentlich stärkere Impulse erhält der Geldentwertungsprozeß freilich, wenn hohe Rüstungsausgaben zu Defiziten im Staatshaushalt führen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß auch ein ausgeglichener Etat häufig nur durch haushaltstechnische Tricks vor offenen Defiziten bewahrt werden kann. Wir haben das 1964 erlebt, als die Bundesregierung einen ausgeglichenen Etat vorlegte, der in Wirklichkeit ein Defizit von über 2 Milliarden Mark enthielt. Im Herbst vergangenen Jahres klaffte im Bundeshaushalt dann eine offene Lücke von 7 Milliarden Mark. Zugleich wurde deutlich, daß die Bundesregierung in einem erschrekkenden Ausmaß Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßige Ausgaben hinzunehmen bereit ist, wenn sie in ihr politisches Konzept (Wahlgeschenke) passen. Die Bundesbank hat in ihrem Januar-Monatsbericht die vorläufige Bilanz dieser Entwicklung dargelegt: „Im gesamten Jahr 1965 sind die Kassenausgaben des Bundes mit reichlich 62,7 Mrd DM um gut 5½ Mrd DM über den Umfang des Vorjahres hinausgegangen. Die Jahreszuwachsrate betrug damit rd. 10 v. H.; sie war erheblich höher als die mit nur 6 v. H. veranschlagte Zunahme des Haushaltsvolumens gegenüber dem Soll von 1964 und genau doppelt so hoch wie die effektive Ausgabensteigerung im Jahre 1964. Die Einnahmen sind dagegen nur um 8 v. H. und somit weniger stark gestiegen als im Vorjahr. Das Kassendefizit war daher im vergangenen Jahr weit größer als 1964; es betrug 1551 Mio DM gegen 557 Mio DM im Vorjahr. Unter Einschluß der Schuldbuchforderungen, mit denen Zuschüsse an die gesetzliche Rentenversicherung außerhalb des Haushalts finanziert wurden, ergab sich ein Defizit von rd. 2,3 Mrd DM, das um rd. 1¼ Mrd DM höher war als 1964."

Finanziert wurde das Defizit im Bundeshaushalt 1965 vor allem durch Anleihen, Geldmarkttitel und Buchkredite der Bundesbank. Neben der auf diese Weise ermöglichten inflationären Aufblähung der Nachfrage heizte die öffentliche Hand die Geldentwertung deshalb auch auf dem Weg über den Kapitalmarkt an. Durch die kurz hintereinander folgenden öffentlichen Anleihen steuern wir bei festverzinslichen Papieren heute auf einen Zins von 8 Prozent zu. Das wird den sozialen Wohnungsbau verteuern und schlägt auch in anderen Bereichen der Wirtschaft durch.

Angesichts der preistreibenden Ausgabenpolitik des Bundes ist es nicht verwunderlich, daß es für Länder und Gemeinden immer schwieriger wird, ihre Gemeinschaftsaufgaben zu erfüllen. Die Folge davon ist eine zunehmende Verschuldung auch in diesem Bereich. Nach Schätzungen der Bundesbank (Januar-Monatsbericht) lag sie bei den Gemeinden im Jahre 1965 um 1 Milliarde DM höher als 1964, in dem die Verschuldung der Gemeinden um 3½ Milliarden DM gewachsen ist. Die daraus resultierenden Ausgaben haben der Inflation ebenfalls zusätzliche Impulse gegeben.

Insgesamt hat die öffentliche Hand die Kreditmärkte 1965 mit netto reichlich 10 Milliarden DM gegenüber 8½ Milliarden DM im Jahre 1964 beansprucht. Außerdem haben sich die öffentlichen Haushalte einschließlich der Sondervermögen des Bundes noch fremde Mittel im Betrag von rund 900 Millionen DM bei den Trägern der Sozialversicherung beschafft. Außerordentlich stark war auch der Verschuldungsanstieg bei den Ländern. Er betrug netto mehr als 3 Milliarden DM gegenüber 1 Milliarde DM im Jahre 1964.

III

Das schon erwähnte Gutachten des Sachverständigenbeirates der Bundesregierung hat in seinem Zwei-Stufenplan zur Stabilisierung der Preisentwicklung folgende Maßnahmen vorgeschlagen.

1. Die Ausgaben der öffentlichen Hand dürfen um jährlich höchstens 2 Prozent über der voraussichtlichen Steigerung des realen Sozialprodukts liegen.

2. Bundesbank und Kreditgewerbe begrenzen das Kreditvolumen zur Finanzierung der Privatinvestitionen auf jährlich 2 Prozent über die Rate der voraussichtlichen Steigerung des realen Sozialprodukts.

3. Lohnerhöhungen dürfen die gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerung nur um 2 Prozent jährlich übersteigen.

Bei Beachtung dieser Leitlinien und unter der Voraussetzung, daß das reale Sozialprodukt um 4 Prozent steigt, hält der Sachverständigenrat eine Verringerung der jährlichen Inflationsrate auf 2 Prozent in diesem Jahr und 1 Prozent im nächsten Jahr für möglich.

Die Bundesregierung hat den Stufenplan jedoch nachdrücklich abgelehnt. Der erste Schritt zur volkswirtschaftlichen Globalrechnung und Globalsteuerung, zu gesamtwirtschaftlicher Rahmenplanung und mittelfristiger Wirtschaftspolitik, wie der sozialdemokratische Wirtschaftsexperte Professor Schiller das Gutachten der Sachverständigen im Bundestag bezeichnete, erschien Bonn zu planwirtschaftlich. Als ob die quantitativen Ziele eines gegen die Inflation gerichteten Stufenplanes in irgendeiner Weise geeignet sein könnten, unsere Wirtschaftsordnung zu verändern. Besorgniserregender hätte die Bundesregierung ihr Bekenntnis zur Verteidigung des Geldwertes nicht in Frage stellen können.

Untersucht man die von der Bundesregierung geplanten oder bereits in die Wege geleiteten Maßnahmen zur Eindämmung des Preisauftriebs, so stößt man auf eine weitere Diskrepanz zwischen offiziellen Erklärungen und wirksamen Initiativen. Obwohl mit dem Haushaltssicherungsgesetz Ende vergangenen Jahres frühere Ausgabenbeschlüsse des Bundestages um mehr als 2 Milliarden DM ge-

strichen wurden, liegt der Etat 1966 nämlich mit 69,1 Milliarden DM um rund 5 Prozent über den Ausgaben von 1965.

Die bisher vorgenommenen Kürzungen reichen längst nicht aus, um dem vom Bundeshaushalt ausgehenden Preisauftrieb Einhalt zu gebieten. Mit Streichungen von Mitteln für den sozialen Wohnungsbau, für das Mutterschutzgesetz, das Bundesentschädigungsgesetz und ähnlichen Einsparungen auf Kosten der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsschichten ist dem Preisauftrieb genauso wenig zu begegnen wie mit den angestrebten „kostendeckenden Preisen" bei Bahn und Post, die von den Unternehmern ihrerseits auf die Preise abgewälzt werden. Solange der Verteidigungshaushalt — abgesehen von kleinen Korrekturen — als das große Tabu im Bundesetat gilt, bleibt die Haushaltslage des Bundes weiterhin angespannt.

Einschließlich der Berlin-Hilfe, die nach Auffassung der Bundesregierung der Sicherung unserer Freiheit dient und deshalb den Verteidigungsausgaben zuzurechnen ist, belaufen sich die Aufwendungen für die militärische und zivile Verteidigung im Jahre 1966 auf 20,8 Milliarden DM oder rund 30 Prozent des Bundeshaushaltes. In diesen Ausgaben sind noch nicht die nach jüngsten Meldungen auf uns zukommenden zusätzlichen Belastungen für den Unterhalt der britischen Rhein-Armee und den Vietnam-Krieg (finanzielle, technische und wirtschaftliche Hilfe) enthalten. Wie gefährlich das Bundesfinanzministerium die Situation beurteilt, wird aus dem Drängen des Ministeriums deutlich, dem Bundestag noch vor dem Herbst dieses Jahres ein zweites Haushaltssicherungsgesetz vorzulegen.

Von seiten der Bundesregierung hat es in den letzten Wochen nicht an Versuchen gefehlt, die inflationären Folgen ihrer Ausgabenpolitik zu bagatellisieren. So wurde unter Hinweis auf das jüngste Defizit in unserer Zahlungsbilanz wiederholt eine preistreibende Wirkung der Löhne konstruiert. Tatsache ist jedoch, daß der 3,9 Milliarden DM betragende Passiv-Saldo der Zahlungsbilanz 1965 (Saldo der laufenden Posten und des Kapitalverkehrs) vor allem durch starke Rüstungskäufe im Ausland, Wiedergutmachungsleistungen und Entwicklungshilfe zustande kam. Unsere Handelsbilanz wies sogar einen Überschuß von 1,2 Milliarden DM aus. Ein Abbau unserer hohen Devisenbestände, im Ausland jahrelang eine Quelle der Begehrlichkeit, wurde bis vor kurzem selbst von der Bundesregierung für wünschenswert gehalten. Mit rund 28 Milliarden DM sind sie immer noch verhältnismäßig hoch. Jeder Lohnverzicht der Gewerkschaften schafft unter diesen Gesichtspunkten nur neuen Spielraum für die Inflationspolitik der Bundesregierung.

Es wäre schon viel gewonnen, wenn es gelänge, den jährlichen Geldwertschwund ohne Konjunkturrückgang auf eine Rate von etwa 2 Prozent zu reduzieren. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge ist aber auch dieses bescheidene Ziel nur durch eine Beschränkung der Rüstungsausgaben sowie durch fortdauernde Kreditrestriktionen der Bundesbank zu erreichen.

Wladimir Smoljanski, Moskau

Zur Wirtschaftsreform in der Sowjetunion

Wir haben den Verfasser des nachfolgenden Beitrages gebeten, uns die Grundzüge der in- und außerhalb der Sowjetunion viel diskutierten sowjetischen Wirtschaftsreform zu erläutern und uns ferner zu sagen, ob die Reform, wie vielfach behauptet, eine „Rückkehr zu kapitalistischen Wirtschaftsmethoden" darstellt. Obwohl einige speziell sozialistisch-planwirtschaftliche Begriffe für den Leser im Westen eigentlich einer näheren Erläuterung bedürften, haben wir uns angesichts der bedeutenden Rolle, die die sowjetische Wirtschaftsreform auf dem Ende März in Moskau beginnenden Parteitag der KPdSU spielen dürfte, zum Abdruck des Artikels entschlossen. *D. Red.*

Lenin prägte einmal das Wort, daß die Politik mehr der Algebra als der Arithmetik ähnlich sei. Und man wird sagen dürfen: dies gilt nicht nur für die Politik überhaupt, sondern für die Wirtschaftspolitik im besonderen. Sie bedarf der genauen und konkreten Berücksichtigung aller Triebkräfte wirtschaftlicher Entwicklung, der Fähigkeit, die nächsten und die späteren Auswirkungen der gefaßten Beschlüsse, ihren Einfluß auf die ganze Vielfalt der komplizierten gesellschaftlichen und ökonomischen Prozesse vorauszusehen und vorauszubestimmen.

Eine besonders große Rolle spielt die Wirtschaftspolitik in der Periode der wissenschaftlich-technischen Revolution. Das verflossene Jahrzehnt zum Beispiel hat „neue Stockwerke" menschlichen Wissens erschlossen, hat zu Erkenntnissen geführt, die früher in Jahrhunderten nicht zu verzeichnen waren. Die Entdeckungen in der Atomphysik und der chemischen Technologie, die Weltraumforschung und die Errungenschaften in Automatik und Elektronik — um nur einige von vielen zu nennen — haben eine Umwälzung in der Anwendung von Arbeitsgeräten und Arbeitsmitteln ausgelöst.

Eine richtige Wirtschaftspolitik beschleunigt den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, erhöht die Effektivität der Produktion. Lenin erkannte in der Ökonomik die „interessanteste Politik", den Schlüssel zur Lösung grundlegender Aufgaben zur kommunistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Dank den Leninschen Weisungen konnte die Sowjetunion den gewaltigen Sprung aus dem „Zeitalter des Schubkarrens" in das „Zeitalter des Kosmos" vollziehen.

In den letzten sieben Jahren (1959—1965) erzielte die Sowjetunion in der Industrie-Produktion eine durchschnittliche Zuwachsrate von 9,1 % jährlich. Man vergleiche diese Zahl mit den entsprechenden Kennziffern wirtschaftlicher Entwicklung führender kapitalistischer Länder, z. B. der USA (3,9 %), Großbritanniens (3,5 %), Frankreichs (5,6 %) und der Bundesrepublik Deutschland (6,3 %). Mir scheint, schon diese Gegenüberstellung dürfte ein Beweis dafür sein, daß das sozialistische System Voraussetzungen schafft, dank deren eine noch raschere Produktionssteigerung und Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse möglich ist.

ZUR WIRTSCHAFTSREFORM IN DER SOWJETUNION

Die Wirtschaftspolitik der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zielt heute mehr denn je darauf ab, die Methoden der staatlichen und wirtschaftlichen Leitungstätigkeit mit dem erreichten Stand der gesellschaftlichen Entwicklung in Übereinstimmung zu bringen. Auf diesem Sektor gab es bis vor kurzem noch Unebenheiten. Hin und wieder wurden wichtige Fragen, die einer gründlichen Prüfung und ernster allseitiger Erörterung bedurften, übereilt und oberflächlich entschieden. Aber auch Erscheinungen des Subjektivismus und des Administrierens sowie Planungsfehler erschwerten in gewissem Maße eine kontinuierliche Anleitung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse.

Aus einzelnen hier und da aufgetretenen Mängeln möchten gewisse westliche Kritiker nun gern auf „Systemfehler" in der Anleitung der Volkswirtschaft in der UdSSR schließen. So behauptet beispielsweise der prominente französische Nationalökonom Jean-Bernard Philippe, Mitarbeiter des Generalkommissariats für Planung in Frankreich, in seinem Buch „Erfahrungen der Planung der Volkswirtschaft in der UdSSR", Voluntarismus sei charakteristisch für die marxistisch-leninistische Lehre. Philippe sollte wissen, daß der Marxismus-Leninismus ein wissenschaftliches Herangehen an die Ausarbeitung und Durchführung der Wirtschaftspolitik fordert und ihm Voluntarismus und Subjektivismus wesensfremd sind.

Wissenschaftlichkeit ist eines der wichtigsten Merkmale des sowjetischen Systems der Anleitung der Volkswirtschaft. Lenin unterstrich wiederholt, daß die Partei sich von den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten leiten lassen muß. Er war ein entschiedener Gegner von Umgestaltungen, die ökonomisch nicht herangereift und von der überwiegenden Mehrheit des Volkes nicht für notwendig erkannt worden waren. Er verurteilte jeden Versuch, ökonomische Methoden durch Reglementieren zu ersetzen, er bekämpfte mit aller Schärfe kommunistische Überheblichkeit, der das Bestreben entspringt, alles durch Verordnungen lösen zu wollen.

In letzter Zeit war es notwendig geworden, die positiven und die negativen Seiten der in den vergangenen Jahren durchgeführten Reorganisationen sachlich zu überprüfen und Voraussetzungen dafür zu schaffen, die zentralisierte planmäßige Anleitung zu verstärken und gleichermaßen die Initiative der Betriebe und Kollektive weiter zu entfalten.

Diese Gesichtspunkte lagen denn auch der Erörterung der aktuellen Fragen zur Verbesserung der Anleitung von Industrie und Bauwesen, zur Vervollkommnung der Planung und der stärkeren wirtschaftlichen Stimulierung der gesellschaftlichen Produktion auf der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Ende September vorigen Jahres zugrunde.

Die Plenartagung entschied sich für wesentliche Veränderungen in der Wirtschaftsplanung. Für die Betriebe wurde die Zahl der Kennziffern eingeschränkt, die von höheren Instanzen bestätigt werden müssen. Statt der Kennziffer Bruttoproduktion geht man dazu über, die Mindestmenge der vom Betrieb zu liefernden einzelnen Erzeugnisse zu bestimmen. Ferner soll der Gewinn eine größere Rolle spielen als bisher. Er wird errechnet aus der Differenz von Bruttoabgabepreis und den Selbstkosten der Erzeugnisse. Während ein Betrieb früher kaum einen nennenswerten Gewinn für sich in Anspruch nehmen konnte, gewährt man ihm heute einen nach Industriezweigen und Erzeugnissen unterschiedlichen Gewinnanteil, der es ihm ermöglicht, Investitionen vorzunehmen, Prämien auszuzahlen, eigene Wohnungen zu errichten etc. Hatte ein Betrieb früher wenig Interesse daran, die

Kosten minimal zu halten, so wird er heute dazu angeregt, die Kosten enorm zu senken, um dadurch die Gewinnspanne auf ein Maximum hinaufzuschrauben. Auf diese Weise wird der Gewinn heute, anders als früher, zum Hauptgradmesser der Rentabilität. Im Grunde verbirgt sich hinter ihm nichts anderes als die Ersparnis an Arbeitszeit in Stunden, an Rohstoffen, Material und Brennstoffen in Tonnen und Elektrizität in Kilowattstunden.

Der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Alexej Kossygin, sagte in seinem Referat auf der Plenarsitzung des ZK der KPdSU: „Gewiß, die Erteilung von Gewinnauflagen verringert die Bedeutung der Selbstkostensenkung nicht, im Gegenteil, sie vergrößert sie ... Der Staat ist daran interessiert, die Akkumulation nicht nur durch Selbstkostensenkung für jede Produktionseinheit, sondern auch durch die Erhöhung der Menge der hergestellten Erzeugnisse, durch Erweiterung und Erneuerung des Sortiments und durch Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse ständig zu vergrößern. Im Unterschied zu den Selbstkosten spiegelt der Gewinn vollständiger alle diese Seiten der Produktionstätigkeit des Betriebes wider. Dabei kommt es darauf an, nicht nur Umfang und Zuwachs des Gewinns, sondern auch den Grad der Rentabilität zu erfassen, d. h. zu wissen, wieviel Gewinn je Rubel Produktionsfonds erzielt wurde."

Die italienische Zeitung „Messagero" verkündete am 28. September 1965 in einem redaktionellen Aufsatz, das Wesen der Wirtschaftsreform in der Sowjetunion sei die Rehabilitierung des typisch kapitalistischen Faktors Gewinn in der Leitung der Betriebe. Zuvor hatte sich schon Maurice Roy in der französischen Wochenschrift „Express" (Ausgabe vom 3.—9. Mai 1965) in einem Artikel mit der Überschrift „Nun glaubt auch die UdSSR an Gewinn" im gleichen Sinne geäußert. In verschiedenen amerikanischen Publikationen wimmelt es ebenfalls von Beiträgen über einen sowjetischen „Flirt mit dem Gewinn als Hauptziel der Produktion" (z. B. „Business Week" vom 31. Oktober 1965 in einem Artikel, betitelt „Warum Rußland die Rolle der Planer herabsetzt"). Die Autoren fast aller Beiträge dieser Art berufen sich auf Materialien der Wirtschaftsdiskussionen, die in den letzten Jahren in der Sowjetunion stattgefunden haben, besonders auf Stellungnahmen des Charkower Wissenschaftlers Prof. J. Liberman, der bekanntlich vor einigen Jahren den Vorschlag unterbreitet hatte, den Gewinn in stärkerem Maße als Plankennziffer wirksam werden zu lassen. Dabei sehen diese Autoren jedoch darüber hinweg, daß die Kategorie Gewinn in der sozialistischen Planwirtschaft einen völlig anderen Inhalt hat als in der kapitalistischen Wirtschaft. Der grundsätzliche Unterschied zwischen der Kategorie Gewinn beim gesellschaftlichen Charakter der Produktion und beim Privatunternehmertum beruht auf dem Wesensunterschied zwischen beiden sozialökonomischen Systemen. Läßt sich etwa leugnen, daß in der bürgerlichen Gesellschaft der Profit dadurch zustande kommt, daß sich der Privatbesitzer einen Teil der Ergebnisse der Arbeit des Lohnarbeiters aneignet, im Sozialismus hingegen der Gewinn ausschließlich als Gemeingut der ganzen Gesellschaft für die Erweiterung der Produktion und die Hebung des Wohlstandes der Bevölkerung verteilt wird? Der Unterschied besteht also darin, wem und wozu das als Gewinn niedergeschlagene Mehrprodukt dient. Bekannt ist auch, daß der Gewinn im Sozialismus der Planung nicht widerspricht, sondern ein Instrument der Planung ist und wie die Geldzirkulation reguliert wird. Dadurch, daß man dem Gewinn eine größere Rolle einräumt, vervollkommnet man in der UdSSR die Planungsgrundlagen in der Wirtschaft, festigt das sozialistische Volkseigentum und verstärkt den volkswirtschaftlichen Nutzeffekt im Interesse der ganzen Gesellschaft. Prof. J. Liberman, dessen Name in kaum einem Artikel über die sowjetische Wirtschaftsreform fehlt, charakterisiert die

Rolle des Gewinns im Sozialismus wie folgt: „Bei uns ist der Gewinn natürlich kein soziales Ziel und kein Beweggrund der Wirtschaftstätigkeit. Er dient als Mittel zur Erweiterung der sozialistischen Produktion und zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse." Bei planmäßig festgelegten Staatspreisen für alle Arbeitsprodukte kann der Gewinn im Sozialismus nur durch Ersparnis von Material-, Arbeitskraft- und Geldreserven steigen. Lenin hob stets die außerordentliche Bedeutung des Kampfes für wirtschaftliche Rechnungsführung, für Rentabilität als Grundlage der erweiterten Reproduktion in der gesamten Wirtschaft hervor. Er sah im Gewinn ein wichtiges Kriterium für die Effektivität der betrieblichen Arbeit und unterstrich, daß eine verlustfreie und gewinnbringende Tätigkeit jedes Werkes und jeder Fabrik notwendig ist.

Gewisse westliche Ökonomen behaupten in Betrachtungen über die Ergebnisse des Septemberplenums des ZK der KPdSU, die Einführung der Produktionsfondsabgabe sei nichts anderes als die Erhebung eines bestimmten Prozentsatzes vom Kapital.

Tatsächlich ist die Finanzierung der Investitionen in der UdSSR weitgehend neu geregelt worden. Bisher wurden die Investitionsmittel ausschließlich im Rahmen des zentralen Plans eingesetzt, und zwar ein beträchtlicher Teil davon für den Neubau von Betrieben. Funktionierende Betriebe aber hatten vielfach nicht die nötigen Mittel zur Verfügung, um veraltete Ausrüstungen zu ersetzen. Das hemmte selbstverständlich die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse und die Erhöhung der Rentabilität der Produktion. Nun werden die Betriebe einen eigenen Fonds zur Entwicklung der Produktion aus Gewinnanteilen bilden. Aus diesem Fonds wird auch ein Teil der Amortisationsabführungen fließen.

Bekanntlich sind die Investitionsmittel in der Sowjetunion bisher entschädigungslos aus dem Staatshaushalt bereitgestellt worden. Das war nicht gerade dazu angetan, die Wirtschaftsleiter zu veranlassen, sich darum zu kümmern, was der Um- oder Ausbau des betreffenden Werks, der Fabrik bzw. der Schachtanlage kostet, welcher Nutzeffekt sich aus den zusätzlichen Investitionen ergeben wird. Nun werden die Mittel für Investitionsbauten in Form langfristiger Kredite gewährt. Ferner ist vorgesehen, von der entschädigungslosen Auffüllung der Umlaufmittel des Betriebes aus dem Budget zu befristeten Krediten für diese Zwecke überzugehen.

Doch ist die Einführung eines abgestuften Kreditsystems in der UdSSR etwa ein Schritt rückwärts: ein Schritt zur Privatunternehmerwirtschaft? Absolut nicht. Denn schließlich fließt der Kredit in letzter Instanz wieder dem sozialistischen Budget zu, das wiederum nur den Interessen der Gesellschaft dienen kann.

Im Westen beurteilt man oft auch die Maßnahmen zur Vervollkommnung des Prinzips der materiellen Interessiertheit in der UdSSR als Symptome eines Übergangs auf kapitalistische Bahn. Bevor wir die Haltlosigkeit einer solchen Argumentation aufzeigen, wollen wir uns mit dem Charakter des sozialistischen Prinzips der Erhöhung materieller Interessiertheit auseinandersetzen. Dieses Prinzip verfolgt vor allem ein Ziel: Was der Gesellschaft nützt, ist für jeden Betrieb und jedes Belegschaftsmitglied vorteilhaft. Bisher waren die Möglichkeiten begrenzt, die Entlohnung der Arbeiter und Angestellten aus den vom Betrieb selbst geschaffenen Einnahmequellen zu erhöhen. Fast alle Formen der Prämiierung und sonstiger Förderung wurden nicht aus Gewinnen ausgezahlt, sondern aus den Lohnfonds. Bei dieser Art der materiellen Stimulierung war der Betrieb nicht

daran interessiert, seine inneren Reserven möglichst vollständig auszuschöpfen, da die Gesamtwertung seiner Tätigkeit und das System der Stimulierung der Belegschaftsmitglieder vor allem von der Überbietung des Planes abhingen.

Nun wird jeder Betrieb aus den Abführungen des selbsterwirtschafteten Gewinns einen Fonds zur materiellen Förderung der Belegschaftsmitglieder schaffen. Die Abführungen für diesen Fonds werden auf Grund von stabilen, für mehrere Jahre festgelegten Normativen erfolgen. Diese Normative werden übrigens so bestimmt, daß die Höhe des Fonds zur materiellen Förderung jeweils von dem Wachstum des Volumens der abgesetzten Erzeugnisse oder des Gewinns sowie von dem Grad der Rentabilität laut Plan abhängt. Der Betrag zur Förderung bei Planüberbietung wird relativ geringer sein, als der für die Erreichung der Hauptplanziffern auszuzahlende Betrag. Dadurch werden die Betriebsbelegschaften zur rechtzeitigen Erschließung der Produktionsreserven veranlaßt und unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Qualität an der Festlegung höherer Planauflagen interessiert.

Kann man aber das Prinzip der materiellen Interessiertheit im Sozialismus dem Verteilungsprinzip im Kapitalismus gleichsetzen? Kann man von einer Anwendung bürgerlicher Grundsätze in einer Gesellschaft ohne Ausbeuterklasse sprechen? Schon Marx hat die grundlegenden Besonderheiten der Verteilung in der neuen Gesellschaft aufgezeigt, die aus dem Schoß der alten hervorgegangen ist. Sie bestehen darin, wie Marx feststellte, daß jeder von seinem individuellen Arbeitsbeitrag lebt, indem er aus dem gesellschaftlichen Fonds soviel erhält, wie er zu diesem Fonds beigesteuert hat. Nur individuelle Konsumtionsmittel können in den Besitz des einzelnen übergehen. Im Sozialismus wandeln sich also radikal die Verhältnisse. Es wandelt sich auch der Charakter der Verteilung. Doch das geltende Recht — gleicher Lohn für gleiche Arbeit — ist in einer Hinsicht durch einen „bürgerlichen Rahmen" begrenzt. Da die Arbeit der Menschen in Güte und Menge verschieden, ihre Familienverhältnisse nicht gleich sind usw., bleibt die faktische Ungleichheit in ihrer Bemitteltheit fortbestehen. Das gibt Anlaß, von „bürgerlichem Recht" zu sprechen. Allerdings haben wir es hier nicht mit einer spezifisch bürgerlichen Erscheinung zu tun, sondern mit einem Faktum, das in allen Wirtschaftsformationen vorkommt, wo der Austausch von Äquivalenten praktiziert wird. Da sich beim Übergang zur neuen Gesellschaftsordnung die Grundlage des Austausches — das Eigentum an den Produktionsmitteln — radikal verändert, hat das bürgerliche Recht im Sozialismus nur rein äußerlich Ähnlichkeit mit dem kapitalistischen. Im Wesen unterscheidet sich das sozialistische grundsätzlich vom kapitalistischen System, das die mit Klassenantagonismen verbundene ungerechte Verteilung regelt.

Verschiedene westliche Kritiker an den Beschlüssen des Septemberplenums des ZK der KPdSU behaupten, das sowjetische System der Preisbildung werde nicht effektiv sein, solange es auf der wissenschaftlichen Grundlage der marxistischen Arbeitswerttheorie beruhe. Stimmt das? Wissen doch nicht nur wir sowjetischen Wirtschaftswissenschaftler, sondern auch die bürgerlichen Kritiker bestimmt, daß der Sowjetstaat dank dem Mechanismus der planmäßigen Preise Neuverteilungen unternehmen konnte, die es ermöglichten, in den ersten Jahren der Sowjetmacht einen Teil der Akkumulationen abzuschöpfen und dadurch die erforderlichen Mittel für die Industrialisierung des Landes freizumachen und während des Zweiten Weltkrieges den Lebensunterhalt für das Volk zu sichern. Die planmäßige Preisbildung, die von den Leninschen Leitsätzen über die Wert-Preis-Beziehung ausgeht, hilft, den Aufwand und die Ergebnisse der gesellschaftlichen

Arbeit, die Selbstkosten und die Rentabilität in einzelnen Zweigen und einzelnen Betrieben richtig zu bemessen, materielle Anreize für die Entwicklung der Produktion und für eine Aufwandersparnis zu schaffen.

Selbstverständlich darf die Preisbildung nicht verknöchert und dogmatisch sein. Vielmehr soll sie auf Veränderungen in der Ökonomik hellhörig reagieren und sich fortwährend vervollkommnen. Auf dem Septemberplenum des ZK der KPdSU wurde darauf hingewiesen, daß bei der Bestimmung der Engrospreise für Industrieerzeugnisse der Grad der Rentabilität in den Industriezweigen unbedingt wissenschaftlich ermittelt werden muß.

Der Absatz ihrer Erzeugnisse zu Großhandelspreisen soll den Betrieben Gewinn abwerfen, damit sie ihren Förderungsfonds schaffen können und auch die nötigen Mittel zur Erweiterung ihrer Tätigkeit, zur Leistung der Produktionsfondsabgabe und anderer Abführungen an das Budget in die Hand bekommen. Bei der Bestimmung der Preise für neue vervollkommnete Erzeugnisse werden der zusätzliche Aufwand des Produzenten und der ökonomische Nutzeffekt, der dem Abnehmer durch die Verwendung des besseren Erzeugnisses zugute kommt, berücksichtigt werden.

Das Septemberplenum des ZK der KPdSU ging davon aus, daß ein rationelles Preissystem notwendig ist, das authentisch und vollkommen ausweisen kann, was die Befriedigung dieser oder jener Bedürfnisse die Gesellschaft zu stehen kommt. Dieses System soll die Gebrauchseigenschaften der Erzeugnisse und die Wirtschaftlichkeit ihrer Verwendung allseitig berücksichtigen, die Interessiertheit der Betriebe an der Senkung der Preise für seine Erzeugnisse nach Maßgabe der Verringerung der Selbstkosten sicherstellen, die Rentabilität der Industrie- und Handelsbetriebe je nachdem, wie die jeweilige Produktion der Nachfrage gerecht wird, differenzieren.

Wesentliche Änderungen sind auch an der Planung der Arbeit im Betrieb vorgenommen worden. Wurden im vorigen Jahr für die einzelnen Betriebe vier Kennziffern in der Position Arbeit bestätigt — Arbeitsproduktivität, Zahl der Beschäftigten, Durchschnittsverdienst und Lohnfonds —, so braucht in diesem Jahr nur eine Kennziffer von oben bestätigt zu werden: der Lohnfonds.

Vor kurzem hat die Sowjetregierung neue Bestimmungen über den sozialistischen Industriebetrieb bestätigt. Diese Bestimmungen erweitern bedeutend die Rechte der Betriebe und eröffnen ihnen neue Möglichkeiten zur vollständigen Deckung ihrer Ausgaben aus den Einnahmen. Die den Betrieben verbleibenden Gewinnanteile werden von der Effektivität der Nutzung der Grundproduktionsfonds, der Steigerung des abgesetzten Produktionsvolumens, der Erhöhung der Rentabilität der Produktion und der Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse abhängen.

In letzter Konsequenz dient die gegenwärtige Wirtschaftsreform in allen Aspekten einem Ziel: der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der sozialistischen Produktion, der Schaffung eines Produktionsapparates für die kommunistische Gesellschaft. Der Kernpunkt dieses Fortschritts aber ist die weitere Spezialisierung und Kooperation, die Aussonderung und Bildung neuer Zweige, die Vertiefung der Differenzierung der alten. Der Staat als Besitzer des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln gewinnt enorme Möglichkeiten für die Durchführung einer einheitlichen technischen Politik. Daher ist der nun erfolgende Übergang zum System der Lenkung der Volkswirtschaft nach Fachzweigen über Ministerien ein absolut logischer Akt. Diesen Ministerien ob-

liegt die komplexe Planung und Anleitung der Produktion im entsprechenden Industriezweig, die Entscheidung von Fragen der technischen Politik, der materiell-technischen Versorgung, der Finanzierung der Arbeit und der Arbeitslöhne. Die Ähnlichkeit der neugebildeten Ministerien mit den früheren ist in vieler Hinsicht rein äußerlicher Art. Früher leiteten die Ministerien vornehmlich mit administrativen Methoden, handelten sie in erster Linie nach dem Grundsatz „Plan um jeden Preis!". Jetzt liegt der Hauptsinn ihrer Tätigkeit vor allem in der Anwendung ökonomischer Methoden, in der stärkeren Durchsetzung der in wirtschaftlicher Rechnungsführung liegenden Anreize und der Eigeninitiative des Betriebs.

Die Änderung der Struktur der Leitung, die Neuordnung der Planung entsprechen bestens den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen der sowjetischen Ökonomik. Manche westliche Beobachter und Kommentatoren sehen sich, sei es aus Übereile oder vorsätzlich, bemüßigt, auf eine Wandlung der Natur, des Charakters der sozialistischen sowjetischen Gesellschaftsordnung zu schließen. Den Hauptgehalt jeder Gesellschaftsordnung aber bildet doch das Verhältnis der Menschen zu den Produktionsmitteln. In der Sowjetunion aber bleibt das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln nach wie vor unangetastet. Die Formen und Methoden der Planung und der Leitung der Volkswirtschaft aber, die einen stürmischen Aufstieg erlebt, haben ein objektives Recht auf Dynamik.

Geht man der Sache auf den Grund, wird man bemerken, daß heute wie früher der Plan, der den Markt durch ein System von planmäßig festgesetzten Preisen und Lieferverträgen organisiert, das führende, entscheidende und bestimmende Glied in der sowjetischen Ökonomik ist. Der Markt hilft, die Verteilung der Arbeitskräfte und Produktionsmittel auf die einzelnen Zweige zu präzisieren und zu korrigieren, die Richtigkeit der Proportionen zwischen dem Ausstoß dieser oder jener Erzeugnisse und dem Bedarf der Bevölkerung zu ermitteln.

Somit existiert gar kein Konflikt zwischen der kommunistischen Ideologie und der gegenwärtigen sowjetischen ökonomischen Politik. Die Umgestaltungen im Wirtschaftsleben der Sowjetunion tragen, wie immer, auch diesmal einen ausgesprochen sozialistischen Charakter.

Anmerkungen Glossen Zuschriften

Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten zum Krieg in Vietnam

Am 13. Februar übertrug der Sender Freies Berlin im Ersten Programm des Deutschen Fernsehens eine „Fernseh-Pressekonferenz" aus den USA, in der sich die prominenten amerikanischen Professoren Hans Joachim Morgenthau und Henry Alfred Kissinger zu Fragen der amerikanischen Vietnam-Politik äußerten. Mit freundlicher Genehmigung des SFB veröffentlichen wir nachfolgend das Protokoll der Sendung.

D. Red.

Menzel:

Wir laden Sie wieder einmal ein, meine Damen und Herren, zu einer Fernseh-Pressekonferenz, die diesmal, aus Amerika kommend, ausschließlich einem Thema gelten soll: — Vietnam.

Für die Europäer ist dieser Krieg in Südostasien, der immer länger währt, der immer heftiger wird, ein ferner Krieg. Sie stehen abseits. Für die Amerikaner ist er sehr nahe, sie führen ihn, sie diskutieren über ihn. Die vietnamesische Debatte begann an den Hochschulen Amerikas, im Parlament hat sie erst jetzt begonnen. An den Universitäten des Landes war das amerikanische militärische Engagement zuerst umstritten. Wir wollen heute abend versuchen, das Für und Wider dieser leidenschaftlichen Auseinandersetzung wiederzugeben und haben zwei der bekanntesten Professoren des Landes eingeladen, deutschen Journalisten Rede und Antwort zu stehen, einen Gegner und einen Befürworter der gegenwärtigen Regierungspolitik in Washington.

Heute abend darf ich Ihnen in New York, sozusagen im oppositionellen Teil dieses Programms, zunächst Professor Hans Joachim Morgenthau vorstellen, den Direktor des Instituts für amerikanische Außen- und Militärpolitik an der Universität von Chikago.

Und nun die Journalisten: Herbert von Borch, Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in Washington, Frau Sabina Lietzmann, Korrespondentin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in New York, und Joachim Schwelien, Korrespondent der Stuttgarter Zeitung in Washington.

Professor Morgenthau, Sie werden entschuldigen, daß ich mich mit einer so kurzen Vorstellung begnügte, es würde vermutlich unsere Sendezeit füllen, Ihre Titel aufzuzählen, oder gar alle Ihre Bücher zu nennen, die Sie über politische Themen geschrieben haben.

Lassen Sie mich mit der ersten Frage beginnen:

Man hat den Eindruck, daß die Vietnam-Politik der amerikanischen Regierung von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird. In welchem Verhältnis dazu steht die intellektuelle Opposition?

Morgenthau:

Ich würde die Unterstützung durch die Bevölkerung eher negativ als positiv nennen, und zwar, weil sie keine Alternative zur Regierungspolitik findet. Es ist also keine begeisterte Unterstützung, ihr fehlt die Überzeugung, daß die Regierung recht hat. Die Bevölkerung sieht eben keine Alternative.

v. Borch:

Professor Morgenthau, Sie haben vor einem Jahr etwa in der New York Times kritisiert, daß die amerikanische Regierung Nord-Vietnam als Hauptfeind betrachtet, während es sich Ihrer Ansicht nach um einen Bürgerkrieg im Süden handelt. Würden Sie diese Ansicht heute noch vertreten, nachdem mehrere nord-vietnamesische Regimenter im Süden kämpfen?

Morgenthau:

Ich glaube nicht, jemals eine so simple Darstellung des Verhältnisses zwischen dem Vietkong und der Regierung von Hanoi gegeben zu haben, sondern ich sagte, daß die militärische Auseinandersetzung in Vietnam im Süden begann — als ureigene Rebellion großer Bevölkerungsteile gegen das Diem-Regime — und im weiteren Verlauf wurde sie dann in zunehmendem Maße von Hanoi unterstützt. Ich behaupte also nicht einfach, daß Hanoi mit der Situation im Süden nichts zu tun habe, sondern betone (wie schon vor einem Jahr) die Tatsache, daß die Ursache des Konflikts in der internen Situation des Südens zu suchen ist und nicht in einer Verschwörung zwischen Peking und Hanoi mit dem Ziel, im Süden einen Bürgerkrieg vom Zaun zu brechen.

Frau Lietzmann:

Herr Professor Morgenthau, ein Hauptargument für Johnsons Vietnam-Politik ist die sogenannte Domino-Theorie, die besagt, daß, wenn Vietnam fällt, alle anderen Staaten von Indien bis zur Küste des Pazifik auch an die Kommunisten fallen. Halten Sie diese Theorie von den Domino-Steinen für richtig oder für falsch?

Morgenthau:

Diese Theorie klingt wunderschön, doch wird sie leider von keinem einzigen histo-

rischen Beweis gestützt. Sie mutet an wie eine westliche Fassung der marxistischen Auffassung von der historischen Zwangsläufigkeit, wonach eine Nation nach der anderen unvermeidlich kommunistisch wird, bis schließlich die ganze Welt durch den Kommunismus errettet wird. Was immer in Indonesien geschieht, ist vollkommen unabhängig von der Entwicklung in Vietnam. Ob die Chinesen Tansania in Afrika weiter kommunistisch unterwandern oder nicht, hängt allein von den örtlichen Gegebenheiten ab und hat nichts mit dem Geschehen in Vietnam zu tun.

Ob es in Venezuela zu einer Eskalation des Partisanenkampfes bis zum regelrechten Bürgerkrieg kommt, wird wiederum von den dortigen Bedingungen bestimmt. Diese ganze Domino-Theorie ist also eine historisch unfundierte Literaten-Erfindung.

Schwelien:

Aber, Herr Professor, was halten Sie von der These Außenminister Rusks, daß ein Nichteinhalten der amerikanischen Verpflichtungen gegenüber Süd-Vietnam die Glaubwürdigkeit aller anderen amerikanischen Verpflichtungen, wie etwa in der NATO oder anderen Bündnissen erschüttern würde, und daß ein Rückzug einem zweiten München gleichkäme?

Morgenthau:

Ich glaube nicht an die schlichten historischen Analogien, mit denen der Außenminister hauptsächlich argumentiert. Meines Erachtens muß man jede geschichtliche Situation gesondert betrachten.

Sie haben die Verpflichtungen der Vereinigten Staaten erwähnt und die sind ja höchst unterschiedlicher Art. Da ist die NATO, die für die Vereinigten Staaten von lebenswichtigem Interesse ist und im Herzen Europas von sechs amerikanischen Divisionen unterstützt wird. Dann das Bündnis mit Pakistan, das praktisch aufgehoben wird durch das Bündnis, das Pakistan mit China eingegangen ist. Die Charta der Vereinten Nationen legt uns weitere genau bestimmte Verpflichtungen auf. Damit will ich sagen, daß die Verpflichtung, die ein Staat eingeht, nach den politischen Interessen zu bewerten ist. Es geht hier nicht um die Verläßlichkeit, sondern um die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, ihre Verpflichtung in Süd-Vietnam zu erfüllen. Das ist die Kernfrage, denn unsere anderen Verbündeten mögen es zwar begrüßen, daß die Vereinigten Staaten ihrer Verpflichtung in Süd-Vietnam nachkommen; sie könnten aber ebenso die Frage stellen, ob wir dabei noch unseren Verpflichtungen gegenüber Westdeutschland oder West-Berlin genügen könnten. Wir wissen doch schließlich, daß die Macht der Vereinigten Staaten, wie groß sie auch sein mag, begrenzt ist, daß wir nicht alle Verpflichtungen im gleichen Umfang erfüllen können, sondern sie nach dem Wichtigkeitsgrad auswählen müssen.

v. Borch:

Senator Fulbright hat kürzlich die Legitimität des amerikanischen Eingreifens in Vietnam bezweifelt. Nun gab es ja in der Tat in den Genfer Abmachungen von 1954 Süd-Vietnam als staatliche Einheit überhaupt nicht. Wie beurteilen Sie, Herr Professor, diese Frage der Legitimität?

Morgenthau:

Diese Frage erscheint mir nicht so wichtig. In der Praxis ist das Genfer Abkommen von 1954 doch nur ein Stück Papier und war es schon zu Beginn des Diem-Regimes, denn 1954 glaubte jeder, daß ganz Vietnam eher früher als später Ho Tschi Minh zufallen würde.

Die zeitweilige Grenzziehung zwischen Nord und Süd entlang des 17. Breitengrades — ein Zugeständnis der Gegenseite — könnte nicht verhindern, daß Süd-Vietnam schließlich vom Norden aufgesogen würde. Es kam anders.

Erstens: Weil Diem sich als Herrscher fähiger erwies als erwartet, und zweitens: weil er und wir das Abkommen von 1954 beispielsweise hinsichtlich der Wahlen, der Abwesenheit militärischen Personals usw. nicht einhielten.

v. Borch:

Nun berufen sich beide Seiten auf dieses Genfer Abkommen.

Morgenthau:

Dies ist ein altes Spiel. Denken Sie an die Worte Friedrichs des Großen: ‚Ich tue was

ich für richtig halte, und meine internationalen Advokaten sagen mir, wie es zu rechtfertigen ist.'

Frau Lietzmann:

Herr Professor, die Wiederaufnahme der Bombenangriffe auf Nord-Vietnam nach einer Pause von 37 Tagen ist hier vielfach als ein entscheidender Schritt betrachtet worden, und zwar von Gegnern und Fürsprechern der Regierungspolitik.

Sind Sie der Ansicht, daß Johnson mit der Wiederaufnahme der Luftangriffe den Rubikon überschritten hat, sozusagen?

Morgenthau:

Das glaube ich keineswegs. Sowohl die Bombenangriffe wie ihre Einstellung haben mehr symbolischen als realen Charakter. Für uns ist die Lage sehr schwierig, weil wir diesen Krieg mit den Truppen, die wir in Süd-Vietnam haben, nicht gewinnen können. Selbst wenn wir sie verdoppelten, könnten wir nur gewinnen, indem wir jeden töten, der auch nur Sympathien für den Vietkong hegt; das wäre reiner Völkermord. Da wir aber etwas tun müssen, scheint es das Einfachste und am wenigsten Riskante zu sein, sorgfältig ausgewählte Ziele im Norden zu bombardieren. Militärisch bedeutet das nichts und politisch kaum etwas. Ich halte es sozusagen für einen symbolischen Akt, der uns das Gefühl gibt, daß wir etwas tun müssen; ansonsten hat es kein Gewicht.

Frau Lietzmann:

Aber, Herr Professor, hat sich nicht gerade über dem Beginn der Luftangriffe vor einem Jahr die Protestbewegung im großen Stil erst entzündet?

Morgenthau:

Vor einem Jahr taten wir den sehr entscheidenden Schritt — und überquerten damit immerhin einen Seitenfluß des Rubikon —. Wir begannen — wenn Sie so wollen — einen Krieg, einen begrenzten Krieg mit Nord-Vietnam. Aber solange die Bombenangriffe das bisherige Ausmaß nicht überschreiten und sich auf die gleichen Ziele beschränken, sehe ich keine wesentliche Veränderung. Sorge bereitet mir dagegen, welches unser nächster Schritt sein wird, wenn wir erneut erkennen, daß Bombenangriffe weder politisch noch militärisch etwas ausrichten, und wir nicht endlos symbolische Akte vollbringen können, während wir in Vietnam festsitzen, Menschen und Material verlieren und auch unsere eigenen Reformen nicht vorantreiben können. Wir müssen entweder vor oder zurück, und das ist ein wirkliches Problem.

Schwelien:

Herr Professor, sind Sie der Überzeugung, daß eine Friedenskonferenz zustandekommen könnte, wenn sich die amerikanische Regierung bereitfindet, den Vietkong als gleichberechtigten selbständigen Verhandlungspartner zum Konferenztisch zuzulassen?

Morgenthau:

Das ist die Vorbedingung für eine Friedenskonferenz. Allerdings muß ich einer Äußerung des Außenministers beipflichten, wonach die Anerkennung des Vietkong als selbständiger Verhandlungspartner gleichbedeutend sei mit dem Aufgeben der Partie. Man gibt dann zu, daß der Vietkong zumindest eine wichtige politische Kraft im Süden darstellt. Unsere Rechtfertigung des Eingreifens in Süd-Vietnam geht aber davon aus, daß dort eine Fremdaggression stattfindet und daß es im Süden keine autonome Vietkong-Bewegung gibt. Wenn der Vietkong als Verhandlungspartner anerkannt wird, würde das Hauptargument fallen.

v. Borch:

Ja, in dem Zusammenhang: — glauben Sie, daß Verhandlungen ohne den Vietkong als selbständigen Verhandlungspartner möglich sind?

Morgenthau:

Absolut unmöglich. Dann würde die Gegenseite die Partie aufgeben. Hier liegt die wirkliche Schwierigkeit. Wir haben mit unseren Friedensoffensiven eben nichts erreicht, weil unsere Verhandlungsposition und die der Gegenseite unvereinbar sind.

v. Borch:

Im Zusammenhang mit der Frage des Vietkong:

Präsident Johnson hat kürzlich in sein Verhandlungsprogramm allgemeine Wah-

len aufgenommen. Wenn ich mich richtig erinnere, haben Sie einmal geschrieben, daß solche allgemeinen Wahlen in ganz Vietnam zu einem titoistischen Gesamt-Vietnam, nämlich einem unabhängigen Vietnam führen könnten.

Könnten Sie diese interessante These heute nochmal erläutern?

Morgenthau:

Ich war damals ebenso überzeugt wie heute, daß Ho Tschi Minh die Voraussetzungen besitzt, ein Tito Südostasiens zu werden. Ich bin heute auch überzeugt, daß ein titoistisches Regime in Vietnam die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten nicht beeinträchtigen würde. Schließlich macht uns ja der Nicht-Kommunist de Gaulle mehr zu schaffen als der Kommunist Tito. Diese ideologische Kategorisierung von Staatsmännern war vor 15 oder 20 Jahren berechtigt, als der internationale Kommunismus einen monolithischen Block darstellte; inzwischen ist sie völlig überholt und sogar schädlich. Denn dadurch, daß wir unsere Politik auf die Annahme gründen, Mao-Tse-Tung, Ho Tschi Minh und der Vietkong seien ein und dasselbe, sorgen wir gewissermaßen dafür, daß sich die Prophezeiung erfüllt.

Frau Lietzmann:

Herr Professor, ein bekannter General, General Gavin, der eine zeitlang amerikanischer Botschafter in Paris war, hat kürzlich die Meinung geäußert, daß Vietnam im ganzen militärisch nicht zu halten wäre, und hat vorgeschlagen, Küstenbastionen als Stützpunkte zu halten, als einzige militärisch haltbare Position. Ist das eine militärische Lösung, der Sie zustimmen würden?

Morgenthau:

Ich habe im Juni in einem Artikel des Milwaukee Journal dasselbe vorgeschlagen. Das derzeit Beste — glaube ich — wäre eine de-Facto-Teilung Süd-Vietnams. Dem Vietkong würde das Landesinnere zufallen, das er sowieso beherrscht und aus dem er mit den gegenwärtigen Kriegsmitteln nicht vertrieben werden kann. Wir würden die Städte und Küsten-Enklaven halten, die man uns wiederum mit militärischen Mitteln nicht entreißen kann. Dann müßte man abwarten, bis die Zeit reif ist für Verhandlungen.

Schwelien:

Herr Professor, wer bestimmt denn in dieser ganzen Auseinandersetzung eigentlich das Gesetz des Handelns, die Amerikaner, die Kommunisten? Haben die Amerikaner Aussicht, dort ein Kriegsziel zu erreichen? Gibt es ein Kriegsziel?

Morgenthau:

Eine sehr heikle Frage, die den Präsidenten oder den Außenminister womöglich noch mehr in Verlegenheit bringt als mich! Niemand vermag das wirklich abzusehen, und deshalb spricht der Mansfield-Bericht von einem Krieg mit offenem Ausgang. Es gibt keine Antwort auf die Fragen, was unser Sieg in Vietnam zu bedeuten hätte und was wir tun müssen, um diesen strittigen Sieg überhaupt zu erringen. Daher das Unbehagen der Vereinigten Staaten und die Tatsache, daß die Mehrheit der Bevölkerung dem Präsidenten folgt, jedoch ohne jegliche Überzeugung.

v. Borch:

Wenn es militärisch nicht möglich ist, Ziele zu erreichen, ist es dann diplomatisch möglich, und ist vielleicht die Tatsache, daß Lyndon Johnson seine Politik insofern geändert hat, als er jetzt die United Nations, die Vereinten Nationen eingeschaltet hat, ist das vielleicht eine Hoffnung? Glauben Sie, daß das durch die Berücksichtigung möglicher Initiativen der Neutralen vielleicht ein Ausweg sein würde?

Morgenthau:

Das wäre möglich unter der Voraussetzung, daß die Vereinten Nationen eine gewisse Übereinstimmung zwischen politischer Zielsetzung und militärischer Lage erreichen. Die gegenwärtige Lage ist nämlich so hoffnungslos, weil wir Unmögliches wünschen: das politische Ziel stimmt mit der jetzigen militärischen Lage auch bei der Gegenseite nicht überein. Jede Seite will am Konferenztisch einen Sieg erringen, der ihr auf dem Schlachtfeld versagt blieb. Folglich geht es nicht darum, ob die Vereinten Nationen oder die Teilnehmer der Genfer Konferenz zu verhandeln beginnen, sondern es geht um Inhalt und Sinn der Verhandlungen.

Frau Lietzmann:

Herr Professor, zugleich mit der Verstärkung des militärischen Vorgehens in Vietnam, hat Washington ja auch in letzter Zeit die Landbemühungen um Landreform und Hilfe für die Reisbauern stark gefördert. Glauben Sie, daß diese wirtschaftliche Stabilisierung, die Bemühung um Stabilisierung einen Einfluß auf die Entwicklungen haben und den Einfluß der Kommunisten zurückdämmen könnte?

Morgenthau:

Ich wünschte, ich könnte Ihre Frage positiv beantworten. Demselben Dilemma sahen sich die Franzosen in Algerien gegenüber. Man kann nicht mit der einen Hand Dörfer zerstören und Reisfelder abbrennen und mit der anderen die Lebensbedingungen der Bauern verbessern und sie für sich gewinnen. Dann wird die Sprache der Waffen die humanitären Absichten übertönen und übertrumpfen. Dieser innere Widerspruch vereitelt jeden Versuch, Bauern zur Mitarbeit zu bewegen. Hier versucht der weiße Mann die Segnungen westlicher Zivilisation zu vermitteln, aber es ist ein Grundelement der antikolonialen Revolution, daß man eher seine armselige Lebensweise beibehalten will, statt nach unserer Façon selig zu werden.

Menzel:

Meine Damen und Herren, unsere Zeit geht leider zu Ende; bevor im zweiten Teil dieser Sendung ein namhafter Befürworter des Regierungskurses zu Worte kommt, noch eine letzte Frage, Professor Morgenthau:

Sie haben hier als Vertreter der loyalen Opposition gewissermaßen theoretisiert, wie sieht es in der Praxis aus, hat die Eskalation in Vietnam ihren Einfluß verstärkt, oder beginnt die Minderheit zu resignieren?

Morgenthau:

Obwohl ich da kein objektiver Beobachter sein kann, möchte ich meinen, daß die Opposition in jüngster Zeit ihren Stand enorm verbessert hat, weil immer mehr Menschen die grundlegenden Schwächen der offiziellen Position erkennen. Als ich in der berühmten Fernsehdebatte mit McGeorge Bundy z. B. sagte, daß der Vietcong ein Verhandlungspartner werden muß, war dieser Standpunkt praktisch noch unbekannt. Jetzt bewegen sich schon Senator Fulbright und viele andere, auch der Präsident, ein bißchen in dieser Richtung. Die Opposition hat also nicht ohne Erfolg einen gesunden Einfluß ausgeübt, denn immer mehr bedeutende Leute innerhalb der Regierung übernehmen den Standpunkt der Opposition.

Menzel:

Vielen Dank, Professor Morgenthau.

Menzel:

Der zweite Teil unserer Fernseh-Pressekonferenz, meine Damen und Herren, kommt aus Boston aus den Studios der Westinghouse Broadcasting Company. Ein Professor der berühmten Harvard-Universität, Henry Kissinger, will nun nach dem Contra seines Kollegen Morgenthau für das Pro plädieren. Professor Kissinger gilt als Autorität in Verteidigungsfragen und ist gerade aus Vietnam zurückgekommen.

Herr Professor, darf ich mich zunächst sehr herzlich bedanken, daß Sie als gebürtiger Bayer unsere Fragen in Deutsch beantworten wollen. Und hier ist gleich die erste:

Wie ernst nehmen Sie die Opposition in Amerika gegen die Politik der Regierung in bezug auf Vietnam?

Kissinger:

Ich nehme die Opposition ernst, sehr viele Menschen — niemand will den Krieg; und ich kann sehr gut verstehen, daß sehr viele besorgte Menschen sich Gedanken darüber machen, ob unsere Vietnam-Politik vielleicht einen Krieg hervorrufen könnte. Die Fragen, die gestellt werden, sind wichtig, und müssen beantwortet werden. Aber ich glaube nicht, daß sie uns davon abhalten werden, die Politik durchzuführen.

v. Borch:

Professor Kissinger, in amtlichen Äußerungen in Washington ist man neuerdings etwas ungeduldig — gegenüber Europa. Es werden offensichtlich größere Opfer von Europa erwartet, es ist sogar angedeutet worden, daß europäische Truppen in Vietnam erwünscht seien.

Sind Sie auch so unzufrieden mit den Europäern, wie zum Beispiel der Secretary of State es zu sein scheint?

Kissinger:

Ich weiß nicht, wie unzufrieden der Secretary of State ist. Das ist ein Punkt, in dem ich mit der Regierung nicht übereinstimme. Ich halte es nicht für wünschenswert, daß europäische Truppen in Vietnam in Erscheinung treten, und ich würde es deshalb nicht befürworten. Was wir von Europa verlangen können, ist Verständnis und vielleicht eine größere Bereitschaft, in den Gebieten Opfer zu bringen, wo die europäischen und amerikanischen Interessen identisch sind. Ich halte es nicht für klug, auf unsere europäischen Bundesgenossen Druck auszuüben, Truppen nach Vietnam zu schicken.

Frau Lietzmann:

Herr Professor Kissinger, in Washington sind in letzter Zeit verschiedene Sachverständigenberichte veröffentlicht worden, aus denen sich allen mehr oder weniger eine Alternative ergibt, entweder Friedensverhandlungen in absehbarer Zeit oder aber ein Krieg auf lange Dauer. Glauben Sie, daß *ein fortgesetztes und sich steigerndes* militärisches Engagement in Vietnam fortführen läßt, ohne daß es zu einem Landkrieg mit China kommt? Früher oder später?

Kissinger:

Darf ich die zwei Fragen getrennt beantworten. Ob es zu *Friedensverhandlungen* kommt oder nicht, liegt nicht völlig auf unserer Seite. Ich glaube, daß wir unseren Friedenswillen genügend bewiesen haben und daß es keinen Zweifel darüber gibt, daß, wenn Nord-Vietnam bereit ist, in Verhandlungen einzutreten, die Vereinigten Staaten nicht ein Hindernis zu Verhandlungen sein werden.

Ob der Krieg länger dauert, liegt also in der Hauptsache nicht bei uns. Ob eine Wahrscheinlichkeit besteht, daß China in den Krieg eintreten wird, darüber gibt es natürlich geteilte Meinungen. Ich halte es für sehr unwahrscheinlich, daß China in den Krieg eintritt, wenn wir nicht mit Truppen in Nord-Vietnam eingreifen und — oder China selbst bedrohen. Der Nachschub für China in Süd-Vietnam wäre sehr kompliziert, die Fähigkeit, dort größere Truppenverbände einzusetzen, ist ziemlich begrenzt, und ich halte es für höchst unwahrscheinlich, daß China eine Konfrontation mit Amerika direkt herausfordern wird.

Schwelien:

Herr Professor, haben Sie nicht mittlerweile auch den Eindruck gewonnen, daß der eigentliche Gewinner in diesem Konflikt um Süd-Vietnam die Sowjetunion ist, deren internationale Stellung in der Welt sich laufend verbessert, je mehr die Vereinigten Staaten und China, wenn auch nur indirekt, dort in einem Machtkampf um Asien aneinandergeraten?

Kissinger:

In mancher Beziehung ist die Sowjetunion natürlich in einer guten Lage dadurch, daß die Vereinigten Staaten in Vietnam einen sehr großen Einsatz dort machen. Ob das die Weltstellung der Vereinigten Staaten vis-à-vis der Sowjetunion auf lange Sicht beeinträchtigt, wird darauf ankommen, wie der Krieg ausgeht. Wenn wir eine Niederlage erleiden, dann würde ich mit Ihnen übereinstimmen. Wenn wir mit einem ehrenhaften Frieden aus diesem Krieg herauskommen, dann glaube ich, daß auf lange Sicht gesehen, der Einsatz nicht das Resultat haben wird, von dem Sie sprachen.

v. Borch:

Ich möchte im Anschluß an die Frage von Herrn Schwelien das Problem aufwerfen, es gibt ja in jeder politischen, militärischen Operation die Clausewitz'sche Frage des *politischen Preises*. Und ist nicht der politische Preis zu hoch, der politische Preis nämlich der Bombardierung von Nord-Vietnam. Ich meine genau diesen Punkt der Bombardierung Nord-Vietnams, wenn man daran denkt, daß es diese Situation der Sowjetunion fast unmöglich macht, sich positiv in den Ost-West-Fragen zu verhalten. Ich denke da an die Abrüstung, ich denke aber auch an unsere eigene deutsche Wiedervereinigung, die Frage, die ja eigentlich diplomatisch völlig zum Stillstand gekommen ist.

Kissinger:

Man muß — in jeder politischen Frage kommt es darauf an, zu vergleichen, was die verschiedenen Preise sind, nichts ist kostenlos. Und der Preis einer amerikanischen Niederlage wäre meiner Ansicht nach größer als die anderen Preise, von denen wir sprachen. Nun, die bestimmten Punkte, die Sie erwähnten, ich glaube nicht, daß in der Wiedervereinigungsfrage sehr viel ge-

schah, ich habe nicht den Eindruck, daß da sehr viel geschah vor dem Vietnam-Krieg, und ich kann mir nicht vorstellen, daß, wenn der Vietnam-Krieg morgen beendet würde, daß die Sowjetunion bereiter sein würde, das Ulbricht-Regime aufzugeben oder größere Fortschritte zu machen. Das Verhältnis des Vietnam-Krieges zur Wiedervereinigung Deutschlands halte ich für sehr begrenzt.

Nun, die Bombardierung von Nord-Vietnam: Man muß hier auch wieder die verschiedenen Alternativen abwägen, die sich der Regierung konkret stellen. Natürlich bezahlen wir einen Preis für die Bombardierung Nord-Vietnams, auf der anderen Seite ist es psychologisch und politisch sehr schwierig, von amerikanischen Truppen zu verlangen, einen Krieg in Süd-Vietnam zu führen, wenn die Nachschublinien, um die die Bombardierung stattfindet, wenn die Nachschublinien nicht angegriffen werden. Man kann geteilter Meinung sein, ob es richtig war, diese Bombardierung anzufangen. Aber unter den jetzigen Umständen und mit den jetzigen Nachschub-Verhältnissen kann ich es sehr gut verstehen, daß sich die Regierung entschlossen hat, weiterzumachen. Ich würde nicht mit zustimmen, wenn die Zivilbevölkerung angegriffen würde.

v. Borch:

Also Sie ziehen die Grenzen, bevor man Hanoi oder Haifong bombardiert.

Kissinger:

Ja, — ja.

Frau Lietzmann:

Herr Professor, glauben Sie, daß sich die jetzige Entwicklung, daß sich der Krieg von einem asiatischen immer mehr in einen amerikanischen Krieg entwickelt hat, daß das eine logische Konsequenz war, die sich notwendig aus den amerikanischen Verpflichtungen gegenüber Vietnam von Anfang an entwickeln mußte?

Kissinger:

Nein, ich glaube, es wird mal ein Zeitpunkt kommen, obwohl ich diesen nicht für den richtigen halte, wo man sich die Frage stellen muß, wie es soweit kam. Ich glaube nicht, daß es logisch so weit kommen mußte, das Problem, das sich aber der Regierung stellt, jetzt stellt, ist, daß es soweit gekommen i s t. Und die Politik, die man jetzt machen muß, muß davon ausgehen, wo wir s i n d, nicht wo wir hätten sein können.

Schwelien:

Professor Kissinger, Sie sind doch ein international anerkannter Theoretiker der Atomkriegführung. Halten Sie es für möglich, daß man den Krieg in Vietnam durch den begrenzten Einsatz von Atomwaffen entscheiden und beenden kann, wobei unter Umständen die Verluste auf beiden Seiten geringer sein würden als bei einer langen Fortführung des jetzigen Kampfes mit konventionellen Mitteln?

Kissinger:

Ich wäre völlig dagegen, Atomwaffen in Vietnam einzusetzen, selbst wenn man den Krieg damit schneller beenden könnte. Ich halte es für moralisch und politisch unrichtig, in einem solchen Krieg Atomwaffen einzusetzen.

Schwelien:

Gibt es andere Kriege, in denen es moralisch und politisch angebracht ist, Atomwaffen einzusetzen?

Kissinger:

Das Problem der Atomwaffen ist immer ein sehr schwieriges moralisches Problem, ich glaube, wenn es eine nackte Aggression gegen fremde Länder, wenn es sich um eine nackte Aggression gegen fremde Länder handelt. Wenn die politische Lage weniger kompliziert ist und wenn keine anderen Möglichkeiten bestehen, und man dann zu Atomwaffen greifen kann. Aber in Vietnam glaube ich, daß wir unsere Ziele ohne Atomwaffen erreichen können, und die politische Lage ist komplizierter als das im Fall einer — sagen wir — wenn 50 russische Divisionen über die Elbe gehen würden, das wäre ein klarerer Fall.

v. Borch:

Professor Kissinger, wir erinnern uns ja alle noch, wie nach dem Zweiten Weltkrieg die Vereinigten Staaten einen Druck auf Holland und England ausgeübt hatten, ihre Kolonialreiche aufzulösen. Ist jetzt nicht Amerika unfreiwillig hineingeschliddert in

eine Rolle, die in den asiatischen Augen als neo-kolonial gelten muß? Nämlich als eine Rolle, die Frankreichs Erbe übernommen hat?

Kissinger:

In mancher Beziehung sind wir in den Augen mancher Asiaten in diese Rolle unfreiwillig hineingeschliddert. Auf der andern Seite ist es interessant, daß die asiatischen Länder, die am nächsten an Vietnam angrenzen, für unseren Einsatz dort sind. Ich denke an Thailand, Laos, Philippinen, Malaysia. Diese Länder sind dafür. Nun, die Frage, Ihre Frage, erwähnt einen der Preise, die wir bezahlen müssen. Der Unterschied zwischen unserem Einsatz und dem Frankreichs ist, Frankreich kämpfte, um dort bleiben zu können, während wir kämpfen, um herausgehen zu können.

v. Borch:

Das ist der entscheidende Unterschied. Es ist nur die Frage, ob Sie die Asiaten, inzwischen Gegner Amerikas, davon überzeugen, aber das kann ja nur die Entwicklung selbst zeigen.

Kissinger:

Das kann nur die Entwicklung selbst zeigen.

Frau Lietzmann:

Ja, in diesem Zusammenhang: Was halten Sie von der „Domino-Theorie", Herr Professor Kissinger, die von den Kritikern ja als nicht seriöses Argument abgelehnt wird.

Kissinger:

Sehen Sie, in allen politischen Fragen muß man Entscheidungen aufgrund von Theorien treffen, die man nicht beweisen kann, wenn sie aufgestellt werden. Weder ich noch meine Gegner können beweisen, daß es eine Domino-Theorie gibt. Ich halte es für höchst wahrscheinlich, daß, wenn Amerika jetzt in Vietnam eine Niederlage erleiden sollte, daß sicher Thailand, Laos, Kambodscha und Malaysia in eine pro-kommunistisch-neutralistische Richtung rutschen werden. Das halte ich aber noch nicht mal für das Entscheidendste. Was mir am größten Sorge macht, ist daß dann asiatische Länder wie Japan und Indien, die an sich nicht für unsern Einsatz in Vietnam sind, trotzdem zu der Überzeugung kommen werden, daß Amerika nicht in der Lage ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen und daß die Welle der Zukunft nicht auf der Seite auf jeden Fall Amerikas ist. Und wenn man bedenkt, daß Japan schon dreimal in den letzten hundert Jahren innerhalb von Wochen die politische Orientierung geändert hat, halte ich es für nicht unmöglich, daß das noch ein viertes Mal geschehen könnte. Und schließlich halte ich die Domino-Theorie für entscheidend in den interkommunistischen Beziehungen. Denn wenn wir jetzt dort von einem drittklassigen Agrarstaat besiegt werden, dann werden die Chinesen oder die chinesische Richtung auf der ganzen Welt behaupten können, daß wir ein „Paper-Tiger" sind, und daß diese aggressive Methode die einzig richtige ist, und das wird sich mit der Zeit auch auf Europa auswirken.

Schwelien:

Herr Professor, ist es nicht etwas widerspruchsvoll, daß Präsident Johnson gleichzeitig eine spektakuläre Friedensoffensive einleitet und fortsetzt, während er andererseits doch genau weiß, daß er den militärischen Einsatz in Vietnam fortgesetzt erhöhen muß. Wie beurteilen Sie diese Haltung?

Kissinger:

Nein, ich halte das nicht für widerspruchsvoll, ich halte das nach der Lage der Dinge für gegeben. Wir müssen gleichzeitig beweisen, daß wir bereit sind, Frieden zu machen, aber wir werden die andere Seite nicht dazu bringen, Frieden zu machen, wenn wir nicht auch beweisen, daß wir bereit sind, den Krieg weiterzuführen. Und es ist kompliziert, aber nicht — aber kein Widerspruch, daß man zur gleichen Zeit eine Friedensoffensive und eine Verstärkung der Truppen durchführen muß.

v. Borch:

Sie sprachen gerade von dem drittklassigen Agrarstaat. In Vietnam wird ja auf die Probe gestellt, ob eine hochgezüchtete große Industriemacht einen Krieg führen kann, der tief unter der Atomschwelle liegt. Ist es nicht in diesem Zusammenhang doch von einer gewissen militärischen Logik, wenn die Lehre von den Enklaven propagiert, daß sich Amerika an den Küstenpositionen festklammert und die verlustreichen Kriege im Innern vermeidet. Wie ist Ihre Einstellung zu dieser Erklärung?

Kissinger:

In mancher Beziehung ist das eine etwas theoretische Diskussion. Die amerikanischen Truppen sind jetzt im Augenblick und für die voraussehbare Zeit in Enklaven konzentriert, denn anders geht es ja gar nicht. Die einzige Frage ist, ob sie in diesen Enklaven bleiben sollen oder ob sie auch offensive Manöver unternehmen sollten. Ich halte es für unmöglich, einfach in diesen Enklaven zu sitzen, denn im Krieg mit den Vietcong hat sich immer gezeigt, daß, wenn die eine lange Zeit haben, ihren Nachschub zu organisieren und ihre Truppen zu trainieren, daß sie dann immer wieder zu größeren Angriffen übergehen. Aber der Unterschied ist hier nicht zwischen Enklaven oder Sich-ins-ganze-Land-verteilen, sondern ob man in den Enklaven sitzen soll oder ob man hin und wieder offensive Operationen unternehmen muß, und das halte ich in der Hauptsache für eine taktische Frage und nicht eine prinzipielle Frage.

Frau Lietzmann:

Glauben Sie, daß die Regierung das amerikanische Volk und den Kongreß ausreichend informiert hat über das, was in Vietnam vorgeht, über die Vorgeschichte und die Folgen?

Kissinger:

Es ist sehr schwierig, einen solchen komplizierten Krieg zu führen und gleichzeitig alles zu sagen, was gemacht wird. Ich muß aber sagen, einer der Punkte, in denen ich vielleicht mit der Regierung nicht ganz übereinstimme, ist die Methode, den Kongreß und die Öffentlichkeit zu informieren, und ich halte es für wichtig, daß in der nächsten Phase mehr und konsequenter in dieser Richtung gehandhabt wird.

Frau Lietzmann:

Darf ich noch etwas zusätzlich fragen: Würden Sie sich etwas von einer öffentlichen umfassenden Debatte im Kongreß versprechen, einer Vietnam-Debatte?

Kissinger:

Ich halte es für wichtig, daß diese Debatte mal stattfindet, denn wenn die Argumente für den Krieg in Vietnam gut sind, dann kann man sie der Öffentlichkeit mitteilen, und die Argumente, die die Gegner machen müssen, mit denen muß mal begegnet wer-

Erwin Fischer

Trennung von Staat und Kirche

Die Gefährdung der Religionsfreiheit in der Bundesrepublik.

Eine verfassungsrechtliche Untersuchung.

XIV, 352 Seiten, Leinen DM 22,50

Richard Schmid in der ZEIT am 26. 11. 1965:

„Das Buch enthält eine volle und verläßliche Übersicht über die staatsrechtliche Problematik, sowohl die der Grundsätze wie die der Konsequenzen, und es ist so klar und ohne gelehrte Prätention geschrieben, daß auch der Nichtjurist durchaus ins Bild kommt; was sehr wichtig ist, weil es doch vorwiegend Laien sein werden, die sich die Fäden dieses seltsamen Gewebes von Rechtssätzen, Glaubensdogmen, Sakramenten, Gefühlen, Traditionen, Machtansprüchen und wirtschaftlichen Interessen entwirren lassen wollen.

Erzbischof Dr. Konrad Gröber hat in einem mit Empfehlung des deutschen Gesamtepiskopats herausgegebenen ‚Handbuch der religiösen Gegenwartsfragen' die katholische Kirche ‚eine ihrem Wesen nach totale Gewalt' genannt. Dagegen ist solange nichts zu sagen, als diese ‚Gewalt' nicht auf vom Staat zu regelnde Dinge und auf Nichtmitglieder einzuwirken versucht.

Das ist der prinzipielle Kern des Trennungsproblems. Der Wert des Fischerschen Buches liegt aber nicht zum wenigsten in der Darstellung der konkreten Erscheinungen. Die Problematik der christlichen Bekenntnisschule und des Religionsunterrichts wird erörtert; die Einwirkung auf das Eherecht und das Strafrecht; ferner die Frage der Staatsleistungen an die Kirche und der schon in der Weimarer Verfassung angeordneten, nie zuwege gebrachten Ablösung dieser Leistungen.

Sehr lesenswert ist die Darlegung der Rechtsverhältnisse der theologischen Fakultäten an den staatlichen Universitäten. Bei dieser Gelegenheit erfährt man, daß auf Grund des bayerischen und des badischen Konkordats auch die Besetzung von Lehrstühlen der philosophischen Fakultäten in Freiburg, München und Würzburg an die Zustimmung der katholischen Kirche gebunden ist."

bei Szczesny

den. Ich halte es in einer Demokratie für unausweichlich, daß ein Krieg dieses Umfanges im Kongreß debattiert wird, und ich wäre sehr dafür.

Schwelien:

Herr Professor, da Sie gerade in Süd-Vietnam waren, gibt es eine wirklich stabile süd-vietnamesische Regierung, gibt es so etwas wie die Ansätze eines süd-vietnamesischen Nationalgefühls und kann ein unabhängiges freies Süd-Vietnam existieren, onne fortgesetzte Unterstützung durch die Vereinigten Staaten?

Kissinger:

Das sind alles die Kernfragen. Zur ersten Frage: Gibt es eine stabile süd-vietnamesische Regierung. Dazu muß ich ehrlich sagen: Nein, die gibt es nicht, die gibt es in keinem andern südostasiatischen Staat, und wenn man die Schwierigkeit, eine stabile Regierung in diesen Ländern überhaupt zu schaffen, noch durch einen Bürgerkrieg kompliziert, oder durch eine Kombination Bürgerkrieg und Aggression kompliziert, dann muß man sagen, es gibt keine. Die jetzige Regierung ist nicht stabil, die ist stabiler als irgendeine andere Regierung, die in den letzten drei Jahren existierte, und man sieht die Ansätze zur Stabilität, aber soweit ist es noch nicht.

Gibt es ein süd-vietnamesisches Nationalgefühl. — Das Nationalgefühl bezieht sich im allgemeinen auf ganz Vietnam, nicht auf Süd-Vietnam. Und soweit es ein süd-vietnamesisches Gefühl gibt, ist es antikommunistisch. Und das Problem ist, wie in vielen geteilten Ländern, ehe man einen Staat schaffen kann, wenn sich das Nationalgefühl auf das ganze Land erstreckt und nicht nur auf einen Teil davon.

Ist es möglich, daß ein solcher Staat ohne amerikanische Hilfe existieren kann. —

Daran müssen wir arbeiten, das ist jetzt noch das ungelöste Problem. Militärisch ist es im Augenblick nicht möglich. Wenn wir der militärischen Lage Herr werden, dann müssen wir es politisch soweit bringen, daß es ohne unsere Unterstützung, ohne Unterstützung außer wirtschaftlicher Unterstützung existieren kann, und wir versuchen alles, um das möglich zu machen. Ich kann das noch nicht bestimmt beantworten.

Menzel:

Meine Damen und Herren, unser Programm, auch der zweite Teil, nähert sich nun seinem Ende.

Eine letzte Frage, Herr Professor Kissinger, es ist mehr innenpolitischer Art. Präsident Johnson ist als ein innenpolitischer Präsident angetreten, er muß sich jetzt hauptsächlich mit außenpolitischen Problemen befassen. Seit der Eskalation in Vietnam. Glauben Sie, daß diese Entwicklung, diese außenpolitische Entwicklung sein ja sehr ehrgeiziges innenpolitisches Programm maßgebend beeinflussen wird?

Kissinger:

Ich glaube nicht, ich glaube, daß Präsident Johnson der Ansicht sein wird, daß er, um die innenpolitische Balance zu halten, sein innenpolitisches Programm weiterführen muß und daß er durch den wirtschaftlichen Aufschwung in der Lage ist, das auch für einige Zeit zu machen.

Menzel:

Wir bedanken uns bei Ihnen sehr herzlich, Herr Professor Kissinger.

Meine Damen und Herren, Sie sahen und hörten die Fernseh-Pressekonferenz. Sie kam diesmal aus Amerika zu Ihnen. Das Thema war Vietnam. Sie wurde in New York und in Boston aufgezeichnet. Und damit — Gute Nacht.

Über das Protestieren

Es gibt Veranstaltungen und Kundgebungen, die in die Irre führen, obwohl das in ihnen Kundgegebene wahr sein mag. Das ist dann der Fall, wenn diese unser Ohr verstopfen, uns nämlich so taub machen, daß wir unfähig werden, die noch wichtigeren Wahrheiten zu vernehmen und aufzufassen. Zuweilen ist solche Irreführung nicht nur der zufällige und bedauerliche Nebeneffekt der Kundgebungen von Wahrheiten, sondern deren beabsichtigter Haupteffekt. Daß man den Sieg der Wahrheit mit Hilfe kleinerer Wahrheiten sabotieren kann, das hat sich unter den Taktikern von heute längst schon herumgesprochen.

Vor einigen Tagen bin ich darum gebeten worden, meiner Empörung über den so-

wjetrussischen Prozeß gegen die Autoren Daniel und Sinjawski in einem Protest-Aufruf Ausdruck zu verleihen. Überflüssig zu betonen, daß auch ich der unmenschlichen und auch unmenschlich törichten Bestrafung der zwei Kollegen fassungslos gegenüberstehe. Trotzdem habe ich mich dem Protest nicht angeschlossen. Warum nicht?

Weil dieser Protest von dem wahren Skandal von heute: von dem amerikanischen Genocid in Vietnam ablenkt. Ob die Initiatoren des Protestes, die sich an mich wandten, darauf abgezielt hatten, das weiß ich nicht. In dubio pro reo. Aber es kommt nicht allein auf das Motiv eines Protestes an, sondern auch auf dessen wahrscheinlichen Effekt. Und der Effekt dieses Protestes wird wahrscheinlich darin bestehen, daß er von Vietnam ablenkt.

Etwas anderes wäre es, wenn ich seit dem Tage, an dem die Amerikaner ihren systematischen Genocid in Vietnam begannen, täglich die Gelegenheit gehabt hätte, von früh bis spät öffentlich zu protestieren. Hätte ich diese Chance gehabt, dann hätte ich mich vielleicht auch diesem Protest gegen Sowjetrußland anschließen dürfen, sogar anschließen müssen. Aber die Chance, gegen die Vietnampolitik zu protestieren, hatte ich bisher nur ein einziges mal. Und ein einziges mal gegen die tägliche und systematische und von Spezialisten durchgeführte Verwüstung und Folterung eines Volkes zu protestieren, und ein einziges mal gegen die Sowjetjustiz, weil diese zwei meiner Kollegen grausam abgeurteilt hat — das würde auf eine totale Verfälschung der heutigen Weltlage und auf eine totale Verzerrung aller moralischen Proportionen herauslaufen. Die Verunrechtung der zwei zu jahrelangem Arbeitslager Verurteilten ist furchtbar. Aber nicht annähernd so furchtbar wie die tägliche Ermordung von Abertausenden in Vietnam, denn die in der Sowjetunion Bestraften bleiben am Leben, es ist noch möglich, sie zu begnadigen oder zu rehabilitieren, während die Leichname in Vietnam nicht zum Leben zurückerweckt werden können und die Herstellung von Leichnamen systematisch und programmatisch weitergeht. Nichts wäre unfairer, nichts scheinheiliger als die Beteuerung, man müsse aus fairness gegen Unrecht auf beiden Seiten gleichermaßen protestieren. Klingt wunderschön. Und wäre völlig in der Ordnung, wenn es sich um gleiches Unrecht handeln würde. Wenn z. B. die Sowjetunion kontinuierlich Venezuela bebomben würde und mit Spezialtruppen die Bevölkerung Venezuelas foltern und umbringen ließe. Wovon glücklicherweise keine Rede sein kann. Umgekehrt wird der falsche Schein der Gleichheit allein dadurch produziert, daß man mit gleicher Vehemenz nach beiden Seiten hin protestiert.

Dazu kommt etwas Psychologisches. Seit dem Tage, an dem es uns klar wurde, daß mit dem systematischen Genocid in Vietnam zu rechnen sein würde, seit jenem Tage ist meine Empörungskraft so voll ‚besetzt', daß ich mich außerstande fühle, daneben noch Empörungen über andere sujets zu kultivieren. Womit ich aber nicht etwa meine Inferiorität anmelden und behaupten will, daß meine Empörungskraft geringer sei als die meiner Zeitgenossen, z. B. derer, die mich zur Teilnahme an ihrem Protest aufgefordert haben. Umgekehrt bin ich sogar überzeugt davon, daß dasjenige, was man mir als ‚schriftstellerische Begabung' zubilligt, eigentlich nichts anderes ist als eine Manifestation meiner Empörung; und daß ich heftiger, ausdauernder und geübter empört bin als die meisten. Trotzdem gebe ich es zu, oder richtiger: deshalb kann ich es mir leisten, zuzugeben, daß meine Empörungskraft nicht über unbegrenzte Reserven verfügt, daß sie nicht dazu ausreicht, um neben meiner täglichen Indignation über den Völkermord in Asien auch noch eine Sonder-Indignation über die unmenschliche Behandlung meiner zwei Kollegen in Sowjetrußland in Gang zu setzen. Womit ich nicht nur indirekt andeute, sondern ganz ausdrücklich erkläre: wer mir heute, da der Geruch von Napalm, verkohlten Feldern und brennendem Menschenfleisch die Welt verpestet, wer mir heute mit der Beteuerung kommt, daß er vor Empörung über die zwei verunrechteten Autoren in Rußland in Weißglut gerate, dem nehme ich diese Beteuerung nur mit der äußersten Skepsis ab. Den Zweien in Sowjetrußland ist schlimmes Unrecht angetan worden. Dieses Unrecht und die Möglichkeit der Wiederholung solchen Unrechts muß aus der Welt geschafft werden. Aber diese Forderung darf nur von denen ausgesprochen werden, die dieses Unrecht vor die Folie des tausendfach größeren Verbrechens stellen, das auch jetzt, da ich diese Zeilen schreibe, blutig und brandig gen Himmel stinkt.

Dr. Günther Anders, Wien

Militärhilfe für Saigon mit Soldatengesetz unvereinbar

Auffällig und unverständlich inmitten des Konglomerats von Nachrichten und Dementis über den Wunsch nach deutschen Hilfstruppen für Südvietnam war, daß — soweit ersichtlich — keine amtliche Stelle der Bundesrepublik Äußerungen zu der Rechtsfrage nach der Zulässigkeit solcher Truppenentsendungen abgegeben hat. Gedacht ist hier nicht an das völkerrechtliche Problem, sondern ganz schlicht an die Wehrverfassung.

Das Grundgesetz unterscheidet zunächst ganz klar zwischen Angriffskrieg, dessen Vorbereitung bereits verboten und verfassungswidrig ist (Art. 26 GG) und zwischen Verteidigung. Sogenannte militärische Polizeiaktionen gegenüber anderen Staaten sind dem Grundgesetz fremd, zumal deren Zulässigkeit keineswegs zu den allgemeinen Regeln des Völkerrechts gehört; nur diese sind aber immanenter Bestandteil des Bundesrechts. Folgerichtig stellt das Grundgesetz auch nur auf den Verteidigungsfall ab, dessen Eintritt in der Regel vom Bundestag festgestellt wird, dessen Erklärung nur dann durch den Bundespräsidenten mit Gegenzeichnung des Bundeskanzlers ersetzt werden darf, wenn dem Zusammentritt des Bundestages unüberwindliche Hindernisse — also nicht nur bloße Erschwerungen — entgegenstehen und Gefahr im Verzuge ist.

Der Bürgerkrieg in Vietnam ist keine Gefahr für den Bestand der Bundesrepublik. Niemand im Bundestag wird deshalb für die Feststellung des Verteidigungszustandes stimmen.

Für die Bundeswehr als solche und für den einzelnen Soldaten gibt es im Rechtsstaat keinen rechtsfreien Raum. Rechte und Pflichten des Soldaten ergeben sich in erster Linie aus dem Soldatengesetz vom 19. 3. 1956. „Soldat" ist der Wehrpflichtige und wer sich freiwillig zu einem Wehrdienstverhältnis verpflichtet (§ 1 Abs. 1). Grundpflicht des Soldaten ist es, treu zu dienen und „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes" tapfer zu verteidigen, also jedenfalls: zu verteidigen. Nicht „das Recht" als solches ist also zu verteidigen, denn was Recht ist, kann ja immerhin streitig sein. Dagegen kann konkret ermittelt werden, was Recht und Freiheit des deutschen Volkes zum Inhalt haben. Recht und Freiheit des deutschen Volkes sind durch die Bürgerkriegsereignisse in Vietnam nicht in Frage gestellt. Sie sind dort also auch nicht zu verteidigen. Damit gibt es für die Bundeswehr kein Recht, Truppeneinheiten nach Vietnam abzustellen, und damit entfällt für den einzelnen Soldaten auch die Pflicht, die ihm das Soldatengesetz auferlegt. Eine Entsendung deutscher Streitkräfte nach Vietnam wäre also verfassungswidrig und gesetzwidrig. Das gilt auch für Sanitätseinheiten, denn auch das sind Soldaten, und auch ihre Tätigkeit ist an die Voraussetzung der Verteidigung gebunden. Jede Verfassungswidrigkeit stört die demokratische Grundordnung, für die der Soldat durch sein gesamtes Verhalten einzutreten hat (§ 8 Soldatenges.). Deshalb würde Ungehorsam gegen eine solche Entsendung legaler Widerstand sein. Der Soldateneid, mit dem die soldatischen Pflichten bekräftigt werden (§§ 7 und 9 Soldatenges.), würde kraftlos. Befehlsverweigerung und Fahnenflucht wären nicht verfolgbar. Die politischen Konsequenzen für die deutsche Demokratie wären umwälzend. Das müßte man den Amerikanern sagen. Warum sagt man es ihnen nicht?

„Die schlichte Vernunft genügte damals wie heute, die Amerikaner davon zu überzeugen, daß es keineswegs in ihrem Interesse liege, sich in einen Streit zu verwickeln, der Europa in Blut tauche und durch den die Vereinigten Staaten gar keinen Schaden leiden konnten." So zu lesen bei Tocqueville, „Die Demokratie in Amerika", Band I Kap. 7. Man ersetze in diesem Satz „Europa" durch „Asien" und „die Amerikaner" durch „die Deutschen", und man weiß, was zu tun und was zu lassen ist.

Dr. jur. Wolfgang Wipprecht, Leonberg

Fernseh-Spalte

ALLSEITIG NEUTRAL?

„1965 hat der Vietnam-Krieg die Weltpolitik beherrscht." („Süddeutsche Zeitung", Silvesterausgabe). Man kann nicht gerade sagen, daß Vietnam für das Deutsche Fernsehen (ARD und ZDF) im vergangenen Jahr ein Tabu bedeutet hätte. Aber mit Ausnahme der Nachrichten wurde das Fernsehpublikum nur äußerst spärlich mit Informationen behelligt. Die wenigen Kurzberichte, die zumeist in den politischen Magazinsendungen auftauchten, waren kaum als neutral aufzufassen. Wie so vieles, steht auch der folgende Satz nicht immer auf dem Boden der Praxis: „Gebunden sind die leitenden Programmgestalter insbesondere an den Grundsatz der allseitigen Neutralität." (Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen 1965/66). Noch schlimmer aber ist der Mangel an echter Information. „Report" brachte beispielsweise am 2. August 1965 einen Bericht über den Alltag der Kämpfe in Vietnam. So jedenfalls bramarbasierte der Sprecher. Gezeigt wurde die Gefangennahme eines Mannes durch eine kombinierte amerikanisch-südvietnamesische Patrouille. Der Mann mußte zwanzig Stunden gefesselt am Mast eines Bootes verbringen. Was hinterher mit ihm geschah, erfuhr man nicht. Dafür dies: es sei ein „kapitaler Fang" gewesen, ein . . . Ja, was denn? Vielleicht der Führer einer winzigen Partisanengruppe. Aber das ist den Reportern ja egal. Vietkongs sind schließlich keine Menschen. Amerikanische Bombenangriffe auf die Bevölkerung wurden nicht gezeigt. Auch in den Nachrichten ist immer nur von „strategisch wichtigen Zielen" die Rede. Dazu meinte das „Spandauer Volksblatt" vom 20. 7. 65: „. . . die Manipulation der Sprache, in der wir einst selbst Meister waren, scheint erfolgreich zu sein . . ." Gerügt wird die Verschleierung des wahren Charakters dieser Bombardements. Gerügt wird auch das Verschweigen südvietnamesischer Konzentrationslager und des Terrorsystems des Generals Ky, dem jüngst sogar Präsident Johnson die Ehre gab. Es gibt bis heute keinen Bericht des Deutschen Fernsehens über diese Verhältnisse. Welcher deutsche Zeitungsleser oder Fernsehkonsument weiß, wenn er sich nicht in der ausländischen Presse informiert, welch einen Verbündeten sich die Amerikaner mit diesem General Ky eingehandelt haben? Aber auf dieses Nichtwissen gründet sich die Tatsache, daß eine politische Zwecklüge von moralisch nicht zu unterschätzender Wirkung sich hierzulande permanent halten kann: in Vietnam würde für „unsere Freiheit" gekämpft werden. Über die Dialektik des ARD-Nachrichtendienstes veröffentlichte die neue Zeitschrift „deutsches panorama" in ihren ersten beiden Ausgaben (Februar und März 1966) erschreckendes Material. Auf die Vietnam-Informationen bezogen heißt es da: „. . . daß unser heute mächtigstes und wichtigstes Nachrichtenmedium, die Tagesschau des Deutschen Fernsehens, sich wieder in ein Propaganda-Instrument verwandelt hat."

Einen ersten Blick hinter den Propagandavorhang gestattete eine Sendung des Deutschen Fernsehens aus New York. Hier wurden ein Gegner der nordamerikanischen Vietnam-Politik (Professor Hans J. Morgenthau) und ein Befürworter (Henry A. Kissinger) nach ihren Ansichten befragt. Das hohe Niveau dieses sachlichen Hearings ist zu rühmen, indessen konnte der Durchschnittskonsument vermutlich wenig damit anfangen. Grund: siehe oben.

Ein ausgesprochenes Vietnam-Tabu, nämlich die von den USA geforderte Beteiligung westdeutscher Streitkräfte am Vietnam-Krieg, verletzte endlich „Panorama" in der Sendung vom 28. 2. 1966. Joachim Fest wandte sich gegen die „panische Angst vor Meinungsverschiedenheiten" in der Bundesrepublik und eine festgefahrene „Politik des Vertuschens". Unmißverständlich wurde in diesem Bericht die amerikanische Forderung nach bundesdeutschen Einheiten den ewigen Dementis der Bundesregierung gegenübergestellt. Die Bundesrepublik habe, hieß es da, einen Kompromiß gefunden, der alle Möglichkeiten offen läßt. Das Lazarettschiff kann humanitäre Hilfe bedeuten, aber auch vormilitärische Unterstützung. Es war das erstemal, daß im Deutschen Fernsehen eine solche Vermutung ausgesprochen wurde. Wir erwarten nun aber keine Vermutungen mehr, sondern offene Aufklärung. E. H. Wahl

Bücher

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Thomas Hobbes, Leviathan oder Wesen, Form und Gewalt des kirchlichen und bürgerlichen Staates. In der Übersetzung von Dorothee Tidow. Mit einem Essay „Zum Verständnis des Werkes", einem biographischen Grundriß und einer Bibliographie, herausgegeben von Peter Cornelius Mayer-Tasch. Rowohlt Verlag, Reinbek, 314 S., kart. 4,80 DM (Rowohlts Klassiker der Literatur und Wissenschaft, Bd. 187—9/Philosophie der Neuzeit. Bd. 6).

Roger Garaudy, Gott ist tot. Eine Einführung in das System und die Methode Hegels. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 480 S., Ln. 32,— DM.

Josef Rudin, Fanatismus. Eine psychologische Analyse. Walter Verlag, Olten/Freiburg i. Br., 220 S. mit 4 Abb., Ln. 18,— DM.

Alfons Rosenberg, Praktiken des Satanismus. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Verlag Glock und Lutz, Nürnberg, 116 S., 5,80 DM.

Mathematik und Dichtung. Versuche zur Frage einer exakten Literaturwissenschaft. Herausgegeben von Helmut Kreuzer und Rul Gunzenhäuser. Nymphenburger Verlagshandlung, München, 352 S., mit zahlreichen Skizzen und Diagrammen, Paperback 17,80 DM (Sammlung „Dialog", Bd. 3).

Heinz-Dietrich Fischer, Die großen Zeitungen. Porträts der Weltpresse. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 306 S., kart. 3,80 DM (DTV Bd. 343). — Der Autor porträtiert u. a. die „Times" (London), die „Prawda" (Petersburg/Moskau), den „Corriere della Sera" (Mailand), „Le Monde" (Paris), „Berlinske Tidende" (Kopenhagen), „Svenska Dagbladet" (Stockholm) die „New York Times" und die deutschen Organe „Die Welt" und „Frankurter Allgemeine Zeitung". Im Anhang: Entwicklung der Durchschnittsauflagen in der Nachkriegszeit (1945 bis 1965).

Geschichte und Zeitgeschichte

Ulrich Steuerwald, Der amerikanische Weltkriegsroman 1919—1939. Francke Verlag, Bern, 90 S., br. 12,50 DM (Schweizer Anglistische Arbeiten, Bd. 55).

Edgar Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte eidgenössischer Außenpolitik. Zweite, vollkommen überarbeitete und stark erweiterte Auflage. Verlag Helbing & Lichtenhahn, Basel, Band I und II, zus. 820 S., Ln. 62,— DM.

Renate Riemeck, Moskau und der Vatikan. Zweiter Teil: Das Zarenreich, die Sowjetunion und die päpstliche Diplomatie. Stimme-Verlag, Frankfurt, 182 S., Paperback 9,80 DM (Reihe „antworten", Bd. 10). — Der vorliegende Teil der Untersuchung befaßt sich mit den wechselvollen Beziehungen des Vatikans zum zaristischen Rußland und den Bemühungen der Kurie um eine Einflußnahme auf die „russische Frage". Das Verhältnis der drei Päpste Pius XII., Johannes XXIII. und Paul VI. zum Osten wird abschließend dargestellt. Seit 1964 liegt vor Teil I: Der kirchliche West-Ost-Gegensatz und das alte Rußland (128 S., Paperback 8,80 DM, Reihe „antworten", Bd. 7).

Walther Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1887 bis 1934. Musterschmidt-Verlag, Göttingen, XVI, 397 S. mit Abb., Ln. 39,80 DM. — Die Dokumente aus dem Nachlaß, der sich im Familienbesitz befindet, sind erstmalig veröffentlicht. Außerdem wurden Unterlagen aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes und dem Bundesarchiv herangezogen.

Sigmund Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik. Mit einer Einführung von Karl Dietrich Bracher. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 148 S., Paperback 9,80 DM (Reihe „Politische Paperbacks"). — Das Manuskript zu dieser soziologischen Arbeit entstand 1932 und erschien im Spätherbst des gleichen Jahres unter dem Titel „Die politischen Parteien in Deutschland" im Verlag Junker und Dünnhaupt, Berlin. Die bis zum Januar 1933 ausgelieferten Exemplare verfielen größtenteils der Beschlagnahme, und das Buch gehörte bisher zu den Seltenheiten in den deutschen Bibliotheken. Prof. Bracher hat der Neuauflage neben dem Vorwort eine ergänzende Bibliographie beigegeben.

Beck und Goerdeler. Gemeinschaftsdokumente für den Frieden 1941—1944. Herausgegeben von Wilhelm Ritter von Schramm. Gotthold Müller Verlag, München, 285 S., Ln. 19,80 DM. — Als Paperback liegt im gleichen Verlag jetzt vor: Eberhard Zeller, Geist der Freiheit. Der 20. Juli. Fünfte, nochmals durchgesehene Auflage. 560 S., 14,80 DM.

Leopold Schwarzschild, Die Lunte am Pulverfaß. Aus dem „Neuen Tagebuch" 1933 bis 1940. Herausgegeben von Valerie Schwarzschild. Mit einem Vorwort von Kurt Sontheimer, Berlin, und einem erläuternden Anhang von Jens Plass. Christian Wegner Verlag, 450 S., Ln. 28,— DM.

Hermann Meyn, Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer nationalkonservativen Rechtspartei nach 1945. Droste Verlag, Düsseldorf, 172 S., Halbln. 28,— DM (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 29).

Aktuelle Themen

Hansjakob Stehle, Deutschlands Osten — Polens Westen? Fischer Verlag, Frankfurt, 167 S., kart. 2,80 DM (Fischer Bücherei/Bücher des Wissens/Bd. 709). — Neben dem vollständigen Manuskript hat Stehle das Echo zu seiner vieldiskutierten Fernsehsendung (sowohl aus der Bundesrepublik wie aus Polen) in einem sehr aufschlußreichen und lesenswerten Band zusammengestellt.

Fritz Sänger/Klaus Liepelt, Wahlhandbuch 1965. Redaktion: Konrad Schayer. Sammlung von Texten, Daten, Dokumenten zu Wahlrecht, Wahlkampf, Wahlergebnissen, Wahlkreisen. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, getr. Pag., 48,— DM (Veröffentlichungen des Institutes für angewandte Sozialwissenschaft, Bd. 5).

Die Verstaatlichung in Österreich. Herausgegeben von Prof. Dr. Wilhelm Weber, Universität Wien, unter Mitarbeit von Dr. Stephan Koren und Dr. Karl Socher. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 501 S., Ln. 78,— DM.

Peter Nau, Revanchismus Ja oder Nein? Röderberg-Verlag, Frankfurt, 48 S., br. 2,40 DM.

Rainer Barzel — Kronprinz im Zwielicht. Eine Dokumentation von Rolf Seeliger. Selbstverlag Rolf Seeliger (München 27, Holbeinstr. 22), 104 S., br. 3,40 DM (Dokumentenreihe).

Ist die Demokratie bedroht?

Podiumsdiskussion

Mannheim, Mozartsaal,
18. März, 20 Uhr
Eintritt DM 1,50,
Rentner und Studenten DM 1,—
Politisches Strafrecht — Gefährdung der Presse- und Meinungsfreiheit — Notstandsgesetze — KPD-Verbot

Es diskutieren: Dr. jur. Walter Ammann, Heidelberg — Lutz Lehmann, Journalist, freier Mitarbeiter der Fernsehsendung Panorama, Berlin — Prof. Dr. Helmut Ridder, Professor für Öffentliches Recht, Gießen — Hans Schweitzer, Bezirksleiter der IG Chemie · Papier · Keramik, Bezirk Rheinland-Pfalz · Saarland, Mainz
Leitung: Hans Heinz Holz, Publizist, Zürich

Es laden ein: Dr. jur. Walther Ammann, Heidelberg Hans Bleibinhaus, Dipl.-Volkswirt, wissenschaftlicher Assistent an der WH, Mannheim — Rita Bosukoff, Opernsängerin — Dr. Günter Dickschat, Apotheker — Fritz Dühse, Schauspieler — Siegfried Einstein, Schriftsteller — Waldemar Epple, stellvertretender Vorsitzender des Künstlerbundes Rhein-Neckar — Dr. Siegfried Fackert, Chefarzt am Städt. Krankenhaus in Mannheim — Dr. Friedrich Ferber, Chemiker — Dr. Helmut Freitag, Sozialgerichtsrat — Uwe Greiner, SDS-Landesvorsitzender Baden-Württemberg — Dr. Gerda Hajek-Simons, Professorin und Seminarleiterin i. R. — Prof. Dr. Walter Hertz, Dozent, Stadtrat — Dr. Otto E. Hoffmann, Rechtsanwalt — Franz Holzhauer, Gewerkschaftssekretär — Fritz Karg, Gewerkschaftssekretär — Heinz Kohl, Zahnarzt — Wolfgang Kögler, Gerichtsreferendar — Gerhard Lambrecht, Vorstandsmitglied der Humanistischen Union, Ortsverband Heidelberg, Ludwigshafen, Mannheim — Hans Lipski, 1. Vorsitzender der liberalen Studentengruppe des LSD an der WH, Mannheim — Herbert Lucy, Betriebsratsvorsitzender, Stadtrat — Mathias Mantz, Dipl.-Volkswirt, wissenschaftlicher Assistent an der WH, Mannheim — Dr. Achim Mechler, Arzt — Dr. Otto Rack, Arzt — Maria Redlich, Wohlfahrtspflegerin — Richard Retzlaff, Diplom-Ingenieur — Paul Schmutz, Gewerkschaftssekretär, Stadtrat — Hans Georg Schönwälder, Vorsitzender des gewerkschaftlichen Arbeitskreises der Studenten (GAST), Mannheim — Dr. Hannelies Schulte, Religionslehrerin — Walter Spagerer, 1. Bevollmächtigter der IG Metall, Mannheim — Eugen Straub, Schlossermeister — Ulrich Stroheker, Techniker, Vorsitzender des DGB-Angestellten-Ausschusses Mannheim, Betriebsrat — Rudolf Theuring, Studienrat — Rolf Thüringer, Vorstandsmitglied der Humanistischen Union, Ortsverband Heidelberg, Ludwigshafen, Mannheim — Helmut Thinius, 2. Vorsitzender des GAST, Mannheim — Dr. Hermann Vetter, wissenschaftlicher Assistent an der WH in Mannheim — Dr. Hans E. Walter, Rechtsanwalt — Wolfgang Weber, Gewerkschaftssekretär — Kurt Wolf, Lehrer — Dr. Dietrich Ziegler, Facharzt.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Neue Vorschläge an die Genfer Abrüstungskonferenz

Seit dem 27. Januar tagt in Genf nach längerer Unterbrechung (und wiederum in Abwesenheit des französischen Vertreters) der 18-Staaten-Abrüstungsausschuß, dem Direktiven der UN-Vollversammlung vorliegen (vgl. „Blätter", Heft 1/1966, S. 82 ff.). Drei Dokumente erregten besonderes Interesse: Am Tage der Eröffnung richtete der amerikanische Präsident Johnson eine Botschaft an die Delegationen, in der er sieben Punkte für die kommenden Diskussionen formulierte. Der sowjetische Ministerpräsident Kossygin schlug in einem Brief vor, in den Entwurf eines Vertrages für die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen besondere Bestimmungen über ein Verbot der Anwendung solcher Waffen gegen „nichtnukleare Länder" aufzunehmen. Eine in Genf weilende DDR-Beobachterdelegation unter Leitung des stellvertretenden Außenministers Stibi übermittelte der Konferenz Vorschläge zur Abrüstung in Deutschland.

Sieben-Punkte-Programm des Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 27. Januar 1966

Die Verhinderung eines Krieges, insbesondere eines mit Kernwaffen geführten Krieges, ist die wichtigste und gemeinsame Aufgabe der Menschheit. Mein Land hat sich diese Aufgabe zu eigen gemacht. Das Ziel, die modernen nuklearen Vernichtungsmittel unter Kontrolle zu stellen, zu vermindern und schließlich völlig abzuschaffen, ist ein wichtiger Teil unserer Politik. Unser Interesse und das der gesamten Menschheit ist es, jetzt zu handeln, um die weitere Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern, das nukleare Wettrüsten zu stoppen und die Kernwaffenvorräte abzubauen. Aus diesem Grunde müssen wir unsere Arbeit in Genf beschleunigen. Tatsächlich wird unsere Konferenz von der anhaltenden Aggression gegen Volk und Regierung in Südvietnam beeinflußt. Unter den Konferenzteilnehmern gibt es Differenzen bezüglich Vietnam, aber diese Differenzen erfordern noch dringender unser gemeinsames Interesse an der Verhinderung der weiteren Ausbreitung von Kernwaffen und an der Einstellung des atomaren Wettrüstens. Während unser Land der Aggression in Südostasien den nötigen Widerstand entgegensetzt, muß es weiter jeden nur denkbaren Weg zu einem dauerhaften Frieden, sowohl in Vietnam, als auch sonst in der Welt suchen. Es gibt kein wichtigeres Ziel, das dieser Anspannung wert wäre, als die Abrüstung, um die sich diese Konferenz bemühen muß.

Ich habe die amerikanische Delegation beauftragt, der Konferenz folgendes Sieben-Punkte-Programm vorzulegen:

1. Ein Vertrag über die Nichtweitergabe von Kernwaffen sollte angestrebt werden, der entsprechend der Empfehlung der UN-Vollversammlung „jede Möglichkeit ausschließen sollte, die es den Atommächten oder Nichtatommächten erlauben würde, Kernwaffen in irgendeiner Form, direkt oder indirekt, weiter zu verbreiten". Wir sind bereit, einen Vertrag zu unterzeichnen, der in gleicher Weise auf Atommächte und Nichtatommächte Anwendung finden sollte. Wir sind auch zur Zusammenarbeit mit anderen Staaten bereit, um zu verhindern, daß eine Nichtatommacht eigene Kernwaffen oder die Verfügungsgewalt über solche Waffen erlangt oder die Möglichkeit erhält, eigene Kernwaffen zu zünden oder Unterstützung bei der Produktion und Erprobung solcher Waffen in Anspruch zu nehmen. Wir stimmen dem Grundsatz zu, daß dies weder direkt noch indirekt, weder durch dritte Länder oder Ländergruppen, noch durch die Einschaltung eines Militärbündnisses geschehen darf.

2. Durch den Abschluß eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und mittels zusätzlicher Maßnahmen müssen wir außerdem sicherstellen, daß die Sicherheitsbestimmungen der Internationalen Atomenergiebehörde (International Atomic Energy Agency = IAEA) oder ähnliche Bestimmungen auf die nuklearen Forschungen zu friedlichen Zwecken Anwendung finden. Deshalb befürworten wir eine Vereinbarung, die jede Übergabe spaltbaren Materials oder nuklearer Einrichtungen für friedliche

Zwecke an Nichtatommächte den Sicherheitsbestimmungen der IAEA oder gleichwertigen internationalen Garantien unterwirft. Parallel dazu sollten die wichtigsten Atommächte diese von ihnen für andere Staaten empfohlenen Sicherheitsbestimmungen nach und nach auch auf sich selbst anwenden.

Verantwortliche Mitglieder der beiden Häuser des amerikanischen Kongresses haben vor einiger Zeit Entschließungen eingebracht, die sich auf Maßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Verbreitung von Kernwaffen beziehen. Diese Entschließungen zeigen die Bedeutung, die das amerikanische Volk diesen Maßnahmen beimißt, und sie zeigen auch die Rolle, die internationalen Sicherheitsbestimmungen zukommen sollte. Ich teile diese Ansichten ganz und gar.

3. Wir sollten eine Stärkung der Vereinten Nationen und anderer weltweiter Sicherheitsorganisationen anstreben, um die auf Kernwaffen verzichtenden Staaten von einer Teilnahme am nuklearen Wettrüsten abzuhalten. Die Staaten, die den nuklearen Weg nicht beschreiten, können sicher sein, daß sie unsere wirksame Unterstützung gegen die Gefahr nuklearer Erpressung besitzen.

4. Mein Land ist nach wie vor der Ansicht, daß die Gefahr der Weiterverbreitung von Kernwaffen durch die Ausdehnung des Vertrages über die teilweise Einstellung der Nuklearversuche auch auf unterirdische Tests wesentlich verringert werden könnte. Die Vereinigten Staaten fordern für diese Ausdehnung des Vertrages nur eine solche Anzahl und Art von Inspektionen, wie sie nach Ansicht der modernen Wissenschaft notwendig sind, um die genaue Einhaltung der Vertragsbestimmungen zu gewährleisten. Wir appellieren an alle Staaten, die tatsächlich an einem solchen Versuchsverbot interessiert sind, der Konferenz jede von ihnen veranlaßte Weiterentwicklung des Instrumentariums zur Feststellung und Identifizierung seismischer Vorgänge zur Kenntnis zu geben.

5. Wir sollten uns darüber verständigen, die Kernbrennstoffe in den Kernwaffenarsenalen nicht zu vermehren, sondern zu vermindern. Die USA befürworten nach wie vor einen kontrollierten Vertrag über den Produktionsstopp von spaltbarem Material für militärische Zwecke. Weiter drängen wir darauf, daß gleichzeitig mit einem solchen Produktionsstopp größere Mengen spaltbaren Materials unter internationaler Aufsicht friedlichen Zwecken zugeführt werden. Außerdem sind wir für eine öffentliche Zerstörung tausender amerikanischer und sowjetischer Kernwaffen, um dadurch spaltbares Material zu gewinnen. Wir haben uns weiter dazu bereit erklärt, wenn eine Einigung über einen Produktionsstopp von spaltbarem Material für militärische Zwecke jetzt nicht zustandekommt, einer schrittweisen Verminderung dieser Produktion adäquater Anlagen auf der Basis Fabrik gegen Fabrik unter für alle Beteiligten geltenden wirksamen Inspektionen zuzustimmen.

6. Wir sollten unsere Aufmerksamkeit den modernen weittragenden und mit großen Geschwindigkeiten ausgestatteten Trägern der nuklearen Vernichtung schenken. Das wäre ein weiterer Schritt zur Verminderung der Drohungen und Lasten der Kernwaffen. Ich bin dringend für eine weitere Diskussion und Prüfung der Voraussetzungen und Bestimmungen, die es den Beteiligten ermöglichen würde, den von mir im Jahre 1964 unterbreiteten Vorschlag anzunehmen, der das Einfrieren solcher offensiven und defensiven strategischen Bomber und Raketen vorsah, die als Kernwaffenträger dienen könnten. Die Vereinigten Staaten sind bereit, die Möglichkeit bedeutsamer Verringerungen in der Zahl der Trägerwaffen zu erwägen, um einen Fortschritt zu erzielen. Zur Erleichterung eines Übereinkommens sollten wir jetzt damit beginnen, Übereinstimmung in unseren Auffassungen zu den in diesen beiden Vorschlägen enthaltenen Problemen zu erreichen.

7. Obwohl wir unsere Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die nuklearen Waffen richten, dürfen wir nicht außer acht lassen, daß überall in der Welt Resourcen für konventionelles Wettrüsten Verwendung finden. Diese Mittel könnten besser dazu benutzt werden, die Hungernden zu speisen, die Kranken zu heilen und die Unwissenden zu lehren. Von den für die Beschaffung und den Unterhalt einer Staffel von Überschallflugzeugen erforderlichen Mitteln könnte eine Universität gebaut und unterhalten werden. Wir schlagen daher vor, daß auf regionaler Basis Mittel und Wege geprüft werden sollten, um den Wettlauf nach teuren Waffen, die oft nur um des Prestiges willen beschafft werden, einzudämmen. Die Initiative zu derartigen Schritten müßte selbstverständlich von den betroffenen Regionen selbst ausgehen. Die interessierten Staaten sollten die Verpflichtung ein-

gehen, die zu ächtenden militärischen Ausrüstungen weder aus eigener Produktion noch durch Import zu erwerben. Falls derartige Vereinbarungen getroffen werden und die Garantie ihrer Einhaltung gegeben ist, sind die USA bereit, sie zu respektieren.

Jede der genannten Maßnahmen wäre ein Beitrag zur Verringerung der Gefahr und der Schrecken des Krieges und würde uns einen Schritt in Richtung auf unser Endziel, die allgemeine und vollständige Abrüstung, weiterbringen. Jede der Maßnahmen läßt sich mit dem Willen aller Staaten durchführen. Der Vertrag über die teilweise Einstellung der Nuklearversuche hat ein Licht der Hoffnung in das Dunkel gebracht. Dieser Lichtschein, sofern wir ihm folgen, weist den Weg in eine hellere Zukunft. Wir müssen schnellen Schrittes auf sie zugehen, solange uns die Zeit noch bleibt.

Botschaft des Ministerpräsidenten der UdSSR vom 1. Februar 1966

Im Namen der Sowjetregierung übermittle ich dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß anläßlich der Wiederaufnahme seiner Arbeit Grüße und wünsche ihm Erfolg.

Auf Initiative W. I. Lenins hatte die Sowjetunion vor über 40 Jahren als aktuelle internationale Aufgabe die Verwirklichung einer allgemeinen Abrüstung gestellt, damit der Friede und die Völkerfreundschaft gesichert werden. Dem Leninschen Vermächtnis treu, unterbreitete die Sowjetregierung dem Ausschuß ein konkretes Programm der allgemeinen und totalen Abrüstung, das die restlose Beseitigung der Streitkräfte und Rüstungen vorsah.

Die UdSSR war Initiator des Beschlusses der UNO-Vollversammlung über das wirtschaftliche Abrüstungsprogramm, das in historisch kurzer Zeit den Wohlstand aller Völker der Erde erhöhen und den durch Verschulden des Kolonialismus zurückgebliebenen Ländern und Völkern ermöglichen würde, ihre wirtschaftliche Rückständigkeit zu überwinden und auf den Stand der modernen Zivilisation zu kommen. Dieses großangelegte Abrüstungsprogramm bleibt auch heute unser Programm, und wir sind überzeugt, daß es im Kampf gegen die Kräfte des Militarismus und der Aggression für eine immer größere Zahl von Menschen, denen Frieden und Fortschritt wirklich am Herzen liegen, zum Banner werden wird.

Leider ist es dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß in der Zeit seines Bestehens nicht gelungen, beachtliche Ergebnisse zu erzielen.

Die Mitgliedsstaaten des militärisch-politischen Blocks der NATO, die an der Arbeit des Ausschusses teilnehmen, machten es diesem nicht möglich, Fortschritte zu erzielen. Das darf aber den Staaten, die wirklich nach Abrüstung streben, die Entschlossenheit nicht nehmen, dieses Ziel zu verfolgen, ihren Kampf sowohl für die allgemeine und vollständige Abrüstung als auch für die Verwirklichung von Teilmaßnahmen fortzusetzen, die den Weg zur Abrüstung freilegen würden.

Die Sowjetregierung möchte die Aufmerksamkeit der Ausschußmitglieder erneut auf die schweren Prüfungen lenken, vor die sich die Welt zur Zeit gestellt sieht. Schon seit langer Zeit lodern in Vietnam, dessen freiheitsliebendes Volk Opfer einer imperialistischen Intervention geworden ist, die auch benachbarte Länder bedroht, die Flammen eines Krieges. Die Aggression in Vietnam ist eine Aggression gegen alle Länder und Völker, die ihre Freiheit und Unabhängigkeit, ihr souveränes Recht verteidigen, das Leben nach eigenem Wunsch, ohne jede Einmischung von außen aufzubauen.

Die Politik der bewaffneten Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder und Völker ist unvereinbar mit den Ideen des Friedens und der Abrüstung. Der Militarismus benutzt für Vernichtungszwecke, was dem Fortschritt der Menschheit dienen könnte, und zerstört die Früchte der Arbeit von Millionen Menschen.

Die Sowjetunion, die konsequent eine Politik zur Festigung des Friedens und zur Erreichung der Abrüstung durchführt, ist auch diesmal in den 18-Staaten-Ausschuß mit einem konkreten Programm von Maßnahmen zur Befreiung der heutigen und der kommenden Generationen von den Rüstungslasten gekommen.

Im Vordergrund der Tätigkeit des 18-Staaten-Ausschusses steht jetzt die Aufgabe, einen Komplex von Maßnahmen zur atomaren Abrüstung zu verwirklichen.

Die Sowjetregierung beharrt darauf, daß ohne Aufschub ein Vertrag über die Nichtweitergabe von Kernwaffen abgeschlossen wird. Wenn der Verbreitung von Kernwaffen über die Welt keine Schranken gesetzt werden, so wird die Gefahr eines Kernkrieges auf ein vielfaches anwachsen. Indessen sind Pläne einer solchen Verbreitung vorhanden, obwohl sie mit Phrasen von Friedensliebe getarnt sind. Diese Pläne sehen vor, daß zu Kernbomben die Militaristen und Revanchisten der Bundesrepublik Deutschland Zugang erhalten, die offen als Hauptziel ihrer Politik eine Revision der bestehenden Grenzen in Europa und die Besetzung fremden Territoriums proklamieren. Die Völker, besonders die Völker Europas, kennen allzu gut die abenteuerliche Natur des deutschen Militarismus, um sich mit diesen gefährlichen Plänen abzufinden.

Der von der Sowjetunion im Ausschuß eingebrachte Entwurf eines Vertrags über die Nichtweitergabe von Kernwaffen ist einzig von dem Bestreben durchdrungen, alle Wege für die weitere Verbreitung von Kernwaffen zu sperren.

Er steht in vollem Einklang mit der Vollversammlungsresolution, die den Willen der Völker zum Ausdruck gebracht hat. Um eine Einigung über den Abschluß eines Vertrags zu erleichtern, erklärt sich die Sowjetregierung einverstanden, daß in den Vertragsentwurf ein Artikel über das Verbot der Anwendung von Atomwaffen gegen nichtatomare Teilnehmerstaaten des Vertrags, auf deren Territorium keine Atomwaffen vorhanden sind, aufgenommen wird.

Die Sowjetregierung unterstützt voll und ganz die Vorschläge der Volksrepublik Polen zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und zum Einfrieren der Atomrüstungen in diesem Raum wie auch die Vorschläge zur Schaffung von atomwaffenfreien Zonen in anderen Räumen der Erde. Sie ist bereit, die Verpflichtung zu übernehmen, daß sie den Status der zu bildenden atomwaffenfreien Zonen achten wird, falls auch die anderen Atommächte ebensolche Verpflichtungen eingehen.

Bald jährt sich zum dritten Male der Tag, an dem der internationale Vertrag über das Verbot der Kernwaffenexperimente in der Atmosphäre, im Kosmos und unter Wasser unterzeichnet wurde. Die Sowjetregierung erklärt sich bereit, unverzüglich das Verbot auch der unterirdischen Kernwaffentests zu vereinbaren, wobei nationale Detektionsmittel zur Kontrolle über ein solches Verbot verwendet werden.

Es ist an der Zeit, auch den Kernwaffeneinsatz zu ächten. Die Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen nahm eine solche Entschließung schon vor einigen Jahren an, als sie den Kernwaffeneinsatz als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilte und zum Abschluß einer speziellen Konvention aufforderte. Die Sowjetunion ist bereit, sofort die Verpflichtung zu übernehmen, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, wenn dasselbe auch die anderen Kernmächte tun.

Die gegenwärtige Situation in der Welt verlangt gebieterisch, daß auch die Frage der Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte und des Abzugs der ausländischen Truppen aus fremden Gebieten gelöst werde. Die gegenwärtige Entwicklung in der Welt zeigt überzeugend, daß die ausländischen Militärstützpunkte und die ausländischen Truppen in fremden Gebieten eine ernste Gefahr für den allgemeinen Frieden bilden. Diese Stützpunkte, auf denen in der Regel Atomwaffen stationiert sind, erhöhen gewaltig die Gefahr eines Atomkrieges. Die Schaffung dieser Stützpunkte und die Anwesenheit ausländischer Truppen auf fremdem Boden sind unlöslich verbunden mit der Vorbereitung und der Verwirklichung von Kriegsabenteuern, mit der Unterdrückung nationaler Befreiungsbewegungen, mit Versuchen, die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker abzuwürgen. Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß der 18-Staaten-Ausschuß die Frage der völligen Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte und des Abzugs der Truppen aus fremden Gebieten erörtern muß, um den Frieden vor diesen Herden des Krieges, des Kolonialismus und der Aggression zu sichern.

Um in der Tat mit der Gefahr eines Kernkrieges, mit dem nuklearen Rüstungswettlauf Schluß zu machen, schlägt die Sowjetregierung den Kernmächten vor, die sofortige Ver-

wirklichung eines Programms der Atomabrüstung in Erwägung zu ziehen. Eine solche Abrüstung muß die Vernichtung aller Kernwaffenbestände der Staaten unter entsprechender internationaler Kontrolle, das Verbot der Atomwaffenproduktion, die restlose Vernichtung aller Kernwaffenträger und das Verbot ihrer Produktion sowie die Auflösung der Militärstützpunkte auf fremdem Boden vorsehen. Allein ein solcher Schritt und nicht die Entfernung einiger Atom- und H-Bomben aus den von den Staaten angehäuften riesigen Beständen kann die Völker von der Gefahr eines Kernkrieges erlösen.

Wir müssen in Betracht ziehen, daß sich die tönenden Worte gewisser Regierungen über Abrüstung mit dem politischen Kurs, den sie in Wirklichkeit steuern, schlecht oder gar nicht reimen. Diese Regierungen reden von Abrüstung und erhöhen zugleich die Militärbudgets, schüren die Kriegspsychose und schaffen in der Welt eine Atmosphäre zunehmender internationaler Spannung. Die Sowjetregierung ist der Auffassung, daß eine wichtige Aufgabe des Abrüstungsausschusses darin bestehen muß, effektive Maßnahmen auszuarbeiten, die zur Reduzierung der Militärbudgets der Staaten führen und in Kombination mit anderen gleichgearteten Maßnahmen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den Ländern beitragen würden.

Die Sowjetregierung unterbreitet dem Ausschuß konstruktive und allseitig erwogene Vorschläge, ausgehend davon, daß sie eine Grundlage für einen weiteren Fortschritt in der Abrüstung bilden können.

Die Sowjetunion ist gleich anderen friedliebenden Ländern fest entschlossen, den Kampf gegen die Aggression, für die Festigung des Friedens, der nationalen Freiheit und Unabhängigkeit, der friedlichen Koexistenz von Staaten, unabhängig von ihrem gesellschaftlichen System, weiterzuführen. Ausgehend davon, werden wir aktiv im Abrüstungsausschuß mitwirken. Unsere Vertreter sind beauftragt, den Standpunkt der Sowjetunion unberirrbar zu verfechten und geduldig zu erläutern. Zugleich werden sie bereit sein, die Vorschläge jeder anderen Delegation unvoreingenommen zu prüfen und zu berücksichtigen, wenn diese Vorschläge wirklich geeignet sind, die Abrüstung voranzubringen.

Die Völker können und müssen mit vereinten Kräften die Einstellung der Aggression, die Minderung der internationalen Spannung und die Lösung der Abrüstungsfragen durchsetzen.

A. Kossygin
Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR
Moskau, 1. Februar 1966

Regierungserklärung der DDR, vorgelegt am 8. Februar 1966

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt mit aufrichtiger Genugtuung, daß die XX. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen den 18-Staaten-Abrüstungsausschuß beauftragt hat, als dringende Frage die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu behandeln und den Abschluß eines internationalen Vertrages über das Verbot der Weiterverbreitung von Kernwaffen vorzubereiten.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist zutiefst davon überzeugt, daß der Abschluß eines weltweiten Vertrages über das Verbot der Weiterverbreitung von Kernwaffen, der jede Ausweichmöglichkeit, jede Form der direkten oder indirekten Verbreitung von Kernwaffen ausschließt, den Friedensbestrebungen aller Völker und ihrem Verlangen nach dauerhafter Sicherheit entsprechen würde. Dennoch stehen einer raschen Verwirklichung der Resolution der Vollversammlung Hindernisse entgegen.

Leider beharren die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der westdeutschen Bundesrepublik darauf, innerhalb der NATO eine Atomstreitmacht, die zwangsläufig zu einer Weiterverbreitung von Kernwaffen führt, oder eine andere Organisation zu schaffen, die das Verfügungsrecht über Kernwaffen auf bisher nicht atomar gerüstete Staaten ausdehnt. Es sind insbesondere die Forderungen der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik nach Mitverfügung über Kernwaffen oder Teilhabe an einer NATO-Atomstreitmacht, die die Völker beunruhigen und dem Abschluß eines internationalen Vertrages über das Verbot der Weiterverbreitung von Kernwaffen im Wege stehen.

Mit historischer Berechtigung mißtrauen die Völker und friedliebenden Regierungen den westdeutschen Ansprüchen auf Mitverfügung oder auf direkte Verfügungsgewalt über Kernwaffen. Diese Ansprüche erwecken um so mehr Befürchtungen, als die westdeutsche Regierung die einzige europäische Regierung ist, die — so wie der deutsche Militarismus zwischen den beiden Weltkriegen — erneut Gebietsforderungen gegen andere Staaten erhebt. Derartige Befürchtungen können auch durch die Berufung auf einen angeblichen Anspruch auf militiärische Gleichberechtigung in der NATO nicht abgeschwächt werden.

Lange vor dem Machtantritt Hitlers haben die Militärs und Diplomaten in der Weimarer Republik grundsätzlich die militärische Gleichberechtigung für Deutschland gefordert und von Großbritannien, den USA, Frankreich und Italien im Dezember 1932 leider auch zugestanden erhalten. Auch damals versicherten deutsche Militärs und Diplomaten, sie würden von der militärischen Gleichberechtigung nur beschränkt Gebrauch machen, sich mit einigen Musterstücken an Panzern, Flugzeugen und schweren Geschützen begnügen. Diese Politik der Weimarer Republik konnte Hitler ausnutzen, als er seine unermeßliche Kriegsverbrechen vorbereitete.

Es ist ein unverzeihliches Vergehen gegen das deutsche Volk ebenso wie gegen den Weltfrieden, dreieinhalb Jahrzehnte später erneut die Forderung nach ‚grundsätzlicher militärischer Gleichberechtigung' zu erheben, denn es ist die Forderung nach Mitverfügung über Kernwaffen oder sogar nach einem beschränkten Besitz von Kernwaffen und dient der Vorbereitung eines dritten, eine atomaren Weltkrieges.

Auf Grund der bitteren geschichtlichen Erfahrungen, die allen Völkern der Welt eine stete Warnung sein müssen, steht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Standpunkt, daß die beiden deutschen Staaten die besondere Verpflichtung haben, entsprechend der Resolution der XX. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen (2028/XX) ‚alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, damit möglichst bald ein Vertrag abgeschlossen werden kann, der darauf abzielt, die Weiterverbreitung von Kernwaffen zu verhindern'.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich deshalb erneut an die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik mit der Aufforderung gewandt:

Laßt uns als Deutsche in beiden deutschen Staaten auf den Besitz und die Verfügungsgewalt über Kernwaffen in jeder Form verzichten!

Laßt uns als Deutsche gemeinsam dazu beitragen, daß die Hindernisse hinweggeräumt werden, die heute noch dem Abschluß eines weltweiten Vertrages über das Verbot der Weitergabe von Kernwaffen entgegenstehen!

Laßt uns gemeinsam durch den Kernwaffenverzicht einen ersten Schritt zur Abrüstung und damit zur Annäherung beider deutscher Staaten auf dem Wege zur nationalen Wiedervereinigung tun!

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß feierlich, daß sie bereit ist, eine solche völkerrechtlich bindende Verpflichtung zum Kernwaffenverzicht einzugehen, sofern die westdeutsche Bundesrepublik ebenfalls dazu bereit ist.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fordert zugleich die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik auf, eine gleiche Erklärung gegenüber dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß abzugeben und damit ein wesentliches Hemmnis zu beseitigen, das einen erfolgreichen Abschluß der Arbeiten für einen weltweiten Vertrag über ein striktes Verbot der Weiterverbreitung von Kernwaffen verhindert.

Indem die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik diesen Vorschlag an die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik richtet, wendet sie sich gleichzeitig an die kernwaffenbesitzenden Mächte mit der Aufforderung, sofern sie Kernwaffen auf deutschem Boden stationiert haben, diese Kernwaffen vom deutschen Territorium zu entfernen und es auch künftig von Kernwaffen freizuhalten.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gibt der Erwartung Ausdruck, daß der 18-Staaten-Abrüstungsausschuß und die Vollversammlung der Vereinten Natio-

nen bei einem Kernwaffenverzicht beider deutscher Staaten und bei einem Abzug ausländischer Kernwaffen von deutschem Territorium allen kernwaffenbesitzenden Mächten gegenüber dafür eintreten werden, dem deutschen Volk feste und dauerhafte Garantien zu geben, daß deutsches Land, deutsche Städte und Dörfer niemals das Ziel von Kernwaffeneinsätzen sein werden.

Eine solche doppelte Sicherung Mitteleuropas, dem Herd zweier Weltkriege, vor der Gefahr eines Kernwaffenkrieges wird ein unüberschätzbarer Beitrag zur allgemeinen Abrüstung und zur Erhaltung und Sicherung des Weltfriedens sein.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik versichert erneut, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um zur erfolgreichen Lösung der Aufgaben beizutragen, die dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß zur Herbeiführung einer allgemeinen Abrüstung und zur Gewährleistung des Weltfriedens von der Vollversammlung der Vereinten Nationen übertragen wurden.

Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden in Schleswig-Holstein

„Der Kontakt zwischen den Menschen aus beiden Teilen unseres gespaltenen Landes muß verstärkt werden. Zu diesem Zweck müssen, unbeschadet des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik, Vereinbarungen mit den Machthabern im östlichen Teil unseres gespaltenen Vaterlandes getroffen werden. Wer solche Vereinbarungen ablehnt, wirkt gegen verstärkte menschliche Kontakte; er fördert die Tendenz, daß nach der politischen Spaltung auch noch die menschliche Spaltung des Volkes vertieft wird. Die Kommunisten jenseits der Elbe haben jene Menschen in ihrer Gewalt, zu denen wir die Kontakte suchen. Realitäten der Macht werden nicht durch Rechtspositionen erledigt. Rechtspositionen dürfen sich nicht gegen jene Menschen auswirken, um die es uns geht."

Mit dieser Entschließung wird sich der nächste Bundesparteitag der SPD Anfang Juni in Dortmund zu befassen haben. Dem Vorstand der Partei dürfte es bei der gegenwärtigen Stimmung des Fußvolks nicht so leicht fallen wie in früheren ähnlichen Fällen, diesen Text vom Tisch zu wischen oder in eine nichtssagende Vorstands-Formulierung einzubügeln. Denn hinter dieser Resolution steht nicht irgendein radikaler, aber kleiner Ortsverein, sondern der Landesverband Schleswig-Holstein samt einem Vorsitzenden, der im vergangenen Jahr mit großer Mehrheit (134 von 170 Delegierten) gewählt wurde: Joachim Steffen, 43 Jahre alt, Redakteur und täglicher Leitartikler in der „VZ Kieler Morgenzeitung", von seinen Gegnern als Bürgerschreck abgestempelt.

Wir sprachen mit dem Bürgerschreck, bei dessen Reden der heutige Bundesverteidigungsminister und damalige Ministerpräsident von Hassel den Kieler Landtag zu verlassen pflegte, und den nach der Wahl zum Landesvorsitzenden der heutige Ministerpräsident Dr. Lemke (CDU) in seinem Dienstsitz beglückwünschte. Vor 1945 war dieses Gebäude Offizierskasino der Marine, Lemke selber Leutnant zur See und Steffen als Flakartillerist sein Untergebener.

Der Mann, dem die christdemokratischen „Kieler Nachrichten" nach seiner Wahl „an Stelle der traditionellen Ballonmütze wortgewaltige Hemdsärmeligkeit als Statussymbol" zuschrieben, empfängt uns in einer Wohnung, die kultivierte Bürgerlichkeit und starke geistige Interessen widerspiegelt: Bücherborde, deren Inhalt offensichtlich alles andere ist als Statussymbol, moderne Möbel mit alten Stücken geschmackvoll gemischt. Der angeblich in der Partei Linkskurs steuernde Hausherr war Assistent von Professor Michael Freund, seinerseits jahrelang bekannter Leitartikler der gewiß bürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen".

1954 wurde Steffen Landesvorsitzender der Jungsozialisten und hatte zeitweilig Redeverbot — von der SPD. Damals machte er sich und die Jungsozialisten unbeliebt — ebenfalls durch eine Resolution: Während die Partei noch auf „Ohne mich" schwor, forderten Steffen und seine Freunde den Aufbau nationaler Streitkräfte, die freilich nicht stärker sein sollten als die Kollegen jenseits der Zonengrenze. Auch das Thema seiner Disser-

tation gehört wohl in diesen Zusammenhang: „Die Soziologie der Parteibürokratie." An diesem Punkt beginnt unser Gespräch? Wie steht es mit der SPD? Steffen holt weit aus, erinnert an die besondere Situation Schleswig-Holsteins, das schon vor 1918 etwa in Dithmarschen 20 Prozent SPD-Wähler hatte und auf Fehmarn den „rötesten" ländlichen Stimmbezirk des Deutschen Reiches, dessen Sozialprodukt andererseits heute 17 Prozent und dessen Steueraufkommen 34 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt liege. „Das Land ist pleite. Wenn sie in Bonn Husten haben, dann haben wir schon Schwindsucht. Mit Taktieren à la Bonn kann man bei uns wenig anfangen."

Der Landesvorsitzende läßt keinen Zweifel, daß er damit auch seine eigene Partei meint. Er hat bittere Worte über gewisse „fixe Jungs" in Bonn. „Ein Wahl ist nicht nur ein Wettkampf zwischen Werbefachleuten, eine Wahl ist eine Abstimmung über Politik. Eine Partei, die immerhin auf den Traditionen der Arbeiterbewegung beruht und geistesgeschichtlich von der Aufklärung herkommt, muß den Mut haben zu sagen, was ist."

Mit einem Wort: Die Sozialdemokraten werden künftig deutlicher ihre Meinung sagen müssen. „Wenn die SPD weiter so taktiert wie bisher, macht sie sich mitverantwortlich, obwohl sie in Opposition zur Bundesregierung steht." Natürlich zielt diese Kritik auch gegen die Baracke, gegen die Führung der SPD in Bonn, gegen Wehner nicht zuletzt.

„Einige wenige an der Spitze bestimmen die Linie der SPD oder — daß sie keine Linie hat. Bis zu Godesberg hin wirkten Sozialdemokraten in die gesellschaftlichen Gruppen hinein, in denen sie lebten und arbeiteten. Jetzt wirken die Interessen dieser Gruppen in die SPD und in ihre Führung hinein. Trotz dieser Umkehrung aber hält man am Mythos von der Einheit der Partei fest. Hinzu kommt das große Gewicht, das in jedem Apparat die Spitze hat. Und: Wehner ist fasziniert von der Fähigkeit Adenauers, Entscheidungen hinter dem Rücken der Menschen vorbeizuziehen."

Daß er sich mit den Bonnern nicht gerade glänzend versteht, läßt Steffen ungerührt durchblicken. „Schon als Junge bin ich nicht zum zweitenmal in eine Wohnung gegangen, deren Geruch mir unsympathisch war." Kein Wunder, daß er nicht an rasche Erfolge glaubt, sondern sich im Gegenteil auf sehr lange Fristen einrichtet. „Ich kann mir vorstellen, ins Grab zu sinken, ohne Minister zu werden — und diese Vorstellung regt mich auch gar nicht auf."

Im übrigen vertraut Steffen, was den Wandel der Taktik seiner Partei angeht, der Macht der Tatsachen, nicht zuletzt der wirtschaftlichen, aber auch der politischen. „Sie werden die SPD zu Entscheidungen zwingen." Das gelte für die Gesellschaftspolitik, aber auch für die Deutschland-Politik.

1963 schon sollte Steffen stellvertretender Landesvorsitzender werden. Er verzichtete auf eine Kandidatur — bis nicht geklärt sei, „wie weit sich die Partei nach links hin für alle sozialistischen Kräfte öffne, soweit diese auf dem Boden des Grundgesetzes stehen". Das war die Radikalität, die man ihm heute noch ankreidet. Hat er sich geändert, oder vertrat er in Wahrheit vielleicht schon damals etwas anderes?

Auf dem letzten Parteitag im Januar in Eutin wurde neben der eingangs zitierten Entschließung zur großen Politik eine zweite mit der Überschrift „Gesellschaft" verabschiedet. Dort heißt es ziemlich kriegerisch: „Wer heute über eine formierte Gesellschaft nur redet, ohne zugleich die deformierenden Machtverhältnisse in Wirtschaft und Gesellschaft anzuprangern, der will diese ungerechten Machtverhältnisse stabilisieren. Wer aber diese Gesellschaft in angemessene Formen bringen will, der muß ihre Herrschafts- und Machtstruktur ändern. Wir Sozialdemokraten wollen diese Macht- und Herrschaftspyramide ändern ..."

Rebelliert Steffen auch gegen das Godesberger Programm? Die Antwort ist eindeutig nein. Doch das schließt Kritik an der Politik der SPD nach Godesberg nicht aus, im Gegenteil. Der Landesvorsitzende sieht die besten politischen und propagandistischen Chancen seiner Partei in der moralischen Vertretung von Minderheiten.

„Die SPD ist eine soziale Reformpartei. Sie muß ihre wirtschaftliche und soziale Zielsetzung mit dem moralischen Anspruch verbinden. Und wir dürfen nicht nur unverbindlich von Gemeinschaftsaufgaben reden, sondern müssen beispielsweise deutlich machen,

daß man nur eines tun kann: entweder den Milchpfennig geben oder mehr Schulen bauen." Für ein Land wie Schleswig-Holstein, dessen letzte einklassige Schule nach der jetzigen Planung erst in 30 Jahren geschlossen werden könne, sei das besonders wichtig.

Was können, was sollen die Sozialdemokraten in der Deutschland-Politik tun? „Der Prophet kommenden Unheils sein", antwortet Steffen, nicht ohne Resignation. Doch schon mit den nächsten Sätzen wird deutlich, daß er sehr bestimmte eigene Vorstellungen hat. „Der Vietnam-Krieg wird ein langer Krieg sein. Er kann dazu führen — vielleicht durch eine neue Berlin-Krise, vielleicht anders —, daß die Deutschen einander auf beiden Seiten gleichsam als Vorkämpfer gegenüberstehen, während die entscheidenden Mächte dort jede unmittelbare kriegerische Begegnung vermeiden. Wir sollten wenigstens versuchen, dieser Gefahr zuvorzukommen. Durch wirtschaftliche Angebote und durch mehr."

Das verlange einmal Zurückhaltung in allen atomaren Fragen: Ja zum Atomsperrvertrag, Nein zu physischem Besitz oder Mitbesitz von Atomwaffen. Es verlange aber weiter eine wohlüberlegte Osteuropa-Politik. „Wer dabei das Ziel verfolgt, die osteuropäischen Staaten von Moskau oder die DDR von Osteuropa zu isolieren, sollte besser gar nicht erst beginnen."

Freilich werde man dazu manche Lieblingsvorstellung und auch manche Rechtsposition auf den Kehrichthaufen der Geschichte werfen müssen. „NATO und EWG haben uns nicht, wie oft versprochen, als Brücke zur Wiedervereinigung gedient, und heute bauen obendrein andere in beide Organisationen Sprengkammern ein."

Daß auch zur Oder-Neiße-Grenze, zum Thema Neutralisierung und zum Anspruch auf Alleinvertretung und Rechtsnachfolge des Reiches der Standpunkt der Bundesregierung und seiner Partei überprüft werden müßte, ist für Steffen keine Frage. „Heute kommt man jedoch schon in die Nachbarschaft des Landesverrats, wenn man nur versucht, zu diesen Themen den Tatbestand aufzuzeigen. Das macht unsere Position so schwierig." Steffen begrüßt Wehners Absicht, Ulbrichts Brief an die SPD zu beantworten. „Wenn man sich mit de Gaulle verständigen kann, nur über einige wenige Dinge zu verhandeln, alle anderen aber, die strittig bleiben, auszuklammern, dann sollte man auch der DDR gegenüber diese Methode versuchen." Hat sie Aussichten?

Der Kieler ist nicht ganz pessimistisch. Auch drüben müsse man sich unbehaglich fühlen bei der Erkenntnis, daß beispielsweise das Regime Nassers von Ost- und Westdeutschland über eine Milliarde DM an Krediten erhalte — nur damit es die beiderseitigen Rechtskonstruktionen halbwegs respektiere. Und die Geahr, daß in Vietnam eines Tages ein west- und ein ostdeutsches Expeditionskorps einander gegenüberstehen könnten, dürfte Ost-Berlin ebenso unsympathisch sein wie Bonn.

Schließlich ein nachdenklicher Satz: „Manche deutschen Kommunisten — denken Sie an Harich, Havemann oder Apel — haben für unsere nationalen Ziele mehr riskiert als alle Politiker in Westdeutschland, außer Heinemann." Gewiß habe die Bundesrepublik keine Veranlassung, der DDR in der Frage der Anerkennung entgegenzukommen. Aber kommen wir auf dem jetzigen Weg weiter?

„Kölner Stadt-Anzeiger" vom 1. März 1966. Das Gespräch mit Joachim Steffen führte Dr. Hans Gerlach, Redaktionsmitglied des „Kölner Stadt-Anzeiger".

Bemerkungen

Dr. Achim von Borries ist am 1. März aus der Redaktion der ‚Blätter' ausgeschieden, um sich voll seiner Arbeit als Assistent am Institut für Theorie und Soziologie der Politik an der Universität des Saarlandes, Saarbrücken, widmen zu können.

Prof. Dr. theol. Oswald von Nell-Breuning, geboren 1890 in Trier, ist Inhaber des Ordentlichen Lehrstuhls für Philosophie und Theologie an der Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt/M. und Honorarprofessor an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Joh.-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/M. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Pfarrer Horst Symanowski, geboren 1911 in Nikolaiken/Ostpreußen, ist Gründer und Leiter der Zweigstelle der Gossner Mission für Westdeutschland in Mainz-Kastel; außerdem leitet er das Seminar für kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Wladimir Smoljanski, 1924 in Moskau geboren, Kandidat der Wirtschaftswissenschaften, arbeitet zur Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut der Ökonomie des sozialistischen Weltsystems bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

In Heft 2/1966, Seite 91, wurde Frau Indira Gandhi, Tochter Pandit Nehrus, irrtümlich als Tochter Mahatma Gandhis bezeichnet.

Die Aufsätze von Opitz, Nell-Breuning, Symanowski und Bense erscheinen in unserer Reihe „Argumente zur Zeit" auch als Sonderdrucke.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,—, zuzüglich DM 0,50 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—) zuzüglich DM 0,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen, die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

15 = Dr. med. Hans Bickel, Hegerstrasse 1 B

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, W. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Gertrud Bienko
Carl Bioice, San Francisco
Bogislav v. Bonin, Oberst a. D. I. G.
Lord Boyd Orr D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Staatssekretär a. D Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH. D., D. D
Ragner Forbech, Domptarrer, Oslo
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Wilfried Gottschalch
Kurt. R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten, Washington, D. C.
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johannes Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann, Wien
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Oswald A. Kohut
Dr. Erich Küchenhoff
Prof Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs, Warschau
Dr. Hans Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr Hanns Linhardt
Pfr Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Malhofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof Dr. L. L Matthias
Prof. Dr.-Ing. e h., Dr. phil e h Ernst May
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. Daniil Melnikow, Moskau
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr Wilhelm Ritter v Meng
Prof Dr Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, Mdb, III/2 *)
Herbert Mochalski
Senator Wyne Morse, Portland/USA
Kalixte Mukendi
Peter Nellen, MdB. III/1 *)
Prof Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz, Warschau
Prof. Dr. Laslo Partin Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin, Brüssel
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr L. Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof Dr. theol. Wolfgang Schweitzer
Prof Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L Shirer, New York
Julius Silvermann, M P
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg †
Heinrich Steege
Prof Dr. Karl Stoevesandt
Prof D Herm Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephan Swingler, M. P.
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann, Hempstead/USA
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Prof. Dr. Todor Vladigerov, Sofia
Prof D Heinrich Vogel
William Warbey, M P
James P Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill, Straßburg
Günther Weisenborn
Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke („Voluntas")
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.